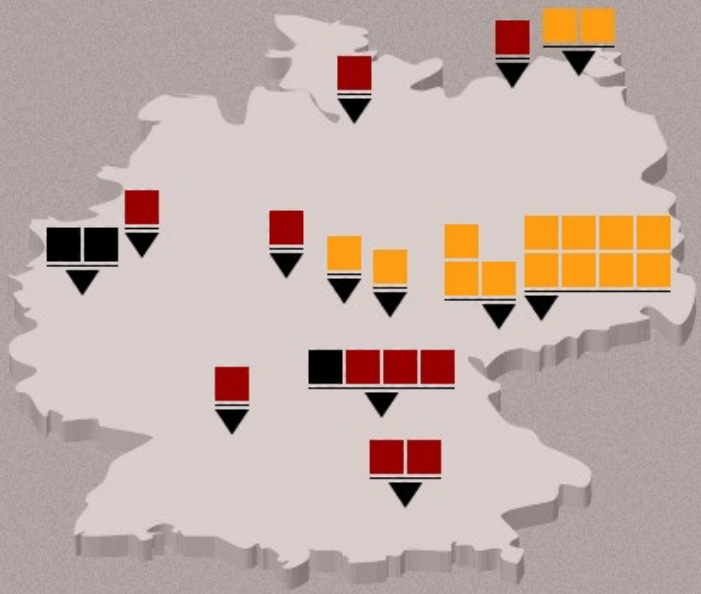




Thomas Moser

NSU: DIE DOPPELTE VERTUSCHUNG

SCHAUPLÄTZE UND SCHLÜSSELFÄLLE, OFFENE FRAGEN, WIDERSPRÜCHLICHES UND GRUNDSÄTZLICHES

TELEPOLIS

Inhaltsverzeichnis

Titel

Einleitung

Das Kiesewetter-Rätsel

Der ungeklärte Polizistenmord von Heilbronn ist der zentrale Schlüsselfall im NSU-Komplex

Die Nagelbombe in der Kölner Keupstraße

Ein Terroranschlag unter den Augen von Sicherheitskräften?

Ein Verfassungsschützer während der Tat am Tatort

Mit dem Mord an Halit Yozgat in Kassel endet die Ceska-Serie - Warum?

Die Raubüberfälle

Wie teuer ist der Untergrund und wo ist der Untergrund? - Vermessung einer Landschaft

Außen Ku-Klux-Klan - innen Verfassungsschutz

Rechtsextreme Gruppierungen im Umfeld des NSU - Immer dabei: V-Leute - Das Beispiel KKK - Eine Fallstudie

Die NSU-Untersuchungsausschüsse der Parlamente

Der Widerstand der Exekutive gegen die Aufklärungsbemühungen

Der Zschäpe-Prozess in München

Mit der Hauptverhandlung vor dem OLG sollte das NSU-Problem rechtsstaatlich normalisiert und beendet werden - Das ist misslungen

Der NSU und das unbekannte kriminelle Netz

Neonazis, V-Leute und Polizisten als Teil der organisierten Kriminalität - Eine Skizze

Der NSU und die V-Leute des Verfassungsschutzes

Zwei Seiten derselben Medaille?

Vom Sterben der Zeugen

Auch nach dem Ende des NSU-Trios gibt es eine Reihe unnatürlicher Todesfälle

Der Fall Edathy - Operation Edathy?

Der Vorsitzende des ersten NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag ist politisch und gesellschaftlich erledigt

NSU - Die doppelte Vertuschung

Vor 2011 sollten die Täter der Mordserie nicht gefunden werden. Nach 2011 sollen es nur zwei gewesen sein

Eine Chronologie des NSU-Komplexes

Die Skandalaffaire ist noch nicht zuende - Aber wann begann sie?

Über den Autor

Impressum

Einleitung

Manchmal ist ein Verbrechen zu groß, um es zu sehen - Man sitzt mitten in ihm.

Mehr als fünf Jahre ist es inzwischen her, dass das NSU-Trio aufflog und mit ihm Hinweise auf eine mehrjährige unaufgeklärte Mord- und Raubserie bekannt wurden. Doch seither erleben wir eine verstörende Dynamik: Je mehr die Öffentlichkeit weiß, je mehr Menschen sich damit befassen - Opferanwälte, Journalisten, Abgeordnete, Blogger -, desto rätselhafter und undurchschaubarer scheint die Affäre zu werden. Die Chiffre "NSU" entwickelt sich zur Hydra: Wird eine Frage beantwortet, entstehen zwei neue. Wird ein Widerspruch aufgelöst, tauchen die nächsten auf. Eine ungeahnte Dimension deutet sich an, verbunden mit einem spürbaren organisierten Widerstand, der ihre Aufdeckung verhindern will.

Neben der ursprünglichen Tatebene von 1998 bis 2011 - den zehn Morden, 15 Raubüberfällen und drei Sprengstoffanschlägen - bilden sich immer neue Handlungsebenen. Dazu gehören anhaltende Ermittlungen der Polizei, Aufklärungsbemühungen in Untersuchungsausschüssen und vor Gericht, wie die Verhinderung der Aufklärung oder unterlassene Ermittlungen, bis hin zur offenen Vertuschung und Vernichtung von Beweismaterial. Von Teilen des Sicherheitsapparates, aber auch der politischen Nomenklatur, wird die Chiffre "NSU" zum großen Tabu gemacht. Außer Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe soll es keine weiteren Täter gegeben haben.

Doch auch das sorgt für Erkenntnisfortschritt, denn es beweist: Der NSU ist nicht Geschichte, er vollzieht sich bis heute in Echtzeit um uns herum. Die Handelnden sind andere, als das bekannte Trio aus Jena und Zwickau. Was verbirgt sich tatsächlich hinter der Chiffre NSU? Vor einiger Zeit war so eine Frage noch ketzerisch, denn der NSU wurde als aufgeklärt dargestellt. Inzwischen ist die Frage in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Für den NSU-Untersuchungsausschuss Nr. 2 des Bundestages ist sie sogar ein Leitmotiv gewesen: "Kennen wir eigentlich den Kopf des NSU schon?" Was wir kennen, sind Bestandteile: Neonazi-Aktivisten,

die organisierte Kriminalität, aber eben auch der Verfassungsschutz und die Polizei. Wie sie genau zusammenhängen, wer alles dazu gehört und wie lange sie schon tätig sind, das muss noch herausgefunden werden. Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe waren Teil dieses Geflechtes. Aber in welcher Weise? Gehörte das NSU-Kerntrio zu einer größeren Organisation?

Die Sichtweisen der staatlichen Gewalten fallen dramatisch auseinander. Während die Exekutive und allen voran die Bundesanwaltschaft an der Version festhält, alle Taten seien ausschließlich von Böhnhardt und Mundlos begangen worden, unter Mithilfe von Zschäpe, dokumentiert die Existenz von inzwischen zwölf Untersuchungsausschüssen in Bundestag und Landtagen die Zweifel an dieser Darstellung. Eine einheitliche, belegte Narration der NSU-Geschichte gibt es bisher nicht. Sie muss noch geschrieben werden.

"NSU", soviel wissen wir inzwischen, steht nicht einfach für einen Kriminalfall, sondern für die Bundesrepublik Deutschland. Zuerst der Mordterror und die Verschonung der Täter, dann die Vertuschung der Tatzusammenhänge und die immer neuen Blockaden der Aufklärungsbemühungen durch die Sicherheitsorgane - all das zusammengenommen trägt Züge eines verdeckten, permanenten, institutionellen Staatsstreiches. Er findet seinen Ausdruck in einem bundesweiten Machtkampf um Aufklärung oder Verschleierung. Längst ist der NSU-Komplex eine politische Frage. Das Problem wird entweder politisch gelöst - oder es wird nicht gelöst.

In diesem Buch berichten wir über den NSU, über ausgewählte Schauplätze und Schlüsselfälle, offene Fragen, Widersprüchliches und Grundsätzliches. Es sind Beiträge für die ausstehende alternative Narration des "NSU". Sie wurden bereits auf Telepolis online veröffentlicht und für dieses Buch noch einmal überarbeitet.

Das Kiesewetter-Rätsel

Der ungeklärte Polizistenmord von Heilbronn ist der zentrale Schlüsselfall im NSU-Komplex

Der Mord an der Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter am 25. April 2007 auf dem Festplatz Theresienwiese in Heilbronn ist der letzte und rätselhafteste aller zehn NSU-Morde. Er ist der Schlüssel zum gesamten Komplex, gerade weil er sich von den anderen neun Morden unterscheidet. Neun Mal wurde die tschechische Ceska-Pistole benutzt, in Heilbronn waren es andere Pistolen, eine polnische Radom und eine russische Tokarew. Die Opfer waren keine Migranten, sondern deutsche Polizeibeamte. Es fand kein Übertöten statt, nur jeweils ein Schuss wurde abgefeuert. Kiesewetters Kollege Martin Arnold überlebte das Attentat schwerverletzt. Außerdem nahmen die Täter die Dienstwaffen und andere Gegenstände mit. Und doch gibt es eine Verbindung zu den neun anderen Taten - eben über das Trio Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos, Beate Zschäpe, in deren Habe alle Mordwaffen sowie die Dienstwaffen der Beamten sichergestellt wurden. Doch waren sie auch die Täter? Oder welche Rolle spielten sie?

Vor dem Oberlandesgericht in München sagte Martin Arnold, das Motiv für das Attentat fehle ihm nach wie vor.

Die Ermittler der Sonderkommission (SoKo) Parkplatz konnten die Mörder von Michèle Kiesewetter über vier Jahre lang nicht finden. Sie gingen davon aus, dass mindestens vier bis sechs Personen an der Tat beteiligt gewesen sein mussten. Alles änderte sich nach dem 4. November 2011, als Böhnhardt und Mundlos starben und der "Nationalsozialistische Untergrund" entdeckt wurde. Seither erklärt die Bundesanwaltschaft (BAW) die beiden toten Männer zu den alleinigen Tätern aller zehn Morde. Und zwar den Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes (BKA) zum Trotz, nach dem ein "eindeutiger Nachweis, dass Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos am Tattag in unmittelbarer Tatortnähe waren, nicht erbracht werden" konnte. Viele Puzzlestücke passen nicht zu dieser Zwei-Täter-Theorie. In Heilbronn

gibt es ein Unmenge offener Spuren, die völlig andere Abläufe nahelegen.

Zweimal auf der Theresienwiese

Was ist am 25. April 2007 in Heilbronn geschehen? Michèle Kiesewetter und Martin Arnold waren in der Mittagszeit im Polizeirevier. Um 13:45 Uhr brachen sie mit ihrem Wagen, einem 5er BMW, zur Fortsetzung ihres Streifendienstes auf. Es soll offiziell der einzige BMW gewesen sein, der an diesem Tag in Heilbronn im Einsatz war. Das Fahrzeug gehörte der BFE-Sondereinheit in Böblingen (BFE: Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit) und wurde unter anderem für den Objektschutz US-amerikanischer Einrichtungen eingesetzt. Die zwei steuerten die Theresienwiese an, wo sie etwa zwei Stunden zuvor, um 11:30 Uhr, bereits Pause gemacht hatten. Warum sie erneut dort hinfuhren, ist unklar. Um13:55 Uhr kamen sie auf dem Festplatz an und parkten neben der Trafo- und Pumpstation im nördlichen Bereich. Um 13:58 Uhr fielen die zwei Schüsse, die Kiesewetter töteten und Arnold lebensgefährlich verletzten.

Die Täter nahmen sich die Zeit und entwendeten Dienstwaffen, Handschellen und andere Gegenstände der beiden Opfer. Dabei müssen sie sich stark mit Blut besudelt haben.

Tatsächlich sahen zwischen 14 und 14:30 Uhr drei Zeugen südlich der Theresienwiese drei verschiedene blutverschmierte Männer. Einer links blutverschmiert, einer rechts, einer wusch sich die blutigen Hände im Neckar. Phantombilder dieser Männer, die nach Angaben der Augenzeugen gefertigt wurden, haben keinerlei Ähnlichkeit mit Mundlos und Böhnhardt. Einer der Zeugen ist eine V-Person der Heilbronner Polizei.

Die Jogginghose: Beleg für mindestens drei Täter?

Eine Jogginghose, entdeckt in der Wohnung des Trios in Zwickau, gilt der Anklage als wesentlicher Beleg für die Täterschaft von Uwe Mundlos. Auf der Hose befinden sich dünne Blutspritzer vom Opfer Kiesewetter. Außerdem Haare mehrerer Personen, unter anderem von Mundlos und Böhnhardt, sowie ein

Papiertaschentuch mit DNA-Mustern, die zu Mundlos passen. Derjenige, der die Hose trug - vielleicht wirklich Mundlos -, muss beim Mord dabei oder sogar einer der Schützen gewesen sein.

Tatsächlich kann die Hose aber noch etwas ganz anderes belegen: Dass die Tat nämlich von mehr als zwei Personen begangen worden sein muss. Der Träger der Hose kann schwerlich am Entwenden der Dienstpistolen beteiligt gewesen sein, sonst müsste es auf ihr noch mehr und andere Blutspuren geben, entstanden durch den Körperkontakt mit den Opfern.

Mindestens neun Tatbeteiligte?

Zwei weitere Zeugen sahen kurz nach 14 Uhr unabhängig voneinander drei Männer in nördliche Richtung vom Tatort fliehen. Dazu kommen die drei Blutverschmierten südlich des Tatortes, außerdem eine Frau und ein Mann, die einen der Blutverschmierten begleiteten sowie mindestens ein Autofahrer, der zwei Blutverschmierte aufnahm.

Nimmt man alle ernstzunehmenden Zeugenaussagen zusammen, kommt man auf mindestens neun Personen, die mit der Tat zu tun gehabt haben könnten oder unmittelbar Zeugen wurden und sich danach nicht bei der Polizei meldeten. Eine derart große Täteranzahl würde auf eine Operation hindeuten.

Die Bundesanwaltschaft rechnet die Jogginghose Mundlos zu. Wenn er auf Kiesewetter geschossen haben soll, die auf dem Fahrersitz saß, müsste Böhnhardt folglich rechts des Streifenwagens auf Beifahrer Arnold geschossen haben. Böhnhardt jedoch war Linkshänder. Die Tatrekonstruktion ergab, dass beide Schützen Rechtshänder gewesen sein müssen. Ein Linkshänder hätte anders zum Opfer stehen müssen, damit sein Schuss mit der Flugbahn der Kugel und dem Schusskanal im Kopf von Arnold übereinstimmt: weiter vorne, fast neben dem Opfer. Dabei wäre er auch Gefahr gelaufen, ins Schussfeld des Komplizen zu geraten. Damit ist mindestens Böhnhardt als Schütze fraglich. Dass jemand einen Mordanschlag, sprich gezielten Kopfschuss, mit der schwächeren Hand verübt, ist eher unwahrscheinlich.

Bemerkenswerter Weise bestätigte Beate Zschäpe in ihrer Aussage vor Gericht im Dezember 2015 die Version der Bundesanwaltschaft, wonach Mundlos und Böhnhardt die Attentäter von Heilbronn gewesen seien. Sie hätten die beiden Beamten niedergeschossen, um an ihre Pistolen zu gelangen, weil ihre eigenen Ladehemmungen gehabt hätten. Sie selber habe erst hinterher davon erfahren. Eine Darstellung, nach der nicht nur das Motiv unglaubwürdig ist, sondern die aufgrund aller Erkenntnisse bisher als widerlegt gelten kann. Warum übernimmt die Angeklagte dennoch ohne Not die Sicht der Anklagebehörde? Welche Rolle Böhnhardt und Mundlos beim Polizistenmord genau spielten, das bleibt offen.

Das unterdrückte Phantombild

Michèle Kiesewetter war sofort tot. Ihr Kollege überlebte den Anschlag sprichwörtlich um ein Haar. Einen Sekundenbruchteil vor dem Schuss muss Martin Arnold den Kopf nach rechts gedreht haben. Die Kugel durchdrang nicht sein Gehirn, wie bei Kiesewetter, sondern streifte es praktisch nur. Warum schaute der Beamte nach rechts? Hat er den Täter im Spiegel kommen sehen?

Bereits sechs Wochen nach dem Anschlag konnte Arnold das erste Mal vernommen werden. Die Ermittler kamen schließlich zu dem Urteil, das Opfer habe "klare und konkrete Erinnerungen" an die Anschlagssituation und beschlossen zusammen mit ihm, ein Phantombild des Täters zeichnen zu lassen. Auch dieses Bild hat keinerlei Ähnlichkeit mit Böhnhardt oder Mundlos. Die SoKo Parkplatz wollte es zusammen mit zwei anderen Phantombildern für die Fahndung herausgeben. Das scheiterte am Veto des verantwortlichen Staatsanwaltes von Heilbronn. Um diese Entscheidung zu legitimieren, gab er ein tendenziöses neurologisches Gutachten in Auftrag. Dem Gutachter teilte er bei Auftragserteilung mit, dass er von den Aussagen Arnolds nichts halte. Der Gutachter bescheinigte in diesem Sinne, das Opfer könne sich nicht erinnern und baute gleich vor: Es werde sich auch nie mehr erinnern können.

Ein solches Verhalten, wie das des Staatsanwaltes, habe er in seiner ganzen Dienstzeit nicht erlebt, erklärte dazu der zuständige Kriminalbeamte des Landeskriminalamtes (LKA) vor dem NSU-Untersuchungsausschuss von Baden-

Württemberg. Der Staatsanwalt hatte sich auch geweigert, den privaten Emailverkehr Kiesewetters sichern zu lassen. Die verdächtige Rolle der Ermittlungsbehörden in Heilbronn ist eine der Fragen, die zu klären sind.

Polizisten am Vortag auf der Theresienwiese

Kiesewetter und Arnold wurden angegriffen, weil sie als Polizeibeamte Repräsentanten des Staates waren, so die Bundesanwaltschaft zum Motiv der Tat. Persönlich seien sie aber Zufallsopfer gewesen, es hätte auch andere Polizisten treffen können. Am Tag vor der Tat, am 24. April 2007, machten der Streifenbeamte Patrick H. und seine Kollegin Elke S. auf der Theresienwiese an genau derselben Stelle Pause. Sie waren Kollegen von Kiesewetter und Arnold aus der BFE-Truppe in Böblingen und zur Unterstützung in Heilbronn, wie am Tag darauf die zwei Opfer. Warum wurden sie nicht angegriffen?

In den Ermittlungsakten liest man dazu höchst Merkwürdiges: Patrick H. soll bei seiner Vernehmung durch die Kripo Heilbronn im Juli 2007 angegeben haben, am Tatort "noch nie Pause" gemacht zu haben. Von dieser seiner angeblichen Aussage erfährt H. erst Jahre später, im Oktober 2010, als das LKA viele Polizeibeamte noch einmal vernimmt. H. ist überrascht und bestreitet, die Aussage gemacht zu haben. Tatsächlich habe er ja am 24. April am Tatort Pause gemacht. Überhaupt sei er damals, im Juli 2007, gar nicht vernommen worden. Eine konstruierte Vernehmung? Wenn ja, von wem und warum? Sollte damit davon abgelenkt werden, dass der Anschlag gezielt Michèle Kiesewetter galt? Und musste, damit sie als zufälliges Anschlagsziel erscheint, die Streife vom Vortag aus der Welt geschafft werden? Gibt es bei der Kriminalpolizei Heilbronn etwa ein Wissen um diesen Zusammenhang?

Beamte der Böblinger Bereitschaftspolizei taten regelmäßig Streifendienst in Heilbronn. Meist sechs, maximal zehn. Doch am Tattag waren nicht weniger als 15 Kräfte in der Stadt. Warum so viele? Und warum tat fast die Hälfte ihren Dienst in Zivil? Gab es vielleicht Hinweise auf eine bevorstehende wie auch immer geartete Aktion?

Zu den ungeklärten Spuren zählen Streifenwagen, die mehrere Zeugen vor der Tat in Tatortnähe bemerkt haben, als Kiesewetter und Arnold noch in der Mittagspause im Polizeirevier waren. Das erste Mal um 13:20 Uhr einen parkenden 5er BMW am südlichen Rand der Theresienwiese. Der erste Hinweis auf einen zweiten BMW neben dem, den Kiesewetter und Arnold fuhren. Zwischen 13:40 und 13:45 Uhr bemerkten zwei Zeugen in Nähe des späteren Tatortes, dem Strom- und Pumphäuschens, jeweils ein Polizeifahrzeug. Die letzte Streifenwagen-Sichtung machte ein Autofahrer ziemlich genau gegen 13:53 Uhr, also fünf Minuten vor dem Mord, auf der Theresienwiese in etwa 150 Meter Entfernung zum Anschlagsort.

Es könnte sich bei allen Sichtungen um ein und dasselbe Fahrzeug gehandelt haben, das sich dann fast eine Stunde lang um den späteren Tatort herum bewegt hätte. Möglicherweise waren es aber mehrere Polizeiautos. Es wurde nicht versucht, diese zu identifizieren. Wer sie gefahren hat und mit welchem Auftrag, wurde nicht ermittelt.

Spur zum Thüringer Heimatschutz

Galt der Anschlag der Böblinger BFE, dieser Eliteeinheit der Polizei? Sie erfüllt viele Sonderaufträge, betreibt verdeckte Ermittlungen, fungiert als Greiftruppe bei Demonstrationen. Michèle Kiesewetter, die in Heilbronn in Uniform Streife fuhr, war in Zivil als "Nicht-offen-ermittelnde-Polizistin" (NoeP) in die Rauschgiftfahndung integriert. Sie tätigte Drogenscheinaufkäufe. Wurde sie möglicherweise enttarnt?

Galt der Anschlag Kiesewetter persönlich? Die junge Frau stammte aus Thüringen. Dort ist ihr Onkel, Mike W., selber Polizist. Nach dem Mord an seiner Nichte, aber schon Jahre vor dem Auffliegen des NSU-Trios, stellte er einen Zusammenhang mit der Ceska-Mordserie an den neun türkischen und griechischen Männern her, als den noch kein Ermittler gesehen hat.

W. hatte in den 90er Jahren als Staatsschützer mit dem rechtsradikalen Thüringer Heimatschutz zu tun, zu dem Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe gehörten. Er war an

Festnahmen und Razzien gegen Neonazis beteiligt. Und im Heimatort von Kiesewetter, Oberweißbach, betrieb der Neonazi David F. eine Gaststätte. F. ist der Schwager des in München Angeklagten Ralf Wohlleben. Chef von Mike W., dem Kiesewetter-Onkel, war der heutige Kriminaldirektor Michael Menzel. Ausgerechnet er fand am 4. November 2011 in dem Wohnmobil, wo Böhnhardt und Mundlos ums Leben kamen, die Waffe von Kiesewetter. Ein Personengeflecht, in dem sich Opfer- und Täterumfeld überschneiden.

Zwei FBI-Agenten am Tatort?

Oder gibt es einen Zusammenhang all dieser Merkwürdigkeiten von Heilbronn mit Aktivitäten US-amerikanischer Dienste? Jener US-Spur, über die das Magazin Stern im Dezember 2011 als erstes Medium berichtete. Danach sind US-Sicherheitskräfte, die aus anderen Gründen in der Stadt waren, Zeugen der Tat geworden. Ein interner Schriftverkehr vom Dezember 2011 zwischen BND, MAD und Bundeskanzleramt untermauert die Geschichte.

Ein US-Verbindungsoffizier soll den deutschen Behörden mitgeteilt haben, zwei FBI-Männer seien am 25. April 2007 dienstlich in Heilbronn gewesen. Nach den Schüssen auf Kiesewetter und Arnold hätten sie ihre Operation abgebrochen. Die US-Seite soll der deutschen Seite angeboten haben, darüber zu sprechen. Die soll ablehnt haben. Der Untersuchungsausschuss von Baden-Württemberg hat den Sachverhalt bisher nicht aufgeklärt. Zum Behördenschriftverkehr nehmen die Verantwortlichen bisher nicht Stellung.

Ein möglicher Zusammenhang ist dieser: Fünf Tage vor dem Anschlag, am 20. April 2007, gab es eine Terrorwarnung von US-Sicherheitsbehörden an Amerikaner in Deutschland wegen möglicher islamistischer Anschläge. In der Folge müssten auch bundesdeutsche Sicherheitsorgane in Alarmbereitschaft versetzt worden sein. Erstreckte sich die auch auf die Theresienwiese in Heilbronn?

Konspirative Ermittlungen 2015?

Nicht nur, dass der Kiesewetter-Mord nicht aufgeklärt ist, bis heute wird

konspirativ mit ihm umgegangen. Das belegen Vorgänge, die sich im Jahr 2015 ereignet haben - zumindest, wenn man zwei Zeugen Glauben schenkt, dem Ehepaar K. aus Heilbronn. Das hatte damals kurz nach dem Mord unweit des Tatortes Theresienwiese einen flüchtenden Mann bemerkt. Die Polizei erstellte ein Phantombild, das weder Böhnhardt noch Mundlos gleicht. Auch die Herausgabe dieses Phantombildes für die Fahndung untersagte die Staatsanwaltschaft. Im Herbst 2015 erwähnte Frau K. vor dem Untersuchungsausschuss in Stuttgart einen zweiten davon rennenden Mann. Sie habe sich an ihn erinnert, weil ihr vor kurzem, im Frühjahr 2015, zwei Polizisten Fotos gezeigt hätten und er darunter gewesen sei.

Hat Frau K. also einen möglichen Täter oder Mittäter erkannt? Um wen es sich handelt, kann allerdings nicht in Erfahrung gebracht werden. Denn alle maßgeblichen Behörden, die der Ausschuss offiziell anfragt, bestreiten, etwas mit diesen aktuellen Ermittlungen zu tun zu haben: Bundesanwaltschaft, Landeskriminalamt, Bundesamt und Landesamt für Verfassungsschutz, Polizeidirektion Heilbronn. Das kann schlicht nicht sein.

Geheim gehaltene Ermittlungen - nicht zuletzt dokumentiert sich auch darin die Verstrickung von Sicherheitsbehörden in den Tatkomplex.

Die Nagelbombe in der Kölner Keupstraße

Ein Terroranschlag unter den Augen von Sicherheitskräften?

In Nürnberg begann die Mordserie des "NSU". Am 9. September 2000 wurde Enver Simsek das erste Opfer. In der Nähe des Tatortes wohnt der ehemalige bayerische Innenminister Günther Beckstein. Auch das zweite Opfer stammt aus Nürnberg. Am 13. Juni 2001 wurde Abdurrahim Özüdogru erschossen. Zwei weitere folgten in kurzen Abständen: Am 27. Juni Süleyman Tasköprü in Hamburg, am 29. August Habil Kilic in München. Im Jahr 2001 geschahen drei Morde innerhalb von zweieinhalb Monaten. Kilic hatte seinen Laden nur wenige Meter neben dem Gebäude einer Sondereinheit der bayerischen Polizei.

Nach dem vierten Mord wurde zweieinhalb Jahre lang keiner verübt; lediglich zwei Sparkassen wurden überfallen, ehe das Töten weiterging. Am 25. Februar 2004 traf es in Rostock Mehmet Turgut. Es war der einzige Mord, der in Ostdeutschland verübt wurde, doch das Opfer stammte aus Hamburg. Alle anderen Morde an den Migranten geschahen in westdeutschen Städten. Verbunden sind sie alle durch die Tatwaffe der Marke Ceska. Zweimal wurde zusätzlich eine italienische Bruni-Pistole verwendet.

Warum diese Opfer, diese Männer, an diesen Orten? Die Frage nach der Auswahl der Opfer ist bisher nicht beantwortet. Und damit zusammenhängend auch nicht die des Motivs. Hass auf Migranten, Türkenfeindlichkeit, chauvinistischer Rassismus? Möglich, aber nicht gesichert. Nimmt man das Attentat auf die zwei Polizeibeamten in Heilbronn dazu sowie die drei Sprengstoffanschläge, scheint es nichts zu geben, was alle Taten miteinander verbindet.

Die Nagelbombe in der Keupstraße in Köln

Am 9. Juni 2004 folgte der Nagelbombenanschlag von Köln, der sich von den

Ceska-Morden elementar unterscheidet und deshalb ebenfalls ein Schlüssel zum gesamten Komplex darstellt. Dort gezielte Kopfschüsse auf einzelne Gewerbetreibende türkischer oder griechischer Herkunft - hier ein offener Terroranschlag im Stile der britischen Combat-18-Strategie, der möglichst viele Menschen treffen sollte. Begangen von derselben Tätergruppierung?

Kurz vor 16 Uhr detonierte in der Keupstraße in Köln-Mülheim eine mit Hunderten von Zimmermannsnägeln gefüllte Kofferbombe. Über 20 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. In der Straße wohnen Türken, Kurden, Griechen, Deutsche. Viele Menschen machten Feiertagseinkäufe, Eltern waren auf dem Weg, ihre Kinder von einem nahen Kindergarten abzuholen.

Innenminister: "Kein terroristischer Hintergrund"

Das Landeskriminalamt (LKA) von Nordrhein-Westfalen (NRW) bezeichnete den Anschlag in einem ersten Fernschreiben an das Lagezentrum im Landesinnenministerium als "terroristische Gewaltkriminalität". Wenig später gab das Lagezentrum dem LKA die Weisung, den Begriff "terroristischer Anschlag" zu streichen. Daraufhin korrigierte das LKA in einem Fernschreiben an die Behörden, es gebe bisher "keine Hinweise auf einen terroristischen Anschlag". Wer für die geänderte Bewertung verantwortlich war, konnte bis heute nicht schlüssig beantwortet werden. Die Situation sollte damals offengehalten und keine voreilige Festlegung getroffen werden, heißt es bisher nur. Am Tag nach der Bombe meldete das Lagezentrum allerdings sogar, ein "terroristischer Hintergrund" könne "derzeit ausgeschlossen" werden.

Bundesinnenminister Otto Schily sowie NRW-Innenminister Fritz Behrens (beide SPD) erklärten, die Tat habe weder einen "fremdenfeindlichen" noch einen "terroristischen Hintergrund". Damit wurden die Ermittlungen gelenkt, ob gewollt oder nicht. Beide Politiker entschuldigten sich später nach Aufdeckung des NSU für diese falsche Einschätzung, erklärten aber, sie hätten die Ermittlungen nicht beeinflussen wollen.

Aufgeklärt wurde der Anschlag durch die Polizei nicht. Unter anderem war die

Sprengstoffdatei des Bundeskriminalamtes, in der sich die Namen von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe befanden, nicht gründlich genug ausgewertet worden. Die Ermittler hätten auf die Namen der drei stoßen müssen.

Waren Böhnhardt und Mundlos die Täter?

Heute macht die Bundesanwaltschaft Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos auch für diesen Anschlag verantwortlich. Als Beleg gilt, dass für die sogenannte Propaganda-DVD Videoaufnahmen aus der Fahndung nach den Tätern verwendet wurden. Auf der Scheibe werden die insgesamt zehn Morde an den neun Männern sowie der deutschen Polizistin thematisiert. Den breitesten Raum in dem 15-minütigen Video nimmt der Anschlag in der Keupstraße ein. Auf einer Computerfestplatte im ausgebrannten Haus in Zwickau fanden sich Dateien mit diesen Videosequenzen.

Überwachungsvideos des Fernsehsenders Viva aus einer Nebenstraße, der Schanzenstraße, zeigen zwei junge Männer, die Fahrräder in Richtung Tatort Keupstraße schieben, unter anderem das Fahrrad mit der Bombe. Die Männer sollen Böhnhardt und Mundlos gewesen sein. Mit Sicherheit lässt sich das aber nicht sagen, ihre Gesichter kann man nicht erkennen. Das Phantombild, das die Polizei von dem Mann fertigte, der das Fahrrad mit der Kofferbombe vor Haus Nr. 29 abstellte, ähnelt keinem der beiden. Und im Gegensatz zu anderen Tatorten wurden in der Wohnung des Trios keine Ausspähnotizen und kein Stadtplan von Köln gefunden. Woher kam die Bomb, die höchst professionell konstruiert und äußerst wirkungsvoll war? Dass niemand getötet wurde, grenzt an ein Wunder. Wo wurde sie zusammengebaut? In Zwickau - in Köln? Gab es Helfer oder Mittäter vor Ort?

Vier Beamte am und nahe des Tatortes?

Zu den Rätseln der Keupstraße zählen vier Männer. Zwei von ihnen waren Polizeibeamte aus Köln, die mit Jahren Verspätung bekannt wurden. Zwei weitere, mutmaßlich ebenfalls Beamte, sind bis heute nicht identifiziert.

Die beiden Kölner Polizisten Stefan V., heute Mitglied des Mobilen

Einsatzkommandos (MEK), und Polizeihauptkommissar Peter B. hatten damals den Auftrag, Sonderstreifen gegen Drogenkriminalität zu fahren. Am 9. Juni 2004 hielten sie sich etwa ab 15 Uhr in Köln-Mülheim auf. Als die Bombe zündete, waren sie in der Schanzenstraße in unmittelbarer Nähe der Keupstraße. Wenige Minuten nach der Tat kamen sie dort an. Sie verschafften sich einen Überblick, machten Meldung und begannen mit Rettungsmaßnahmen. D

och obwohl sie laut Einsatzprotokoll die ersten Polizisten vor Ort gewesen sein sollen, wurden Peter B. und Stefan V. von der Ermittlungskommission nie zu ihren Wahrnehmungen befragt. Die Videoaufnahmen aus der Schanzenstraße mit den beiden radschiebenden Männern wurden ihnen nie vorgespielt.

Von Peter B. und Stefan V. erfährt die Öffentlichkeit erst 2013 durch den Untersuchungsausschuss des Bundestages. Allerdings aus einem anderen Grund: Sie wurden mit zwei weiteren mutmaßlichen Beamten verwechselt, die ein Zeuge gesehen hatte.

Zwei bewaffnete Zivilbeamte?

Dieser Zeuge, Ali D., erlebte den Anschlag in seinem Büro in der Keupstraße 37, wenige Meter neben dem Explosionszentrum, mit. Er ist Steuerberater und war damals Vorsitzender der Interessengemeinschaft (IG) Keupstraße von Anwohnern und Geschäftsleuten. Kurz nach der Explosion bemerkte er direkt vor seiner Tür zwei Männer, zivil gekleidet und mit Pistole bewaffnet. Sie waren mit Hilfs- und Sicherungsmaßnahmen beschäftigt, weshalb er sie für Polizeibeamte hielt. D. sprach einen der Männer an. Es schien, dass der bereits im Bilde war. Ein Anschlag unter den Augen von Sicherheitskräften?

Der zweite Mann stand auf der gegenüberliegenden Straßenseite vor einer Durchfahrt mit der Hausnummer 60. Durch sie kann die Keupstraße verlassen werden, ein geeigneter Fluchtweg. Nach Überzeugung der Ermittler muss der Attentäter, der die Bombe zündete, genau an dieser Stelle, der Durchfahrt, gestanden haben. Für die Bundesanwaltschaft war es Uwe Böhnhardt.

Ali D. wurde trotz seiner Beobachtung jahrelang nie als Zeuge vernommen. Erst nachdem der WDR im Jahre 2012 über ihn berichtete, wurde der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages aufmerksam. Er forderte vom Land Nordrhein-Westfalen die Namen der zwei Beamten an, um sie befragen zu können. Genannt wurden Peter B. und Stefan V., die im April 2013 auch in Berlin erschienen.

Trotz der Merkwürdigkeit, dass B. und V. neun Jahre lang nicht befragt worden waren, obwohl sie die ersten Beamten am Tatort waren, schien nun das Rätsel um die zwei bewaffneten Zivilisten am Tatort gelöst. Es schien - denn auf Fotos von B. und V. erkannte Ali D. nicht die Männer, die er nach der Bombe vor seinem Büro gesehen hat. Die beschreibt er völlig anders, kleiner, und vor allem trugen sie Zivil, B. und V. hatten Einsatzoveralls an.

Falsche Zeugen zum Untersuchungsausschuss geschickt

Die Frage also bleibt: Wer waren die beiden waffentragenden Männer? Warum waren sie in der Keupstraße? Was haben sie möglicherweise gesehen? Warum werden sie nicht ermittelt? Und warum hat das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen mit Peter B. und Stefan V. zwei falsche Beamte benannt und nach Berlin geschickt? Sollte der Untersuchungsausschuss getäuscht werden?

Ganz offensichtlich waren aber mindestens vier Beamte beim Anschlag am 9. Juni 2004 vor Ort.

Im Zusammenhang mit der Vernehmung von Peter B. und Stefan V. stieß der Ausschuss auf eine Merkwürdigkeit in deren Einsatzauftrag für jenen Tag. Sie sollten sich ab 16 Uhr für eine "praxisnahe Übung bereithalten", stand da. Was damit konkret gemeint war, konnte bisher niemand beantworten.

Ali D. wurde inzwischen vom NSU-Untersuchungsausschuss von NRW in Düsseldorf angehört und hat dort seine Beobachtungen wiederholt. Aufgeklärt ist der Sachverhalt aber nicht.

Ein türkischer Offizier am Anschlagsort

Als wären das nicht schon genug Ungereimtheiten, kommt eine weitere hinzu: Zum Zeitpunkt der Explosion hielt sich ein pensionierter türkischer Offizier in der Keupstraße auf: Talat T., damals 55 Jahre alt, der in Begleitung seines sechs Jahre älteren Bruders Muzaffer T. war.

Talat T. lebt in der Türkei, Muzaffer T. lebte in Berlin. Warum waren sie in der Keupstraße? Talat war zu Besuch bei seinem älteren Bruder, der ihm ein paar Städte in Deutschland zeigen wollte. Nach Hamburg und Bremen soll Köln an der Reihe gewesen sein. Muzaffer soll den Besitzer einer Teestube in der Keupstraße gekannt haben, wie es in den Ermittlungsakten als Erklärung für die Anwesenheit am Tatort steht. Dort in dem Lokal saßen die Brüder an jenem Nachmittag. Der Teestubenbesitzer erinnert sich an sie. Jedoch: Er kannte sie nicht, und er kennt auch keinen Muzaffer T. aus Berlin. Was in den Akten stehe, stimme nicht. Er habe überhaupt keine Bekannten in Berlin.

Etwa eine Stunde saßen die Brüder in dem Lokal. Als sie vor die Tür traten, ging die Bombe hoch. Sie waren nur wenige Meter entfernt. Ihr Auto schützte sie vor den Nagelgeschossen. Muzaffer wurde am Arm verletzt und im Krankenhaus behandelt. Die Polizei stieß darauf, dass Talat T. türkischer Offizier war - und reagierte alarmiert. Ein Militär am Ort eines Bombenanschlages? Obendrein aus einem Land, das zur Nato gehört. Bestand ein Zusammenhang mit dem Attentat? Könnte es vielleicht ihm als Vertreter des Militärs gegolten haben? Sollte er Zeuge werden?

Talat T. durfte zunächst Deutschland vier Tage lang nicht verlassen und nicht nach Istanbul zurückfliegen. Er wurde ein weiteres Mal ausführlich befragt. In der türkischen Tageszeitung Hürriyet vom August 2013 wird der pensionierte Offizier folgendermaßen zitiert: Er sei in Berlin in der Wohnung seines Bruders von mehreren "Sonderpolizisten", einer Spezialeinheit, die auch den Tatort besuchte, mehrere Stunden lang vernommen worden. Doch anschließend sei die Vernehmungsmitschrift vernichtet worden. Was er gefragt wurde und was er geantwortet hat, steht nicht in dem Artikel. Was in den "Stunden" alles gefragt und

geantwortet wurde, erfährt man nicht.

In den vorliegenden Ermittlungsunterlagen finden sich ganze eineinhalb Seiten einer Vernehmung mit ihm, erstellt vom Landeskriminalamt (LKA) Berlin einen Tag nach dem Attentat. Eine solche Vernehmung hätte nur Minuten, nicht Stunden, gedauert. Spektakuläres kann man darin nicht lesen. Auch Rechtsanwalt Adnan E., der Talat T. als Nebenkläger im Prozess in München vertritt, kennt kein anderes Vernehmungsprotokoll.

Im Januar 2015 waren Muzaffer und Talat T. vom Oberlandesgericht in München als Zeugen geladen. Muzaffer T. reiste an, bekam aber Kreislaufprobleme und konnte nicht auf dem Zeugenstuhl Platz nehmen. Talat T., der aus der Türkei einflog, sagte vor dem OLG aus. Er habe damals sofort erkannt, dass es sich um eine Bombe handelte. Insgesamt sei er dreimal vernommen worden, zweimal in Köln, einmal in Berlin von zwei LKA-Beamten. Die fragliche Vernehmung durch vier "Sonderpolizisten", deren Protokoll hinterher vernichtet worden sein soll, kam vor dem OLG nicht zur Sprache. Ebensowenig das mehrtägige Ausreiseverbot für den Oberstleutnant. Wer diese "Sonderpolizisten" gewesen sein könnten, bleibt im Unklaren.

Richter Manfred Götzl kennt den Sachverhalt nicht, weil er nicht in den Akten steht, und konnte somit nicht danach fragen. Aber auch Rechtsanwalt E. stellte keine Fragen in diese Richtung. Ihm war nicht daran gelegen, an diesen Ungereimtheiten zu rühren. Er habe seinem Mandanten geraten, so auszusagen, wie es in den Akten steht, räumte der Anwalt hinterher gegenüber dem Reporter ein. Also nicht so, wie es in der türkischen Zeitung geschildert wurde.

Mit Talat T. selber zu sprechen, war nicht möglich. Sein Anwalt schleuste ihn durch einen Hinterausgang aus dem Justizzentrum. Er gab mir den Rat, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Darauf gebe es "sowieso keine Antwort". Auch sein Mandant wolle nicht darüber reden.

Die Bemühungen, den in Berlin wohnenden älteren Bruder Muzaffer T. zu befragen, scheiterten an dessen Gesundheitszustand. Im April 2015 starb er an

Krebs.

Warum die Keupstraße?

Warum war die Keupstraße in Köln Anschlagsziel? Die Straße hat eine Geschichte. Sie war lange ein sozialer Brennpunkt, ein Drogenmarkt. Doch dann wurde aus dem Problemfall ein erfolgreiches Integrationsprojekt von Deutschen und Ausländern. Auch das Antidiskriminierungsbüro Köln hat seinen Sitz in der Straße. Andererseits ist nur eine Straße weiter das Amt für Verteidigungslasten angesiedelt.

Die IG Keupstraße hatte Pläne, wollte auf der angrenzenden Industriebrache ein internationales Einkaufszentrum mit Läden, Büros und billigen Wohnungen bauen. Dagegen begann sich Widerstand zu regen. Seit der Bombe wird das Bauprojekt nicht mehr verfolgt, das Gelände liegt bis heute brach.

Wer Migranten treffen wollte, wer gar ein erfolgreiches Beispiel gelungener Integration zerstören wollte, für den konnte die Keupstraße als Anschlagsziel nicht besser ausgewählt sein. Nur: Kannten die drei Neonazis aus dem Thüringischen Jena die Geschichte dieser Straße? Haben sie einen Tipp bekommen? Wurden sie angeleitet? Mordete die NSU-Gruppe etwa im Auftrag? Es stellt sich aber auch die Frage, ob die drei überhaupt die Haupttäter waren.

Der NSU soll insgesamt drei Sprengstoffanschläge verübt haben. Der erste am 23. Juni 1999 in einer türkischen Gaststätte in Nürnberg. Der zweite am 19. Januar 2001 auf ein iranisches Lebensmittelgeschäft in Köln. Der dritte in der Keupstraße müsste aus Sicht der Täter der "erfolgreichste" gewesen sein. Dennoch gab es keinen weiteren Bombenanschlag. Fortgesetzt wurde die Terrorserie mit Kopfschüssen auf Migranten.

Anfang Juli 2016 erfuhr man im NSU-Untersuchungsausschuss von Hessen, dass am Tag der Nagelbombe in Köln ein Verfassungsschutzbeamter aus Kassel in der Domstadt war. Er soll eine Tagung besucht haben. Die Ermittler wissen das seit langem. Sein Name: Andreas Temme. Dieser Mann hängt unmittelbar mit Mord

Nummer neun im April 2006 in Kassel zusammen.

Ein Verfassungsschützer während der Tat am Tatort

Mit dem Mord an Halit Yozgat in Kassel endet die Ceska-Serie - Warum?

Wo endet der NSU, wo beginnt der Verfassungsschutz - und umgekehrt?

Auf den Tag genau ein Jahr nach dem Nagelbombenanschlag in Köln vom 9. Juni 2004 setzte sich die Mordserie, die dem NSU zugeschrieben wird, fort: Am 9. Juni 2005 wurde Ismail Yasar erschossen, bereits das dritte Opfer in Nürnberg. Nicht einmal eine Woche später, am 15. Juni 2005, traf es in München den Griechen Theodoros Boulgarides. Der einzige der getöteten Männer ohne türkische Wurzeln. Nur wenige Meter von Boulgarides' Laden entfernt um die Ecke wohnte einmal der bekannte und mehrfach verurteilte Neonazi Martin W., der wie das NSU-Trio aus Ostdeutschland stammte.

Die Morde Nummer sechs an Yasar und Nummer sieben an Boulgarides waren eine Art Doppelmord. Genauso wie ein Jahr später die Morde acht und neun.

Doppelmord von Dortmund und Kassel

Am 4. April 2006 wurde in Dortmund Mehmet Kubasik in seinem Kiosk erschossen. In derselben Straße wohnt einer der bekanntesten Neonazis der Stadt, Siegfried B. Nur zwei Tage später, am 6. April 2006, starb in Kassel Halit Yozgat in seinem Internetcafé.

Neun Morde an Männern mit Migrationshintergrund durch mehrere Schüsse in Gesicht und Kopf aus ein und derselben Waffe der Marke Ceska. Zweimal wurde zusätzlich eine italienische Bruni-Pistole verwendet: Beim ersten Mord an Enver Simsek in Nürnberg und beim dritten an Süleyman Taşköprü in Hamburg.

Jede Tat hat ihre Besonderheiten. Die neunte in Kassel gleich mehrere. Es war der letzte Mord, der mit der Ceska-Pistole begangen wurde. Und es war ein Verfassungsschutzbeamter zugegen. Seine Rolle - passiv oder aktiv - ist bis heute nicht aufgeklärt. Sein Name: Andreas Temme. Der Mord von Kassel ist einer der Schlüsselfälle des NSU-Mysterium - wie auf ihre Weise die Nagelbombe von Köln, der Polizistenmord von Heilbronn oder auch der 4. November 2011, als mit den Toten von Eisenach der NSU aufgedeckt wurde.

Namen dominieren dessen undurchsichtige Geschichte: Die der mutmaßlichen Täter Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos, Beate Zschäpe oder des Angeklagten Ralf Wohlleben. Die von V-Leuten des Geheimdienstes im Umfeld des NSU, wie Tino Brandt, Ralf Marschner, "Corelli" oder "Piatto". Und mit Andreas Temme gehört auch ein Hauptamtlicher des Verfassungsschutzes (VS) zu dieser Nomenklatur.

Doch in den vergangenen Jahren ist der Name Temme vor allem zum Symbol für den Widerstand des Sicherheitsapparates gegen die Aufklärung der Mordserie geworden. X-mal ist Temme mittlerweile befragt worden, im Zschäpe-Prozess, wie in Untersuchungsausschüssen, doch die staatliche Mauer um ihn herum scheint höher und höher zu werden. Der Fall ist die Nagelprobe, das Exempel, an dem sich erweist, ob der Komplex aufgelöst oder weiterhin unterdrückt werden kann. Er steht wie kaum ein anderer für die politische Dimension des NSU-Skandals.

Dass der VS-Beamte während der Tat in dem Internetcafé anwesend war, kann inzwischen als gesichert gelten. Das hat auch die Bundesanwaltschaft eingeräumt. Damit ist der Kreis um den Mord, wie um Temme, enger gezogen.

Ein Mord, wie in Szene gesetzt

6. April 2006: Kurz nach 17 Uhr fand Ismail Yozgat seinen 21jährigen Sohn tot hinter dem Tresen in seinem Internetcafé in der Holländischen Straße in Kassel. Als Tatwaffe wird die Ceska-Pistole identifiziert, die schon bei acht Morden verwendet wurde, zuletzt nur zwei Tage zuvor in Dortmund. Im November 2011 wird diese Pistole zusammen mit anderen Schusswaffen im Brandschutt der Wohnung in Zwickau gefunden, wo das Trio Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe gelebt hatte.

Ismail Yozgat hatte sich um ein paar Minuten verspätet. Er wollte seinen Sohn um 17 Uhr ablösen. Möglicherweise wäre er dann das Opfer geworden. Das sorgt bis heute für Spekulationen, ob der Anschlag vielleicht Ismail Yozgat galt. Daran hängt die grundsätzliche Frage nach dem Motiv der Morde und der Auswahl der Opfer. Sollten konkrete Individuen getroffen werden oder Vertreter gesellschaftlicher Gruppen, zum Beispiel Türken? Dass wir das immer noch nicht wissen, gehört zu den Unheimlichkeiten der Geschichte.

Ein Mord, wie in einem Kammerspiel, wie in Szene gesetzt. Während der Tat waren sechs Menschen in dem kleinen Laden: Der Iraker Hamadi S. telefonierte in einer Zelle im Vorraum nur wenige Schritte vom Opfer entfernt. Die Türkin Hediye C. saß mit einem Kleinkind im separierten Familienraum und telefonierte. Die Jugendlichen Emre E. und Ahmed T. surften im hinteren Raum im Internet. Die sechste Person war der Beamte des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV), Andreas Temme, der ebenfalls im hinteren PC-Raum saß. Er hatte sich um 16:51 Uhr ein- und kurz vor 17:02 Uhr wieder ausgeloggt.

Als Vater Yozgat seinen Sohn fand, war Temme nicht mehr da. Als einziger hatte er das Geschäft verlassen. Die anderen Zeugen geben an, ein dumpfes Geräusch gehört zu haben, wie wenn etwas zu Boden fällt. Hamadi S., der nicht mehr in Deutschland lebt, sagte der Polizei, er habe schattenhaft einen großen Mann wahrgenommen, der an seiner Zelle vorbeiging, zum Tresen geschaut und dann in Eile das Lokal verlassen habe. Temme misst 1.90 Meter. Ahmed T., damals 15 Jahre alt, sagte aus, den großen blonden Mann, eben Temme, mit einer Plastiktüte in der Hand rausgehen gesehen zu haben. In der Tüte habe sich ein schwerer Gegenstand abgebildet.

Verfassungsschützer unter Tatverdacht

Temme meldete sich nach Bekanntwerden der Tat nicht als Zeuge. Er wurde zwei Wochen danach als jener sechste Besucher des Internetcafés ermittelt und wegen dringenden Tatverdachts verhaftet. Der Verdacht wurde später fallengelassen, das Verfahren gegen ihn im Januar 2007 eingestellt.

Aus dem ersten NSU-Untersuchungsausschuss in Berlin, der Hauptverhandlung vor dem Oberlandesgericht in München und dem Landesuntersuchungsausschuss von Hessen sowie aufgrund der Recherchen von Opferanwälten und Journalisten kennt man heute zahlreiche Einzelheiten des Falles, die den Verfassungsschützer unverändert in den Blickpunkt rücken und die nicht zur allgemeinen exklusiven Zwei-Täter-Böhnhardt-Mundlos-Theorie der Bundesanwaltschaft passen.

Unter anderem hatten die Ermittler schon 2006 herausgefunden, dass der VS-Mann Temme am 9. Juni 2004 in Köln war, als in der dortigen Keupstraße die Nagelbombe gezündet wurde. Er habe eine Tagung besucht. Die Öffentlichkeit erfuhr von diesem Aufenthalt erst im Juli 2016 aus dem Mund eines kasseler Polizisten im hessischen NSU-Ausschuss. Der Sachverhalt ist umso bemerkenswerter, als gegen Temme ursprünglich auch wegen anderer Ceska-Morde ermittelt wurde.

Warum war Temme in dem Internetcafé? Er selber bleibt stoisch bei seiner Version: Am 6. April 2006 habe er auf einer Kontakt-Webseite gechattet, rein privat, dann bezahlen wollen, den Besitzer nicht gesehen, sei auf die Straße gegangen, zurückgekehrt, nach hinten gegangen, wo die Toiletten sind und wieder nach vorne. Weil Halit Yozgat nicht da gewesen sei, habe er ein 50 Centstück auf den Tresen gelegt und das Lokal verlassen. Er habe nichts wahrgenommen, was mit dem Mord zu tun gehabt haben könnte, kein dumpfes Fallgeräusch gehört, nichts gerochen und auf der Straße niemanden gesehen. Wer den Mann bei einem seiner Auftritte erlebt hat, dem fällt es erst Recht schwer, diese Schilderung zu glauben. Sein verkniffenes Verhalten erinnert an das der Angeklagten Wohlleben und Zschäpe.

Zeuge, Komplize, Täter?

Da man heute davon ausgehen kann, dass Temme anwesend war, als Yozgat erschossen wurde, stellen sich zwingende Fragen. Kann er, als er das Internetcafé verließ, den Sterbenden tatsächlich nicht bemerkt haben, der hinter dem Tresen lag? Aber warum meldete er sich dann nicht hinterher als Zeuge? Oder sah der großgewachsene Mann Halit doch liegen? Warum ging er dann weg? Ist er letzten

Endes sogar verstrickt und übergab dem oder den Mördern die Tatwaffe in der Plastiktüte? Oder war er gar - konsequent zu Ende gedacht - selber der Mörder?

Ein Opferanwalt fragte ihn vor Gericht genau das. "Natürlich nicht", antwortete Temme. Diese Denkvarianten sind übrigens nicht weit von den Ermittlungshypothesen entfernt, die die Kasseler Kriminalpolizei 2006 verfolgte, erstens: "Temme war der Täter", zweitens: "Temme und ein V-Mann waren Mittäter." Eine dritte Hypothese stellte damals das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen auf: "Temmes V-Mann war der Täter."

Gemessen daran dreht sich die Aufklärung seit Jahren im Kreise.

Und noch eine Variante ist denkbar: Selbst wenn Temme an dem Mord nicht aktiv beteiligt war, war ihm dann vielleicht eine passive Rolle zugeschrieben worden? Nach eigener Aussage war er jede Woche mehrmals in dem Internetcafé. War das den Tätern bekannt und sollte er als Verfassungsschützer Zeuge eines Mordes werden? War das eine der Botschaften dieser Tat?

Was ist die "Kasseler Problematik" des Verfassungsschutzes?

Eine Handlungsebene des Mordfalles Kassel führt in den hessischen Verfassungsschutz. In welchem Ausmaß entzieht sich bisher allerdings dem öffentlichen Einblick. Ist der Yozgat-Mord nur Temmes Geschichte, wie es seine Vorgesetzten und auch er selber glauben machen wollen? Oder hängt die Behörde mit drin? Jedenfalls gibt es eine Reihe erklärungsbedürftiger Indizien. So hatte zwei Wochen vor dem Mord, am 24. März 2006, die Wiesbadener Zentrale in einem Rundschreiben auf die Ceska-Mordserie hingewiesen und die Quellenführer angehalten, ihre Quellen danach zu befragen - und das, obwohl der letzte Ceska-Mord ein dreiviertel Jahr zurücklag. Hatte man Hinweise auf eine nächste bevorstehende Tat?

Nachdem Temme zum Tatverdächtigen geworden war, versuchte das Landesamt, auf dessen Aussageverhalten bei der Polizei Einfluss zu nehmen. Er sollte nur so viel offenbaren wie nötig. Das weiß man aus der Telefonüberwachung Temmes, die die

Polizei erwirkt hatte. Trotz laufenden Ermittlungsverfahrens trafen sich Vorgesetzte mit ihm, selbst der LfV-Direktor Lutz Irrgang und sein Stellvertreter Alexander Eisvogel. Ein Treffen mit der Abteilungsleiterin Iris P. fand nicht im Dienstgebäude statt, sondern in einer Autobahnraststätte, damit es nicht von der Polizei abgehört werden konnte.

Von den abgehörten Telefonaten wurden einige Passagen bekannt, die Fragen aufwerfen, wie der Satz des Dienststellenleiters in Kassel, Frank-Ulrich F., zu Temme: "Du hast Vieles zugegeben und jetzt sitzt du mit drin. Es fehlt eine Minute. Die ist das Problem." F. spricht in dem Telefonat allgemein von einer "Kasseler Problematik". Vor dem OLG in München behauptete F., ein solches Gespräch mit Temme habe es nicht gegeben. Er habe nach dessen Suspendierung keinen Kontakt mehr mit ihm gehabt. Nachdem ihm das Abhörprotokoll vorgehalten wurde, räumte er ein, mit Temme gesprochen zu haben. Die Protokolle wurden in ihrer Gesamtheit nicht in den Prozess eingeführt. Worin die "Kasseler Problematik" bestand, bleibt im Dunkeln.

In einer anderen Passage, die durch Nachforschungen der Anwälte der Familie Yozgat bekannt wurde, äußerte der Geheimschutzbeauftragte des hessischen Verfassungsschutzes, Gerald-Hasso H., im Mai 2006 gegenüber Temme: "Ich sage ja jedem, wenn der weiß, dass irgendwo sowas passiert, bitte nicht vorbeifahren." Die prompten Abwiegelungen durch H. (er habe die Kollegen gemeint), wie seitens der Bundesanwaltschaft (der Satz habe das Gespräch auflockern sollen), sind wenig überzeugend, auch weil sie sich widersprechen. Stattdessen steht die Frage: Wusste Temme, wusste das Amt von der bevorstehenden Tat oder einer bevorstehenden Aktion?

In einem weiteren überwachten Telefonat beklagte sich Temmes Ehefrau drei Wochen nach dem Mord bei ihrer Schwester über ihren Mann. Sie sprach von "niedergemetzelten Türken" und sagte wörtlich: "Was interessiert's mich, wen er heute wieder niedergemetzelt hat." Die Telefonate sind bisher nur in Bruchteilen bekannt.

Der Nachrichtendienst blockiert die Ermittlungen

Ein wesentliches Merkmal des Mordfalles Kassel ist der Konflikt zwischen Polizei und Geheimdienst. Die Ermittler der Mordkommission "Café" stießen beim Landesverfassungsschutzamt (LfV) auf eine Mauer. Sie wollten Auskunft über das Arbeitsfeld Temmes haben und seine V-Leute befragen. Das LfV lehnte das kategorisch ab. Vom Geheimschutzbeauftragten Gerald-Hasso H. ist der Satz überliefert: "Wenn die Quellen vernommen würden, müssten sie abgeschaltet werden. Das wäre das größte Unglück für das LfV."

Schließlich untersagte der damalige Innenminister und heutige Ministerpräsidenten von Hessen, Volker Bouffier (CDU), die Vernehmung von Temmes Quellen und die Herausgabe seiner Dienstakte. Außerdem hielt Bouffier, wie der hessische Untersuchungsausschuss im September 2016 herausfand, den Tatverdacht gegen einen Verfassungsschutzbeamten drei Monate lang vor dem Landtag geheim.

Quellenschutz vor Mordaufklärung. Und ein Verfassungsschutz, der nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems ist.

Wenn Mauern gebaut werden, sieht man im besten Falle wenigstens, wer sie baut. Andreas Temme steht für den hessischen Verfassungsschutz. Er ist nicht mehr bei ihm angestellt, aber der lässt ihn bis heute nicht fallen, aller demonstrativ distanzierenden Rhetorik zum Trotz. Vielleicht, weil er dann selbst fallen könnte. Ein amtsinternes Disziplinarverfahren gegen Temme, auch das ergab sich im Untersuchungsausschuss, wurde nie ernsthaft betrieben, sondern lediglich pro forma angelegt.

Neben fünf Quellen im Bereich Islamismus führte Temme mindestens eine im Bereich Rechtsextremismus. Einer war Benjamin G. mit Decknamen "Gemüse". Mit ihm telefonierte der Quellenführer am Tattag zweimal, um die Mittagszeit wenige Sekunden und etwa eine dreiviertel Stunde vor der Tat über elf Minuten lang, Inhalt unbekannt.

Von den Treffs mit dem V-Mann G. im Jahre 2006, etwa zwei pro Monat, sollen keine Berichte existieren, heißt es. Nach Temmes Suspendierung arbeitete das Amt

mit G. noch ein Jahr lang weiter, ehe er abgeschaltet wurde. Der Kontakt schien geblieben zu sein. Als Benjamin G. 2013 vor dem Gericht in München als Zeuge erscheinen musste, hatte er einen Rechtsbeistand dabei, der vom Verfassungsschutz bezahlt wurde.

Im Dezember 2016 stieß der NSU-Ausschuss des Bundestages auf Hinweise über einen möglichen zweiten, bisher unbekannten V-Mann Temmes in der rechtsextremen Szene. Was es mit ihm auf sich hat, ist bislang nicht geklärt.

V-Mann mit Kontakten nach Thüringen

Benjamin G. war seit 2001 V-Mann des LfV Hessen und gehörte einmal selber der rechten Szene von Kassel an. Wo genau er als Spitzel eingesetzt war, ist unklar.

G. hatte aber auch Kontakte nach Thüringen zum rechtsextremen Thüringer Heimatschutz (THS), zu dem Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe sowie die in München Angeklagten Ralf Wohlleben, Carsten Schultze und Holger Gerlach zählten. Der THS war unter starker Mitwirkung des Verfassungsschutzes geschaffen worden und von zahlreichen V-Leuten durchsetzt. An führender Stelle der V-Mann Tino Brandt, über den viel Geld des Verfassungsschutzes in das Netzwerk floss.

Hessen und Thüringen, Westdeutschland und Ostdeutschland - das Phänomen NSU führt in die jüngere deutsche Geschichte zurück. Nach der Wende in der DDR 1989 und der Auflösung der Staatssicherheit war der Osten zunächst ein Gebiet ohne Geheimdienst, eine Art Tabula rasa. Der bundesdeutsche Verfassungsschutz wurde in die neuen Länder verpflanzt, wo er Möglichkeiten vorfand, wie er sie im Westen so nicht mehr hatte. Der thüringer Verfassungsschutz wurde vom hessischen aufgebaut. Das Führungspersonal im Landesamt in Erfurt kam überwiegend aus dem Westen.

Und so, wie es Verbindungen zwischen den Hauptamtlichen in Thüringen und Hessen gab, existierten sie auch zwischen ihren Informanten und deren Kameraden. Die Aufarbeitung in den letzten Jahren erbrachte viele Erkenntnisse

über Verflechtungen zwischen Neonazis, Rockerbanden und kriminellen Milieus in ganz Deutschland. Auch Temme persönlich war Teil dieser Mischszene.

Neonazis, Rocker und organisierte Kriminalität

Reinhardshagen, ein Ort wenige Kilometer nördlich von Kassel, war Treffpunkt von Rockern und Neonazis, "Hells Angels"- und "Blood and Honour"-Mitgliedern. Dort soll auch Uwe Mundlos verkehrt haben. Das bezeugte ein Informant der Polizei, Volker B., und das ist auch dem BKA bekannt. Kontakte zur "Hells Angels"-Gruppe unterhielt nicht nur Temmes V-Mann Benjamin G., sondern auch der V-Mann-Führer selber. In Reinhardshagen nahm Temme an Schießübungen einer Reservistenkameradschaft teil. Auch Hinweise auf eine rechtsextreme Gesinnung fanden sich bei Temme, NS-Schriften etwa. Vom Geist, der im Hause Temme geherrscht haben muss, konnte man sich im Sitzungssaal in München überzeugen, als ein abgehörtes Telefonat vorgespielt wurde, in dem sich Temmes Ehefrau über "Dreckstürken" auslässt.

Spuren des NSU nach Kassel: 2006 soll Beate Zschäpe dort in einer Kneipe gesehen worden sein. In ihrer abgebrannten Wohnung in Zwickau fand sich ein Stadtplan von Kassel. Darauf waren verschiedene Objekte gekennzeichnet, die an den Fahrtstrecken Temmes zwischen seiner Wohnung und der Dienststelle lagen. Unter anderem gibt es eine Markierung zur Adresse Untere Königsstraße 81. Die Untere Königsstraße 80 war die Adresse einer konspirativen Wohnung Temmes, wo er unter seinem dienstlichen Decknamen "Alexander Thomsen" seine Informanten traf.

Gibt es auch eine Verbindung von Temme zum NSU-Trio? Diese Frage wurde in München von der Nebenklage an Zschäpe gerichtet. Sie hat sie nicht beantwortet. Und Richter Manfred Götzl hat sie sich nicht zu eigen gemacht.

Vor 2011 keine zentralen Ermittlungen

Wenn man die Taten von Dortmund und Kassel am 4. und 6. April 2006 als Doppelmord betrachtet, muss man nicht nur mögliche Verbindungen des NSU-

Trios in beiden Städten untersuchen, sondern auch die Verbindungen zwischen den Neonazi-Szenen beider Städte. Eine bestand zum Beispiel durch die rechtsradikale Band "Oidoxie" und deren Schutztruppe, zu der wiederum auch der V-Mann Sebastian S. aus Nordrhein Westfalen gehörte.

Doch trotz der zwei Morde unmittelbar hintereinander und obwohl inzwischen neun Migranten mit ein und derselben Waffe erschossen worden waren, lehnte es die Bundesanwaltschaft ab, die Ermittlungen zu übernehmen. Sie schloss rechtsextreme und fremdenfeindliche Tatmotive aus und sprach von einem privaten Rachefeldzug eines Einzeltäters.

Vor 2011 gab es keine zentralen bundesweiten Ermittlungen. Es existierte lediglich eine sogenannte Lenkungsgruppe unter Leitung der Mordkommission von Nürnberg, mit der sich die Ceska-Mordkommissionen austauschten. Sie hatte nicht die Qualität, die zentralisierte BKA-Ermittlungen gehabt hätten. Das BKA selber führte nur eine kleine Ermittlungsgruppe. Insgesamt Mordermittlungen, die nicht alle Ressourcen ausschöpften und mit angezogener Handbremse betrieben wurden.

So unterblieb auch eine intensive Kooperation zwischen der Dortmunder und der Kasseler Kriminalpolizei, obwohl diese nahelag, weil es sich um dieselben Täter handeln musste. Konsequenterweise hätten die Fahnder allerdings sämtliche Ceska-Morde hinzuziehen müssen. Mordkommissionen aus sechs Städten hätten zusammenarbeiten müssen. Das wäre auf eine Art paralleles Bundeskriminalamt hinausgelaufen. Strukturell absurd und vor allem politisch nicht gewollt. Die lokalen Kriminalpolizeien konnten nicht lösen, was Bundesanwaltschaft und BKA nicht lösen wollten. Hinzu kam, dass seit Kassel mit dem Auftauchen des Verfassungsschutzes die Mordserie kein normaler Kriminalfall mehr war und von den örtlichen Mordkommissionen nicht mehr beherrscht werden konnte. Erst nach dem Auffliegen des Terrortrios im November 2011 zog die Karlsruher Strafverfolgungsbehörde das Verfahren an sich.

Unterdrückte und geschwärzte Akten

Die Ermittlungsunterlagen im Fall Temme befinden sich heute in Karlsruhe. Die Anklagebehörde behauptet, darin gäbe es keine Anhaltspunkte für eine Tatbeteiligung oder Hintergründe der Tat. Opferanwälte müssen zum Dienstsitz des Generalbundesanwaltes fahren, um die Akten einsehen zu können. Sie bekommen keine Kopien, sondern dürfen sich lediglich Notizen machen, manchmal nicht mal das. Obendrein existieren umfangreiche Schwärzungen in den Unterlagen, ganze Blätter wurden entfernt. Selbst ein als Zeuge gehörter BKA-Beamter musste dem Gericht eingestehen, dass er nicht sagen kann, ob die Akten vollständig sind.

Im Juli 2016 beendete der Vorsitzende Richter am OLG in München, Manfred Götzl, das Thema Temme für sich und die Hauptverhandlung endgültig. Sechs Mal hatte er als Zeuge erscheinen müssen. Nun befand Götzl: Dessen Einlassungen, er sei nur zufällig und aus privaten Gründen an dem Tatort Internetcafé gewesen, habe vom Mord nichts mitbekommen und auch den Toten beim Gehen nicht liegen sehen, seien glaubhaft und plausibel. Temme sei unschuldig, eine weitere Beweiserhebung überflüssig. Dieses Urteil ist zwar mutwillig, aber konsequent. Schon die Temme-Akten wollte der Richter nicht beiziehen. Vielleicht war diese Aufgabe zu groß. Vielleicht folgte der Staatsschutzsenat aber auch nur der vermeintlichen Staatsräson.

"Aufklärung auf Jahre hinaus verhindert"

2014 wurde vor diesem Gericht der frühere LfV-Chef von Hessen, Lutz Irrgang, als Zeuge vernommen. Er verneinte eine Verwicklung des Amtes und seines Mitarbeiters Temme in den Mord, präsentierte aber eine bemerkenswerte Analyse: "Weil offenbar wurde, dass ein Verfassungsschützer am Tatort war, wird die Aufklärung sehr schwierig werden. Denn derjenige, der die Tat beging, musste sich neu positionieren." Um Erläuterung gebeten, wie er das meine, führte Irrgang weiter aus: "Ich habe mir Gedanken gemacht, wie es auf den Täter wirkt, dass in unmittelbarer Nähe seiner Tat ein Verfassungsschützer war. Und habe mich gefragt: Was könnte das für die Aufklärung, wie auch für den Fortgang der Serie bedeuten? Meiner Meinung nach bedeutet es, dass die Aufklärung über Jahre nicht gelingen wird." Opferanwalt Alexander Kienzle fragte nach: "Durch die

Anwesenheit von Herrn Temme am Tatort wurde die Aufklärung auf Jahre verhindert?" Und Irrgang konkretisierte: "Nein, dadurch, dass man das öffentlich gemacht hat."

Es ist, als stoße der ehemalige Geheimdienstchef eine Tür in unbekannte Sphären auf. Tatsächlich endete nach Kassel das Ermorden von Migranten mit der Ceska-Pistole. Weil sich die Täter neu positionieren mussten? War der Verfassungsschützer am Tatort ein Zeichen dafür, dass ihnen die Sicherheitsbehörden nahe gekommen waren? Das hieße, der Verfassungsschutz wäre doch nicht so ahnungslos gewesen, wie behauptet. Oder verhielt es sich umgekehrt: Waren mit der Enttarnung Temmes Schutzmächte fragwürdig geworden? Doch der größte Widerspruch ist: Wenn nun nichts mehr so war, wie bisher, warum wagen die Täter nur ein Jahr später noch Gefährlicheres? Nämlich, am helllichten Tag auf einem belebten Platz zwei Polizeibeamte, Repräsentanten des Staates, zu erschießen? Oder waren in Heilbronn andere Täter am Werk, zumal andere Waffen verwendet wurden?

Wer alles zur Tätergruppierung NSU gehörte und welche Rolle das Kerntrio genau spielte, ist nicht aufgeklärt.

Die Raubüberfälle

Wie teuer ist der Untergrund und wo ist der Untergrund? - Vermessung einer Landschaft

Die NSU-Verbrechen offenbaren eine seltsame Ost-West-Anatomie. Die Mordanschläge wurden im Westen verübt: Nürnberg, München, Hamburg, Köln, Dortmund, Kassel, Heilbronn - einzige Ausnahme: Rostock, doch dort kam das Opfer ebenfalls aus dem Westen, Hamburg. Die Raubüberfälle dagegen geschahen ausnahmslos im Osten: Chemnitz, Zwickau, Stralsund, Arnstadt, Eisenach.

Morden auswärts - rauben zuhause? Wie die Morde sollen auch die Raubüberfälle ausnahmslos und allein von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos begangen worden sein - so zumindest die Bundesanwaltschaft.

Wie haben sich die drei mutmaßlichen Rechtsterroristen in den 13 Jahren ihrer Illegalität, vom Zeitpunkt der Flucht aus Jena im Januar 1998 bis zu ihrer Entdeckung im November 2011, finanziert? Um diese Frage geht es. Und die Auffassung der Anklagebehörde lautet: Durch die 15 Raubüberfälle auf Banken und einen Supermarkt. Doch bei genauer Betrachtung finden sich ähnlich viele Ungereimtheiten wie bei der Mordserie.

Daran ändert auch das Statement Beate Zschäpes vor dem Oberlandesgericht München nichts, in dem sie nahezu eins zu eins die unbewiesene Theorie der Anklagebehörde von der Alleintäterschaft der zwei Uwes bestätigte. Eher fügt sich Zschäpes Verhalten selber in diese Ungereimtheiten ein.

Der erste Raub - und die ersten Fragen

Die Terrorserie begann mit einem Raub - und mit ihm beginnen die Fragen. Am 18. Dezember 1998 überfielen zwei maskierte, bewaffnete Männer einen Edeka-Markt in Chemnitz und erbeuteten etwa 30.000 D-Mark. Bei der Flucht schossen sie um sich. Zwei Täter? So sicher ist das nicht.

Denn es gibt einen Zeugen, der drei Maskierte gesehen haben will. Ein junger Mann, damals 16 Jahre alt, auf den einer der Fliehenden schoss und knapp verfehlte, wie er im Juni 2015 dem Oberlandesgericht in München schilderte. Die dritte Person soll kleiner als die beiden anderen gewesen sein, vielleicht eine Frau. Dieser Zeuge galt lange als verschollen. In der Anklageschrift der Bundesanwaltschaft steht: "Der Zeuge, der den Vorfall beobachtete und die Täter verfolgte, konnte nicht ermittelt werden." Die vollständige Wahrheit ist: Er war damals ermittelt und auch vernommen worden, allerdings gibt es diese Ermittlungsakten nicht mehr. Auch das liest man in der Anklageschrift: "Sie sind von der Staatsanwaltschaft Chemnitz vernichtet worden."

Tatsächlich wurden die Akten im Jahr 2005 vernichtet und 2006 außerdem alle Daten gelöscht. Warum, kann die Behörde nicht mehr nachvollziehen - "mangels vorhandener Daten", wie sie erklärt, möglicherweise sei das "aus Versehen" passiert. Die Unterlagen hätten nicht vernichtet werden dürfen, Raub verjährt erst nach 20 Jahren. Vorgänge in der Staatsanwaltschaft Chemnitz, die einen daran erinnern lassen, dass bei der Behörde auch Ermittlungsakten zu dem Neonazi und V-Mann Ralf Marschner aus Zwickau, der zum Umfeld des NSU-Trios zu rechnen ist, verloren gingen, wie man 2016 erfahren hat.

Ausgerechnet ein Zeuge, der die offizielle Zwei-Täter-Theorie widerlegen kann, verschwindet aus den Akten. Wiedergefunden wurde der junge Mann aus dem Edeka-Markt schließlich bei Nachermittlungen des Bundeskriminalamtes im Jahr 2015. Nie gefunden wurde allerdings die Tatwaffe aus diesem Überfall, auch in der Habe des Trios nicht.

Überfälle in der Nachbarschaft?

Allein acht der Überfälle wurden in Chemnitz verübt, drei in Zwickau. Städte, in denen das Trio gelebt hatte. Gleich mehrere Banken liegen in unmittelbarer Nähe verschiedener Wohnadressen, die es benutzt hatte, zum Beispiel in derselben Straße. Eine ausgeraubte Postfiliale in Chemnitz lag direkt neben einem Friseurladen, in dem Mandy S. arbeitete, die zum NSU-Umfeld gehörte und bis heute als Tatverdächtige gilt. Sie ist eine der neun Beschuldigten, gegen die konkret ermittelt

wird. Ausraubobjekte im unmittelbaren Wohnumfeld? Was für eine mögliche Ausspähung nützlich gewesen sein könnte, hätte im Falle eines Überfalles aber ein hohes Entdeckungsrisiko bedeutet.

Waren Böhnhardt und Mundlos tatsächlich die Bankräuber? Sie allein? Waren es wirklich nur zwei? In keiner der Banken wurden eindeutige Spuren der beiden Uwes gefunden, Fingerabdrücke oder DNA-Substanz. Die Fahnder der Kripo Chemnitz gingen damals in ihren Tathypothesen auch davon aus, dass ein dritter Täter in einem Fluchtfahrzeug gewartet haben könnte.

Einer derjenigen, die sich seit 2012 intensiv mit dem NSU-Skandal befassen, ist der Bundestagsabgeordnete Clemens Binninger (CDU), zunächst Mitglied im ersten Untersuchungsausschuss des Bundestages und dann Vorsitzender des zweiten. Seine Einschätzung lautet: "Böhnhardt und Mundlos haben sicher Banküberfälle begangen. Die Frage ist, ob sie wirklich alle begangen haben. Denkbar ist, dass es bei dieser Bankraubserie mehrere Täter gab oder nicht alle von den zweien begangen wurden."

Dahinter steht die wiederkehrende Frage, ob der NSU tatsächlich nur aus drei Personen bestand.

Aufgeregte Bankräuber - kaltblütige Killer

Und noch etwas ist auffällig: Die NSU-Täter in Ost und West verhielten sich vollkommen unterschiedlich. Die Bankräuber agierten nervös und aufgeregt - die Mörder dagegen müssen ruhig und kaltblütig gewesen sein. Am helllichten Tag und in aller Öffentlichkeit brachten sie zehn Menschen um. Waren das wirklich dieselben Personen?

Zu den Merkwürdigkeiten zählen die Waffen. Ob sie tatsächlich identifiziert sind, ist fraglich. Bei den Überfällen wurden insgesamt vier bis fünf verschiedene Schusswaffen benutzt. Sie seien alle in der Habe des Trios gefunden worden, steht in der Anklageschrift der Bundesanwaltschaft. Eingeräumt wird aber, dass jene Waffe fehlt, mit der beim ersten Raub im Edeka-Markt geschossen wurde.

Doch die Ermittler in Chemnitz sehen das noch anders. Im Bundestag erklärte der verantwortliche Kriminaloberkommissar Jens M. 2012 den Mitgliedern des NSU-Ausschusses: "Ich kann nur sagen, zu meiner Ermittlungszeit haben wir nie eine Waffe typmäßig konkretisieren können." Wenn aber nicht klar ist, welche Waffen bei den Überfällen benutzt wurden, woher will die Bundesanwaltschaft dann wissen, dass es die waren, die bei Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe gefunden wurden?

Verschwundene Beweismittel und Akten

Zu den Merkwürdigkeiten des Komplexes Raubüberfälle gehört eine Reihe verschwundener Beweismittel und Asservate. Bei einem Überfall in Chemnitz im Oktober 1999 wurde ein Haar sichergestellt, mit sieben Zentimeter Länge nebenbei für Naziskinheads überraschend lang. Dieses Haar wurde zunächst aufbewahrt und Jahre später, 2005, zur DNA-Bestimmung verschickt.

Als 2011 die NSU-Gruppe aufflog, erkundigten sich die Chemnitzer Ermittler beim Landeskriminalamt Sachsen nach diesem Haar und erfuhren, dass es nicht mehr da ist und auch keine DNA vorliegt. Ein Abgleich mit der DNA von Böhnhardt und Mundlos konnte nicht gemacht werden.

Es ist nicht der einzige Schwund, höchstens der kleinste. Im November 2006 und im Januar 2007 stürmten zwei Männer in Stralsund zweimal dieselbe Sparkasse und erbeuteten insgesamt über 250.000 Euro. Nachdem die Bundesanwaltschaft im November 2011 die NSU-Ermittlungen übernahm, schickte die Staatsanwaltschaft Stralsund die Originalakten zu den zwei Raubüberfällen nach Karlsruhe - insgesamt zehn Ordner.

Die Bundesanwaltschaft will sie an das Bundeskriminalamt (BKA) nach Meckenheim weitergeleitet haben. Doch dort soll die Fracht nie angekommen sein. Nachforschungen des BKA ergaben, so steht es zumindest in den Akten, dass die Bundesanwaltschaft die Ordner nicht, wie üblich, per Kurier versandte, sondern mit der Post. Aufgrund der fehlenden Originale kann nicht mehr verifiziert werden, ob die vorliegenden Kopien vollständig sind.

Zu allem Überfluss: Das BKA stieß bei seinen Nachforschungen zu Aktenüberstellungen aus Karlsruhe noch auf etliche weitere Aktenverluste. Behörden, die aufgrund der Dimension der NSU-Verbrechen überfordert sind - oder organisiertes Chaos?

Über vier Jahre lang keine Überfälle - dann das Ende

Nach den beiden Überfällen in Stralsund wurden über viereinhalb Jahre lang keine mehr verübt. Auch die Tötungsserie endete im Jahr 2007 mit dem Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter. Warum, kann bisher niemand schlüssig erklären.

Doch im Herbst 2011 wurden die Täter wieder aktiv: Anfang September ein Überfall auf eine Sparkasse im thüringischen Arnstadt, schließlich der finale Bankraub in Eisenach am 4. November 2011. Am Ende jenes Tages waren Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos tot, ihre Wohnung in Zwickau war abgebrannt, Beate Zschäpe auf der Flucht. Und die Öffentlichkeit erfuhr zum ersten Mal etwas von einer Gruppierung namens "Nationalsozialistischer Untergrund". Das große Rätsel begann.

Viereinhalb Jahre lang hatte sich das NSU-Trio nicht geregt, sein Ende kam ausgerechnet, als es wieder mit dem Rauben begann. Hat es lediglich Fehler begangen und stand vor seiner Festnahme oder hatte sich etwas in seinem Umfeld in der Zwischenzeit verändert?

Im Zusammenhang mit dem letzten Banküberfall in Eisenach gibt es Zeugenaussagen, die gleichfalls nicht zur offiziellen Version von den zwei Bankräubern passen. In ersten Zeitungsberichten wird beispielsweise ein Augenzeuge zitiert, der drei Personen aus der beraubten Sparkasse herauskommen sah.

Ein Widerspruch, der zu den Widersprüchen am Tatort Eisenach-Stregda führt, wo Böhnhardt und Mundlos erschossen in ihrem gemieteten Wohnmobil aufgefunden wurden. Hergang und Umstände können bis heute nicht als aufgeklärt bezeichnet werden. Ob es einen dritten Mann in Stregda gab, ist bisher weder belegt noch

widerlegt. Mehrere parlamentarische Untersuchungsausschüsse mühen sich mit den Vorkommnissen von Eisenach und Zwickau ab, ohne bisher gesicherte Aussagen treffen zu können.

Vergessene Opfer der Bankräuber

Einer der 15 Raubüberfälle schlug aus der Art - und rückt vergessene Opfer der Überfälle ins Blickfeld. Im Oktober 2006 stürmte in Zwickau ein einzelner Mann in eine Sparkassenfiliale, wo sich neun Personen aufhielten, Angestellte und Kunden. Einige wehrten sich, der Bewaffnete war überfordert, gab zwei Schüsse ab und floh ohne Beute. Für die Bundesanwaltschaft war es Uwe Böhnhardt, vor allem weil der Bankräuber Linkshänder war wie er. Die Angeklagte Beate Zschäpe stützt diese Version.

Ein Schuss traf den 18-jährigen Bank-Azubi Nico R. in den Bauch. Er wurde lebensgefährlich verletzt, konnte aber gerettet werden. Wie der Polizeibeamte Martin A. wäre Nico R. beinahe ein weiteres Todesopfer des NSU geworden - doch kaum jemand scheint das zu wissen. Selbst die Beauftragte der Bundesregierung für die Opfer des NSU, Barbara John, erfuhr erst Jahre später durch Presseberichte davon. In der Opferliste des Bundesjustizamtes sind die Hinterbliebenen-Familien der Ermordeten aufgeführt sowie die Verletzten der zwei Bombenanschläge in Köln, aber keine Verletzten der Raubüberfälle.

Die Bankräuber traten aggressiv und gewalttätig auf, besprühten Bankangestellte und Kunden mit Reizgas, schlugen mit Pistolen, Gewehrkolben, einem Tischventilator oder einem Telefon auf sie ein oder drückten ihnen Schusswaffen an die Stirn. Vor dem Oberlandesgericht in München schilderten sie das als Zeugen. Einige sind bis heute traumatisiert, konnten nicht mehr arbeiten gehen oder hatten Probleme, ihre Wohnung zu verlassen.

Das Bundesjustizamt, zuständig für Entschädigungsansprüche, erklärte, es habe nur die Opfer erfasst, die einen Entschädigungsantrag gestellt haben. Sämtliche Opfer zu registrieren, sei nicht seine Aufgabe.

Und im Zschäpe-Prozess sind zwar die Raubüberfälle Gegenstand der Beweiserhebung, aber nicht die Körperverletzungen der Bankangestellten und Kunden. Die Bundesanwaltschaft behandelt einen Großteil der Körperverletzungen nicht als verfolgenswerte Taten, sondern als Nebensache der Überfälle. Und wo keine Anklage, ist auch keine Nebenklage möglich. Allein der Banklehrling Nico R. hat für seinen lebensgefährlichen Bauchdurchschuss eine Entschädigung erhalten. Nebenkläger ist aber auch er nicht.

Auch die geschädigten Kreditinstitute halten sich auffällig zurück und treten ebenfalls nicht als Nebenkläger auf. Offenbar fürchten sie, das könnte geschäftsschädigend sein: "Wir wollen im Kontext mit NSU nicht genannt werden", erklärte der Vertreter einer der überfallenen Sparkassen.

Reichte die Beute für 13 Jahre Untergrund?

Bei den 15 Raubüberfällen erbeuteten die Täter insgesamt umgerechnet 600.000 Euro. Wie viel sie davon ausgegeben haben, wie viel Geld später gefunden wurde - darüber gehen die Angaben bis heute auseinander.

Dem ersten Untersuchungsausschuss des Bundestages lag ein Asservatenverzeichnis aus dem November 2011 vor, in dem 190.000 Euro aufgeführt sind, die in der ausgebrannten Wohnung in der Frühlingsstraße in Zwickau sichergestellt worden sein sollen. Doch diese Summe hat die Bundesanwaltschaft inzwischen selber in Frage gestellt. In der Habe des Trios seien etwa 114.000 Euro gefunden worden, so die korrigierte Auskunft. Darunter die knapp 72.000 Euro aus dem Raubüberfall in Eisenach, die noch im Fluchtwohnmobil lagen. 190.000 gefundene Euro oder 42.000 - auch dieser Widerspruch ist nicht geklärt.

Grundlegende Fragen tun sich auf: Warum überfielen die Täter im Herbst 2011 wieder Banken, wenn sie noch mindestens 40.000 Euro besaßen? Hatten sie Pläne? Reichte andererseits das erbeutete Geld überhaupt zum Leben im Untergrund? Denn, wenn man von der Beutesumme 600.000 Euro die unbenutzten 114.000 Euro abzieht, bleibt ein Rest von etwa 490.000 Euro, den sich drei Leute für einen Zeitraum von über 13 Jahren teilen mussten. Das macht etwa 1.000 Euro im

Monat für jeden von ihnen. Wenn die Räubergruppierung allerdings aus mehr als drei Personen bestand, schrumpft diese Summe weiter.

Politiker wie Clemens Binninger oder Rechtsanwälte der Opferfamilien, die sich in München seit vier Jahren mit zahllosen Details des Komplexes abplagen, gehen davon aus, dass das Trio noch weitere Einnahmequellen gehabt haben muss. War es unter Umständen Teil einer größeren Organisation, die über größere Ressourcen verfügte? Kamen Gelder aus kriminellen Geschäften, dem Rotlichtmilieu, der Drogenszene - oder gar von Kindermissbrauch?

Könnte die bei dem toten Mädchen Peggy gefundene DNA Uwe Böhnhardts ein Link in dieses Milieu sein? Das fragte man sich nach dem Auftauchen der Spur Mitte Oktober 2016. Im März 2017 wurde offiziell zurück gerudert und erklärt, die Spur sei nicht echt, sondern verschleppt. Das Stoffteilchen mit Böhnhardts DNA stamme von einem Kopfhörer, der im ausgebrannten Wohnmobil in Eisenach lag. Doch damit wurde die Geschichte nur noch abenteuerlicher. Denn wie und durch wen das Stoffteilchen zum Fundort Peggy gekommen sein soll, können die Behörden nicht sagen.

Andere relevante Finanzierungsquellen des Trios? Die Bundesanwaltschaft jedenfalls erklärt, darüber keine Erkenntnisse zu haben.

Im Frühjahr 2016 kam heraus, dass aller Wahrscheinlichkeit nach Uwe Mundlos mehrere Monate lang in der Zwickauer Abrissfirma von Ralf Marschner gearbeitet hat. Aber was war der Zweck dieser Arbeit? Eine Einnahmequelle der drei mutmaßlichen Terroristen? Große Summen dürften da aber nicht zusammen gekommen sein. Ein Terrorist, der zwischendurch auf dem Bau malocht? Auch diese Vorstellung ist gewöhnungsbedürftig.

Die Bedeutung des Kontaktes zwischen Mundlos und Marschner, dem V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz, liegt sowieso auf einer anderen Ebene, als der des Gelderwerbes. Von Interesse ist dabei unter anderem, was es mit den verschiedenen Firmen Marschners, die allesamt kein erfolgreiches Geschäftsmodell abgaben, überhaupt auf sich hatte. Waren sie Teil eines Firmengeflechtes der

Organisierten Kriminalität (OK)? Und bewegten sich die Raubüberfälle ebenfalls in diesem Kontext?

Der Verfassungsschutz muss von Überfällen gewusst haben

Und auch im Zusammenhang mit den Raubüberfällen stößt man auf Spuren des Verfassungsschutzes. Mehrere V-Leute des Brandenburger und Thüringer Landesamtes in der rechtsextremen Szene lieferten Informationen über den Unterschlupf des Jenaer Trios in Chemnitz und über mögliche Raubüberfälle. 1999 meldete der V-Mann Marcel Degner, ein Kontaktmann habe ihm erklärt, die drei würden "jobben" und bräuchten kein Geld. "Jobben" steht dabei nicht etwa für "arbeiten". Es ist, wie Vernehmungen von Zeugen aus der Szene in der Hauptverhandlung in München ergaben, eine Art Codewort für die illegale Beschaffung von Geld zum Beispiel mittels Überfällen.

Da die Information von 1999 stammt, kann Mundlos' Baujob in Marschners Firma mit dem Begriff "jobben" nicht gemeint gewesen sein. Den übte er frühestens 2000 nach dem Umzug von Chemnitz nach Zwickau aus.

Jener Kontaktmann, von dem V-Mann Degner sprach und der offenbar mit dem Trio in Verbindung stand, ist Thomas Starke, der sich heute Müller nennt. Starke wurde ein Jahr später, im November 2000, selber V-Person der Behörden. Seit Jahren ermittelt die Bundesanwaltschaft auch gegen ihn wegen der möglichen Unterstützung des NSU.

Im Jahr 2001 gab der V-Mann Tino Brandt die Information weiter, die Untergetauchten würden sich selbständig finanzieren, durch "eigene Sachen" und bräuchten kein Geld mehr aus der Szene. Zu diesem Zeitpunkt waren in Chemnitz bereits vier bewaffnete Überfälle geschehen, die nicht aufgeklärt waren. Brandt hatte die Information von dem heute angeklagten Ralf Wohlleben. Der bestritt im Januar 2016 vor Gericht, dass damit Überfälle gemeint gewesen seien.

Ein unbekannter 16. Raub?

Und dann gibt es noch die Mitteilung eines dritten V-Mannes, die überhaupt nicht zur amtlichen Erzählung über die Raubdelikte passt. Carsten Szczepanski, bekannt unter dem VS-Decknamen "Piatto", der, obwohl vom Brandenburger Verfassungsschutz geführt, im sächsischen Chemnitz eingesetzt wurde, meldete einen möglichen, bisher unbekannten Bankraub. Laut einer sogenannten wichtigen Deckblatt-Meldung des Amtes sei "das Trio dabei, Waffen zu besorgen" und wolle einen "weiteren Überfall begehen".

Die Meldung ist von September 1998, also vor dem ersten registrierten Überfall auf den Edeka-Markt in Chemnitz im Dezember 1998. "Weiterer Überfall" - gab es also einen 16. Raubüberfall, der ebenfalls auf das Konto des NSU geht und im Frühjahr oder Sommer 1998 verübt worden sein müsste? Doch warum wäre der bisher nicht bekannt?

Nach Auskunft der Staatsanwaltschaft seien für 1998 in Chemnitz keine weiteren Raubüberfälle bekannt, die "im Zusammenhang mit dem NSU stehen könnten". Allerdings: Unter "NSU" versteht die Behörde nur das Trio Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe, keine anderen Personen. 1998 wurden insgesamt 56 Raubverfahren in der Stadt registriert.

Raubüberfälle hätte das Trio nicht exklusiv verübt. Im Oktober 1999 überfielen mehrere Männer im südthüringischen Pößneck einen Geldboten und erbeuteten 78.000 DM. Die Täter wurden erst im September 2012 gefasst. 13 Jahre unentdeckt - eine erstaunliche Parallele zum NSU-Trio. Und noch eine: Die Räuber gehörten zum rechtsextremen Thüringer Heimatschutz (THS) von Saalfeld-Rudolstadt. Einer stand in direktem Kontakt zum THS-Anführer und V-Mann Tino Brandt, ein anderer zum THS-Neonazi und V-Mann Andreas Rachhausen. Zu der Bande zählten auch drei Litauer, einer von ihnen war Mitglied einer Anti-Terror-Spezialeinheit der litauischen Polizei.

In dieser Gruppierung waren gleich mehrere Bestandteile versammelt, auf die man im Komplex NSU immer wieder stößt: Neonazis, Organisierte Kriminalität, Polizei und indirekt auch der Verfassungsschutz.

Außen Ku-Klux-Klan - innen Verfassungsschutz

Rechtsextreme Gruppierungen im Umfeld des NSU - Immer dabei: V-Leute - Das Beispiel KKK - Eine Fallstudie

Geheim, geheimer, am geheimsten. Oder: Vom Nutzen mehrfacher Maskerade.

Ku Klux Klan - dieser seltsame Name steht für Rassisten, die ihr Gesicht unter weißen Vollkapuzen verstecken, um Menschen zu erschrecken, deren Hautfarbe ihnen nicht passt. Oder um sie sogar unerkannt umbringen zu können. In den Südstaaten der USA war der Ku Klux Klan (KKK) lange eine weitverbreitete Bewegung, um dunkelhäutige Afroamerikaner zu terrorisieren. Äußere Zeichen Kapuzen, Kutten und Kreuzverbrennungen. In den 1980er und 1990er Jahren entstanden neue rechtsextreme KKK- und Skinheadgruppen.

Überraschend ist, dass es auch in Deutschland KKK-Gruppen gibt oder Kreuzverbrennungen in KKK-Manier, unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Jena, Bayern, Nordrhein Westfalen, Stuttgart, Mosbach oder Schwäbisch Hall. In Jena entzündete etwa ein Dutzend Neonazis Kreuze - unter ihnen das Trio Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe, der Angeklagte Ralf Wohlleben und André Kapke. Die KKK-Gruppe von Schwäbisch Hall war eine der größten und die vielleicht wichtigste.

In ihrer Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag teilte die Bundesregierung im Oktober 2016 mit, seit 1990 seien ihr sechs KKK-Gruppierungen bekannt geworden. "Derzeit" existierten in Deutschland vier.

Die deutschen Ku-Klux-Klan-Gruppen sind in gesellschaftlicher Verwurzelung und Wirkung nicht vergleichbar mit dem historischen Ku Klux Klan US-amerikanischer Herkunft und seinem Masseneinfluss. Zu den jüngeren Gruppen in den USA bestehen aber Verbindungen aus Deutschland. Vom KKK-Konstrukt

hierzulande führen Querverbindungen ins Umfeld der NSU-Terrorgruppe. Zum Beispiel über Personen wie Carsten Szczepanski, der in Berlin und Brandenburg aktiv war, oder über die Schwäbisch Haller Klan-Gruppe um Achim Schmid und Thomas Richter. Alle drei waren Quellen des Verfassungsschutzes. Manches ist inzwischen bekannt, ein Großteil der Aktivitäten und Verbindungen liegt aber nach wie vor im Unklaren. Das hängt nicht zufällig mit der Mitwirkung des Verfassungsschutzes im deutschen Ku Klux Klan zusammen. In verschiedenen Untersuchungsausschüssen konnte beobachtet werden, wie Verantwortliche des Inlandsgeheimdienstes die Aufklärung dieser Sphäre systematisch behindern. - Eine unvollkommene Fallstudie.

KKK und der Kiesewetter-Mord

Ausgangsereignis ist der Mord an der Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter in Heilbronn im April 2007. Die Verbindungskette vom Opfer zum mutmaßlichen Täter oder Mittäter Uwe Mundlos führt über den KKK von Schwäbisch Hall. Kiesewetter gehörte zu einer Sondereinheit der baden-württembergischen Polizei namens BFE (Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit).

Am Tattag war in Heilbronn unter anderem ihr BFE-Kollege Timo H. im Einsatz, gleichzeitig Kiesewetters direkter Vorgesetzter. Dieser Timo H. war Jahre zuvor Mitglied des KKK in Hall gewesen, zusammen mit einem weiteren Polizeibeamten aus der BFE, Jörg W. Geführt wurde der Geheimbund dort unter anderem von Achim Schmid und Thomas Richter, beides V-Leute in der rechten Szene. Richters Name findet sich auf einer Telefonliste von Uwe Mundlos, die 1998 in die Hände der Polizei fiel.

Damit haben wir folgende Kette: Kiesewetter - BFE - Timo H. - KKK - Thomas Richter - Uwe Mundlos. Mit dem KKK (Schmid und Richter) ist auch der Verfassungsschutz Teil dieser Kette. Nimmt man diese Kette ernst, steht die Hypothese in Frage, Kiesewetter und ihr Kollege Arnold seien zufällige Opfer des NSU gewesen. Umgekehrt betrachtet wird deutlich, dass die These von den Zufallsopfern vor allem dem Verfassungsschutz nützt, dessen Rolle dann nicht näher betrachtet werden muss.

Richter arbeitete unter dem Decknamen "Corelli" etwa 20 Jahre lang für das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), Schmid unter dem Decknamen "Radler" etwa sechs Jahre für das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) von Baden-Württemberg. Von beiden sind unter anderem folgende Personenverbindungen bekannt: Achim Schmid stand mit dem Neonazi und V-Mann Ralf Marschner aus Zwickau in Kontakt. In einer Baufirma Marschners soll einmal Mundlos gearbeitet haben. Auch Thomas Richter kannte Marschner, außerdem den Anführer der sächsischen Hammerskins, Mirko Hesse, der unter dem Decknamen "Strontium" ebenfalls für das BfV tätig war. Hesse wiederum war mit Marschner bekannt, und von dem gibt es eine Verbindung zu Thomas Starke, der zum unmittelbaren Umfeld des Trios gehörte und außerdem V-Person des Staatsschutzes von Berlin war.

Verwirr- und Versteckspiel des LfV

War, wo Ku Klux Klan draufstand, überall Ku Klux Klan drin? Was wollte der Verfassungsschutz in dem Geheimbund? Das LfV von Baden-Württemberg treibt ein auffälliges Verwirr- und Versteckspiel um den KKK, wie es die Kapuzenträger selber nicht besser machen könnten. Wenn dermaßen verschleiert wird, muss es Gründe geben.

Der erste Geheimdienstvertreter, der von einem NSU-Untersuchungsausschuss zum Thema KKK befragt worden ist, war Helmut Rannacher, Baden-Württembergs LfV-Chef von 1995 bis 2005. Im Bundestag erklärte er, sein Amt habe im Oktober 2000 erstmals erfahren, dass es im Land eine KKK-Gruppe gibt, gegründet in Schwäbisch Hall von seinem V-Mann Achim Schmid, aber gegen die Interessen des Amtes. Weil der Mitarbeiter obendrein gelogen und die Gründung zunächst abgestritten habe, sei er im Oktober 2000 abgeschaltet worden. Rannacher hat diese Version vor dem NSU-Ausschuss von Baden-Württemberg wiederholt. Der oberste Nachrichtendienstler will aber noch mehr nicht gewusst haben, zum Beispiel, dass sein V-Mann Schmid in den USA war, wo er sich mit KKK-Aktivisten traf. Versteht der Dienst sein Handwerk nicht?

V-Mann Schmid wurde abgeschaltet, doch V-Mann Richter blieb in der KKK-

Gruppe platziert. Wie passt das zusammen? Vermutlich hing das weniger mit Schmids disziplinlosem Verhalten zusammen als mit einem Verratsfall im LfV. Ein Beamter hatte Schmid über einen namentlich nicht benannten V-Mann in der Gruppierung gewarnt. Um welchen V-Mann es sich gehandelt haben soll, ist nicht bekannt. Um Schmid selber? Um Richter? Oder um einen weiteren, dritten Informanten? Auch die genauen Umstände dieses Verrates im Amt sind nicht geklärt.

Auffällig ist aber, dass "Corelli" weiterhin in der KKK-Gruppe eingesetzt wurde. Ob Schmid tatsächlich konsequent abgeschaltet wurde, ist fraglich. Denn auch nach 2000 wurden noch mehrere Gespräche des Verfassungsschutzes mit ihm geführt. Mutmaßlich ging es dabei um die Absicherung von "Corelli" in der Gruppe, die der nicht nur abschöpfte, sondern regelrecht aufbaute, in dem er Mitglieder warb. Der Ku Klux Klan war dem Geheimdienst also nicht nur eine Beobachtung wert, sondern mehr. Was für Pläne verfolgte er?

Seit 1994 Informationen über KKK

Heute weiß man, dass das Landesamt in Ba-Wü mindestens seit 1994 Informationen über KKK-Aktivitäten im Land gehabt haben muss. Im selben Jahr wurde Schmid auch als V-Mann in der rechten Szene rekrutiert. Leiter der Abteilung Rechtsextremismus im LfV war 1994 Helmut Rannacher, ehe er ein Jahr später zum Amtschef aufstieg.

Die erste Klan-Gruppe, in der Schmid mittat, war, auch das weiß man heute, in Mosbach nördlich von Heilbronn angesiedelt und nannte sich KKK International White Knights (Internationale Weiße Ritter). Von dieser Gruppe wiederum gibt es eine Spur zum Rechtsextremisten und V-Mann Carsten Szczepanski aus Brandenburg, Deckname "Piatto". Ein inzwischen ausgestiegenes Mitglied der "Weißen Ritter" erklärte vor dem Untersuchungsausschuss, Szczepanski in Horb am Neckar in einer rechten Szenekneipe getroffen zu haben. Was den gebürtigen Berliner nach Baden-Württemberg führte, weiß man bisher nicht.

Szczepanski war Anfang der 90er Jahre ebenfalls in einer KKK-Gruppe in

Brandenburg aktiv und nahm unter anderem an Kreuzverbrennungen teil. Er hatte Kontakt zu KKK-Anführern aus den USA wie Dennis Mahon. 1992 wurde Szczepanski wegen eines schweren Angriffes auf einen nigerianischen Asylsuchenden, der dabei fast ums Leben kam, zu acht Jahren Haft verurteilt. Im Gefängnis wurde er als V-Mann verpflichtet. Bei Freigängen nach Chemnitz hatte Szczepanski Kontakt zum Umfeld des NSU-Trios Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe, das damals in der Stadt im Untergrund lebte. Einer von "Piattos" V-Mann-Führern aus Brandenburger Zeiten ist heute Verfassungsschutzpräsident von Sachsen.

Zurück nach Baden-Württemberg: Im Jahre 2000 soll Achim Schmid also seine eigene KKK-Gruppe in Schwäbisch Hall gegründet haben, die er "Europäische Weiße Ritter" nannte. War das wirklich 2000 und war es wirklich eine eigene Gruppe oder eventuell ein Ableger? Ein inzwischen pensionierter Staatsschützer des Landeskriminalamtes (LKA) berichtete dem NSU-Ausschuss jedenfalls von KKK-Aktivitäten Schmids in Hall schon vor 2000. "1999 oder vielleicht auch schon Ende 1998", so der Kriminalbeamte Erich W. im Zeugenstand.

Dass Schmid V-Mann des Verfassungsschutzes war, wusste der Beamte. Im Auftrag des LfV führte W. sogar Befragungen von Schmid durch, die das Amt nicht selber vornehmen wollte. Wahrscheinlich um die Beziehung zu dem Informanten nicht zu belasten. Eine bemerkenswerte Arbeitsteilung zwischen Polizei und Geheimdienst - und eine noch bemerkenswertere Arbeitsverquickung.

LfV und LKA wussten von Polizisten im KKK

Kriminalhauptkommissar Erich W. gab vor dem Kiesewetter-Ausschuss aber noch mehr Aufschlussreiches von sich. Zum Beispiel habe das LfV nicht gewollt, dass er gegenüber Schmid die Klan-Mitgliedschaft von Polizisten thematisiere. Das bedeutet, sowohl Landesverfassungsschutzamt als auch Landeskriminalamt wussten, dass Polizisten, Träger des staatlichen Gewaltmonopols, in einer Rassistenvereinigung mitmachen. Schließlich erklärte der Kriminalbeamte noch, er könne sich schwer vorstellen, dass eine V-Person selbständig eine solche Klan-Gruppe aufmache. Ein Beamter rührt an der Version eines Verfassungsschutzpräsidenten.

Damit war das Amt erneut herausgefordert, vor allem jener Beamte, der den V-Mann Schmid geführt hatte. Der Untersuchungsausschuss wurde nun zum Schauplatz eines beschämenden Desinformationsspiels einer Behörde gegenüber Parlament und Öffentlichkeit. Das LfV schickte den Beschaffer mit dem Decknamen "Harald Schaffel" in den NSU-Ausschuss. Der erklärte, er habe erst im Juli oder August 2000 vom Ku-Klux-Klan in Schwäbisch Hall erfahren.

Das deckt sich nicht mit den Angaben des Staatsschützers W., stimmt aber auch mit der offiziellen Version, wie sie der ehemalige Behördenleiter Rannacher abgab, nicht überein. Obendrein verkündete der Beamte "Schaffel", er habe gar "keine Quelle im KKK geführt". Die Frage, ob er denn der V-Mann-Führer Schmids war, wollte er in öffentlicher Sitzung nicht beantworten. In nicht-öffentlicher Sitzung erklärte er dann, mit Schmid seit 1994 befasst gewesen zu sein.

Auskünfte, die nicht zusammenpassen. Wenn er keine Quelle im KKK geführt hat, warum hat ihn dann das Amt gegenüber dem Ausschuss als Quellenführer benannt? Wie konnte er mit der Quelle Schmid befasst gewesen sein, wenn der keine Quelle im KKK war? Sollte Schmid etwa nur außerhalb des KKK in der rechten Szene eingesetzt gewesen sein und das Amt sah gleichzeitig zu, wie er sich - quasi privat - im KKK betätigte? Schlüssig ist das alles nicht. Was ist also der wahre Grund für dieses offensichtlich unwahre Auskunftsverhalten? Ging es darum, die belastende Aussage des Staatsschützers Erich W. wegzureden?

Untersuchungsausschuss vom LfV falsch informiert

Die Abgeordneten jedenfalls konnten durch den Auftritt des LfV-Beamten "Schaffel" nun wissen, dass sie a) vom LfV falsch informiert worden waren, und dass es b) dort noch mehr Akten über KKK geben muss, mindestens seit 1994. Warum der Ausschuss in seinem Abschlussbericht allerdings ganz im Sinne des Amtes schreibt, es gebe "keine Anhaltspunkte, dass das LfV eine Quelle im KKK führte", bleibt sein exklusives Geheimnis. Der frühere Verfassungsschutzpräsident Rannacher blieb dadurch aber vom Vorwurf der Falschaussage vor dem Landtagsgremium verschont.

In öffentlicher Sitzung beantwortete der Zeuge mit dem Pseudonym "Schaffel", der nur hör-, aber nicht sichtbar in einem Nebenraum vernommen wurde, so gut wie keine Frage. Eine einzige Auskunftsblockade des Verfassungsschutzes, die der Ausschuss zwar kritiklos hinnahm, dem aufmerksamen Zuhörer aber einen Schluss nahelegte: Im KKK von Achim Schmid und Thomas Richter muss eine Wahrheit zu finden sein, die über den Skandal der Mitgliedschaft von Polizisten hinausreicht.

Diese Wahrheit ist bisher nicht enthüllt. Die Öffentlichkeit wird auf Distanz gehalten - und zwar unter tatkräftiger Mithilfe eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Sieben bis acht Polizisten im KKK?

Eine wichtige Zeugin ist die Ex-Ehefrau von KKK-Gründer Schmid, Yvonne F. Sie war einst selber Mitglied in der Truppe. Nach ihren Angaben könnten insgesamt fünf bis sechs Polizisten dazugehört haben, nicht nur die zwei BFE-Polizisten Jörg W. und Timo H., der am Tag des Kiesewetter-Mordes der Gruppenführer der Polizistin in Heilbronn war. Insgesamt konnte Frau F. gut ein Dutzend Personen des Klans aufzählen. Die Zahl von mindestens 20 Mitgliedern, die sich aus allen Angaben ergibt, scheint realistisch zu sein. Und nach allem, was bisher bekannt ist, kann man von mindestens sieben bis acht Polizisten ausgehen. Ein Befund, der sich bei den nationalistischen "Reichsbürgern" wiederholt. Die Anzahl der entdeckten Polizeibeamten, die bei den "Reichsbürgern" mitmachen, ist im Jahr 2017 gestiegen. Die schlussendliche Auflösung der Klan-Gruppe kann man auf Ende 2004 datieren.

Schmids Ex-Frau bestätigte im Übrigen den Namen "Harald Schaffel" als jenen Verfassungsschützer, mit dem sich ihr Mann traf und tauchte das Aussageverhalten des VS-Beamten in weiteres Zwielicht. Konsequenzen für dieses Aussageverhalten vor einem Gremium des Landtages mit Wahrheitspflicht sind nicht bekannt.

Yvonne F. berichtete auch über Thomas Richter, den sie unter dem Spitznamen "Oikrach" kannte. Dass er V-Mann war, wusste sie damals nicht. Er sei öfter an Wochenenden in Schwäbisch Hall gewesen, habe bei ihnen gewohnt und sogar ein

eigenes Zimmer gehabt. Dutzende von Fragen an die Zeugin über den im April 2014 verstorbenen V-Mann "Corelli" drängten sich auf, doch unerfindlicherweise brach der Untersuchungsausschuss exakt an dem Punkt seine Befragung ab. Keiner und keine der Abgeordneten wollte noch etwas über Richter wissen.

Akten vorenthalten

Immerhin hatte die öffentlich geführte Auseinandersetzung zu Tage gefördert, dass das LfV in Stuttgart dem Kiesewetter-Ausschuss Akten zum Vorgang Ku Klux Klan vorenthalten hatte, mindestens sieben Ordner. Sie wurden nachgeliefert, und aus ihnen ergibt sich, dass der Dienst bereits seit 1994 Informationen über die Geheimbund-Rassisten in Baden-Württemberg hatte. Diese Unterlagen nicht geliefert zu haben, sei nicht böswillig gewesen, erklärte Amtschefin Beate Bube im November 2015 vor dem Ausschuss kleinlaut. Gleichzeitig erklärte sie, sie seien erst noch dabei, den gesamten Aktenbestand zum Bereich Rechtsextremismus einzuscannen. Offenbar hatte das LfV immer noch nicht alle relevanten Akten vorgelegt.

Beispielsweise gibt es Hinweise auf Markus Frntic als KKK-Aktivist. Der Deutsch-Kroate soll 1996 eine Klan-Gruppe in Stuttgart angeführt haben. Und er hatte Kontakte zur Gruppe von Schmid und Richter in Hall. Yvonne F. jedenfalls erinnerte sich an Frntic. Über ihn führt andererseits eine Linie zur Neonazi-Szene in Heilbronn, zu der auch der spätere Aussteiger Florian H. gehörte, der im September 2013 in seinem Auto verbrannte, wenige Stunden bevor er vom LKA im Rahmen der NSU-Ermittlungen befragt werden sollte. Frntic hatte persönlich Kontakt zu Florian. Auch bei der rechtsextremen Organisation "Blood & Honour" (B&H) war Frntic aktiv und hatte darüber Verbindungen zu B&H-Aktivisten in Ostdeutschland. Unter anderem zu Marcel Degner, der nebenbei V-Mann des thüringer Verfassungsschutzes war und der seinerseits über Kontakte zum B&H-Netz in Chemnitz verfügte, in dem sich auch das NSU-Kerntrio bewegte.

Frntic ist wie eine Spinne im Netz. Im Oktober 2016 kam im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages der Verdacht auf, dass Frntic V-Person einer Sicherheitsbehörde ist oder gewesen war. Aus dem Mund einer LKA-

Vertreterin erfuhr man, dass zu ihm keine Auskünfte gegeben werden könnten, weil er "eingestuft" sei, sprich der Geheimhaltung unterliegt.

Zeugen nicht vernommen

Markus Frntic wurde bisher - völlig unverständlich - vom Untersuchungsausschuss in Stuttgart nicht als Zeuge vernommen. Genauso wenig wie Achim Schmid, der sich in den USA aufhalten soll. Im ersten Ba-Wü-Ausschuss war seine Vernehmung vorgesehen, zum Beispiel per Videoschaltung. Als es ernst werden sollte, erklärte der Ausschussvorsitzende Wolfgang Drexler auf einmal, es gäbe keinen Kontakt mehr zu Schmid.

Prompt antwortete der per Twitter in aller Öffentlichkeit: Er habe erst vor wenigen Tagen an Drexler gemailt. Der rechtfertigte sich daraufhin damit, die Mail Schmids zu spät gesehen zu haben. Schmid konterte erneut: Er habe in der Vergangenheit mehrfach an den Ausschuss gemailt, ohne eine Antwort bekommen zu haben. Nun soll Schmid vom zweiten U-Ausschuss vernommen werden.

Wer hat die Ku-Klux-Klan-Gruppierung von Schwäbisch Hall gegründet? V-Mann Achim Schmid in Eigenregie? Oder im Auftrag des LfV? Jerzy Montag, der für den Bundestag den Tod von Richter/Corelli untersuchte, vertritt die Auffassung, die V-Leute Schmid und Richter gemeinsam haben diesen KKK gegründet. Wenn das stimmt, würde die Nachfrage lauten: Im Auftrag des BfV? An dieser Frage hängt auch die des möglichen Motivs für KKK-Gründung.

Bei der KKK-Truppe habe es sich um einen "Honigtopf" des Verfassungsschutzes gehandelt, so eine populäre Theorie. Gemeint ist damit: Der KKK wurde vom Verfassungsschutz geschaffen, um Rechtsradikale wie Insekten zu einem Honigtopfzu locken, um sie dann kontrollieren bzw. einsammeln zu können.

Der Ku Klux Klan: Ein Testballon?

Einen Schritt weiter ging der CDU-Bundestagsabgeordnete Clemens Binninger, der im ersten NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages folgenden Verdacht

geäußert hatte: Hat es sich beim KKK um einen "Testballon" gehandelt? Wurde die Gruppe möglicherweise von oben gegründet, sprich einer Sicherheitsbehörde, weil man damit eine bestimmte Absicht verfolgte? Nur welche?

Jedenfalls ein interessantes Gedankenmodell, das eine Dynamik entfaltet, wenn man weiß, dass die bundesdeutschen Geheimdienste neonazistische Gruppierungen mittels V-Leuten nicht nur informationell abschöpfen, sondern auch in ihnen agieren, sie sogar aufbauen und führen. Wie den KKK mit Schmid und Richter, so den Thüringer Heimatschutz mit Tino Brandt, das Blood & Honour-Netzwerk mit Marcel Degner, die Hammerskins mit Mirko Hesse, das Thule-Netz mit Kai Dalek oder auch die Hooligans gegen Salafisten (Hogesa) mit Roland Sokol - sie alle waren Informanten und zugleich Einflussagenten der Dienste.

Da würde man schon gerne wissen, ob diese Steuerungspraxis weiterhin geplegt wird, zum Beispiel in Gruppierungen wie Pegida oder den selbsternannten Bürgerwehren gegen die Flüchtlingsheime?

In ihrer Anfrage zum Ku Klux Klan wollte die Linksfraktion von der Bundesregierung auch wissen, wieviel V-Leute und wieviel Quellenmeldungen es in und zu diesem Bereich gibt. Die Beantwortung wurde mit der Begründung verweigert, daraus könnten Rückschlüsse auf die Identität der V-Leute gezogen werden.

Die NSU-Untersuchungsausschüsse der Parlamente

Der Widerstand der Exekutive gegen die Aufklärungsbemühungen

Insgesamt zwölf parlamentarische Untersuchungsausschüsse haben sich bisher mit den ungeklärten Fragen des NSU-Komplexes befasst. Aktuell laufen sechs Ausschüsse parallel. Eine solche Situation hat es in der Geschichte der Bundesrepublik bisher nicht gegeben. Die Existenz der Ausschüsse dokumentiert, wie ungeklärt der NSU-Skandal ist und wie zweifelhaft die amtliche Version: Der "NSU", das sei ausschließlich das Terror-Trio Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos, Beate Zschäpe gewesen und habe mit dem Tod der beiden Männer aufgehört zu existieren.

Die beiden staatlichen Gewalten - Legislative und Exekutive - sind in der Frage jedoch nicht nur geteilt, sie fallen auf dramatische Weise auseinander. Damit besitzt das Gewaltmonopol des Staates keine Identität mehr, keine Deckungsgleichheit, es ist im wörtlichen Sinne "verrückt". Die Folge ist ein zunehmendes Machtvakuum. Als würde das für eine veritable Krise noch nicht reichen, muss man feststellen: Die exekutive Gewalt bekämpft die legislative geradezu, indem sie deren Beschlüssen nach Herausgabe von Unterlagen oder Vernehmung von Zeugen nicht oder nur widerwillig nachkommt und die parlamentarische Aufklärung behindert.

Eine Auseinandersetzung, die die vergangenen Jahre seit der Aufdeckung des NSU-Trios im November 2011 prägte und die bis in die Gegenwart anhält. Im U-Ausschuss des Bundestages häufte sich im Herbst 2016 die Zahl der Vertreter des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), die sich vor Zeugenvernehmungen krank meldeten oder einfach nicht erschienen.

Ist Aufklärung durch parlamentarische Untersuchungsausschüsse (PUA) überhaupt möglich?

2012 Beginn der politischen Aufarbeitung

Im Januar 2012 begann die politische Aufarbeitung der NSU-Mordserie mit der Einsetzung des ersten Untersuchungsausschusses im Bundestag. Es folgten drei weitere Ausschüsse in Bayern, Sachsen und Thüringen. Vor allem der Bundestagsausschuss unter Leitung von Sebastian Edathy (SPD) wurde zum Schauplatz einiger spektakulärer Enthüllungen - und zugleich eines atemberaubenden Machtkampfes mit den Sicherheitsbehörden, die sich den Ansprüchen des Parlaments entgegenstemmten. Doch damit wurde zugleich die Frage aufgeworfen, die inzwischen den Blick auf das NSU-Rätsel grundlegend mitbestimmt, warum sie das tun.

Schnell wurde klar: Es geht nicht mehr nur um die Mordserie des NSU, es geht auch um Vertuschungen durch staatliche Akteure. Der NSU-Komplex bekam eine zweite Ebene und eine zusätzliche Dramatik. Aufzuklären ist nicht nur die Zeit von Januar 1998 bis November 2011, als das Böhnhardt-Mundlos-Zschäpe-Trio in der Illegalität lebte und mutmaßlich zehn Morde beging, sondern auch die Zeit danach.

Bisher haben Untersuchungsausschüsse, wenn sie es mit dem Sicherheitsapparat zu tun hatten, stets den Kürzeren gezogen. Die parlamentarische Kontrolle ist ungenügend. Im Falle von "NSU" jedoch ist der Machtkampf zwischen Exekutive und Legislative nicht entschieden, sondern hält unvermittelt an. Das ist eine neue Situation, in der die NSU-Untersuchungsausschüsse offene politische Schauplätze darstellen.

Enthüllungen des ersten Bundestagsausschusses

Der erste Bundestagsausschusses lud die Nomenklatur des Sicherheitsapparates vor: Präsidenten von Nachrichtendiensten und Kriminalämtern, Staatssekretäre und Innenminister, Bundesanwälte, Staatsanwälte, Polizeibeamte. Die Öffentlichkeit gewann Einblicke in das Innerste dieses Apparates. Strukturen, Arbeitsweisen, Verantwortlichkeiten wurden sichtbar, Bemerkenswertes wurde zu Tage gefördert. Zum Beispiel:

- Die Bundesanwaltschaft war nicht willens, selbst im Jahre 2006 nach dem neunten Mord mit derselben Ceska-Pistole an türkischen und griechischen Männern die Ermittlungen zu übernehmen.
- Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) von Baden-Württemberg soll bereits im Jahre 2003 durch einen Informanten Kenntnis vom NSU bekommen haben.
- Am Anschlag auf die zwei Polizeibeamten in Heilbronn im April 2007 waren laut Ermittler vier bis sechs Personen beteiligt.
- Das Landeskriminalamt Thüringen und das Bundeskriminalamt (BKA) unterschlugen jahrelang eine Namens- und Adressliste von Uwe Mundlos, die im Januar 1998 nach der Flucht des Trios bei einer Garagendurchsuchung in Jena entdeckt worden war.
- Zu den Personen, die der Ausschuss als V-Personen entlarvte, zählten unter anderem Thomas Starke, der in Chemnitz direkten Kontakt zum Trio gehabt hatte, sowie Thomas Richter, der V-Mann "Corelli" des BfV.
- Das Thüringer Landesamt hatte vorgehabt, Beate Zschäpe als Quelle anzuwerben. Dass darauf verzichtet worden sein soll, ist nicht überzeugend beantwortet.

Regierungshandeln steht über allem

Der Ausschuss ging der Exekutive zu weit, und er war ihr zu öffentlich. Es entzündete sich ein Machtkampf, der im Auftritt des Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Klaus-Dieter Fritsche, sichtbar wurde. Der Staatssekretär, von 1996 bis 2005 Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, griff den Ausschuss unverblümt an: "Nicht nur für die Grundrechte, sondern auch für die Untersuchungsausschüsse gilt der allgemeine Vorbehalt verfassungsrechtlicher Grenzen. Darunter fallen auch die Daten von Mitarbeitern besonders sensibler Bereiche der Sicherheitsbehörden", erklärte er wörtlich.

Das Interesse war klar: Die Sicherheitsbehörden wollen sich der Kontrolle eines Gremiums der Legislative entziehen. Sie wollen einen Bereich definieren, in dem sie autonom sind. Der Vertreter des Sicherheitsapparates ging dann aufs Ganze und

reklamierte für die Exekutive das Wohl des Staates: "Auch die Funktionsfähigkeit und das Wohl des Staates und seiner Behörden ist in einem Kernbereich besonders geschützt. Es dürfen keine Staatsgeheimnisse bekannt werden, die ein Regierungshandeln unterminieren."

Das Handeln der Regierung hat oberste Priorität, ihm wird notfalls auch die Aufklärung von Morden untergeordnet. Der Regierungsvertreter negiert damit auch die Gleichheit der Gewalten. Für ihn steht die Exekutive über der Legislative. Entlarvend ist die Umkehrung des Satzes: Was sind das für Staatsgeheimnisse, die ein Regierungshandeln unterminieren können?

Ist der Monopolanspruch der Exekutive vereinbar mit der Demokratie? Bestimmt der Sicherheitsapparat, was das Wohl des Staates und was das beste Regierungshandeln ist? An dieser Frage hängen nicht weniger als die Unabhängigkeit und die Souveränität der Parlamente. Und damit hängen daran gleichzeitig die Rechte von Untersuchungsausschüssen zum Beispiel gegenüber den Verfassungsschutzämtern.

Das Diktum ist wie ein Scheideweg. Folgt man dem Anspruch der Sicherheitsbehörden, bestimmen sie die Arbeit der U-Ausschüsse. Dann jedoch wird ihre eigene Rolle im NSU-Skandal niemals aufgeklärt werden können. Will man das aber, muss man dem Sicherheitsapparat die blinde Gefolgschaft verweigern und die Hoheit der Legislative über die Exekutive postulieren.

Arbeit beendet - Auftrag nicht erfüllt

Der erste NSU-Ausschuss des Bundestages schaffte es nicht, die Zumutungen des Sicherheitsapparates erfolgreich abzuwehren. Stattdessen gelang es diesem, die Arbeit des Ausschusses zu unterminieren und seine Hoheit anzutasten, indem er dessen Arbeitsregeln veränderte. Schreiendes Beispiel war der Auftritt des Beauftragten des Bundesinnenministeriums, der die umfangreichen Aktenvernichtungen im Bundesamt für Verfassungsschutz untersuchen sollte und der als Zeuge vor dem Ausschuss so gut wie keine Frage in öffentlicher Sitzung beantworten wollte.

Der NSU-Komplex erschien unbeherrschbar, die Abgeordneten beendeten ihre Aufklärungsarbeit mittendrin. Bis auf den Obmann der FDP sprach sich niemand für die Fortsetzung des Ausschusses aus. Die FDP flog bei der Bundestagswahl 2013 aus dem Parlament. Die weitere Aufklärung, so die Parole, liege nun beim Oberlandesgericht in München, wo im Mai 2013 der Prozess gegen Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben und die drei anderen Angeklagten begonnen hatte.

Der Ausschuss: eine Hypothek für den Prozess in München

Der Ausschuss musste beendet werden, auch weil er drohte, für den NSU-Prozess in München zur Hypothek zu werden. Er wäre eine Art Parallelprozess gewesen und hätte die Anklagekonstruktion des Generalbundesanwaltes, die eine Alleintäterschaft des Trios behauptet und eine Verwicklung von Sicherheitsbehörden bestreitet, in Zweifel gezogen.

Letztlich ist der Ausschuss aber politisch gescheitert: an seinen eigenen Parteien, die die Sicherheitsinstitutionen gewähren ließen. Der Ausschuss wurde geradezu politisch isoliert. Gegen die Angriffe der Exekutive musste er sich selber verteidigen, ohne Unterstützung der Parteiführungen. Auch das gilt bis heute. Es weist auf die politische Dimension hin, die im NSU-Skandal steckt.

Dennoch hatte dieser erste Bundestagsausschuss einen ungeheuren Wert, der sich in der folgenden Formel eines Beobachters ausdrückte: "Wir wissen nun, wo wir suchen müssen." Nämlich vorrangig in den Verfassungsschutzämtern, wohin eine Vielzahl von Spuren unwiderlegbar führt. Auf genau dieser Ebene wird bis heute erbittert darum gekämpft, was sich hinter der Chiffre "NSU" verbirgt.

Ergebnisse des PUA von Thüringen waren unter anderem: Die Fahndung nach dem Trio wurde durch Verfassungsschutz und LKA-Führung behindert. Der Tod von Mundlos und Böhnhardt kann nicht so ohne weiteres als Selbstmord bezeichnet werden. Und der PUA von Bayern entlarvte beispielsweise den führenden Neonazi-Aktivisten Kai Dalek als V-Mann des Verfassungsschutzes.

Nach dem Ende der U-Ausschüsse war das Oberlandesgericht München der einzige

Ort der Aufarbeitung und wurde seinerseits zum Schauplatz heftiger Auseinandersetzungen um die Hintergründe des "NSU". Was die Politik der Justiz verordnet hatte, in der Hauptverhandlung NSU-Aufklärung zu betreiben, wurde dort zum stigmatisierenden Kampfbegriff. Den investigativen Opferanwälten der Nebenklage, die die Hintergründe der Mordserie aufklären wollen, wurde von Seiten der Bundesanwaltschaft, aber auch der Verteidigung, immer wieder vorgeworfen, sie würden den Prozess zum Untersuchungsausschuss machen.

Neue Untersuchungsausschüsse

Was der Entlastung des Prozesses dienen sollte, wurde zunehmend zu seiner Belastung. Der Verzicht auf parlamentarische U-Ausschüsse führte dazu, dass nahezu alle ungeklärten Fragen des NSU-Skandals auf diesen Prozess einströmten und ihn überforderten. Das entfaltete politischen Handlungsdruck, und nach einem Jahr Karenz begannen die Parteien, wieder Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Das Verhältnis von parlamentarischer Aufklärung und dem Strafprozess in München prägt bis heute die NSU-Aufarbeitung.

2014 konstituierten sich die Ausschüsse in Nordrhein-Westfalen (NRW), Hessen und Baden-Württemberg (BaWü). Hessen befasst sich vorrangig mit dem Mord an Halit Yozgat in Kassel und der Anwesenheit des Verfassungsschutzbeamten Andreas Temme während der Tat am Tatort. In NRW ging es um den Mord an Mehmet Kubasik in Dortmund sowie um die zwei Bombenanschläge in Köln. Untersuchungsgegenstand ist auch die Rolle von V-Leuten des Verfassungsschutzes wie Sebastian S. und Toni S. aus Dortmund, Johann H. aus Köln sowie vor allem der V-Mann "Corelli" alias Thomas Richter.

Eines der aufsehenerregendsten Ergebnisse des Düsseldorfer Ausschusses war die Selbstkorrektur eines Gutachters im Todesermittlungsverfahren zu "Corelli". Ein Zuckerschock, an dem der V-Mann starb, könne nicht nur durch eine Diabeteskrankheit ausgelöst werden, erklärte der Gutachter 2016 vor dem Ausschuss, sondern auch durch Rattengift. Die rechtsmedizinische Untersuchung wurde daraufhin wieder aufgenommen. Nach einem komplizierten Untersuchungsverfahren wurde im März 2017 das bisherige Ergebnis bestätigt.

Baden-Württemberg: Aufklärungsverhinderung mittels PUA?

Eine Besonderheit stellt der U-Ausschuss in Baden-Württemberg dar. In jenem Bundesland geschah der Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter, der rätselhafteste aller zehn NSU-Morde und der zentrale Schlüssel zur Aufklärung. Dennoch hat sich eine übergroße Landtagsmehrheit drei Jahre lang gegen die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gewehrt. Einzig eine Handvoll Abgeordneter der Grünen war dafür.

Die stärker werdende Forderung nach einem PUA versuchte der Landtag zunächst durch die Einrichtung einer zahnlosen Enquete-Kommission aufzufangen. Doch als im Oktober 2014 die Enquete zusammenbrach wie ein Kartenhaus, blieb nur noch der Weg zu einem Untersuchungsausschuss. Dass dort dann ausgerechnet jene Abgeordneten als Obleute und Mitglieder Platz nahmen, die sich lange Zeit gegen dieses Instrument ausgesprochen hatten, ließ nichts Gutes ahnen.

Trotz der zahlreichen ungeklärten Spuren und der offenen Widersprüche im Falle des Polizistenmordes, die nicht zur offiziellen Tatversion der Bundesanwaltschaft passen, stützte der Ausschuss genau diese. Unpassende Zeugenaussagen wurden kurz und bündig als "unglaubwürdig" abgetan. Zeugen, die sich vertraulich an den Ausschuss gewandt hatten, wurden an den Generalbundesanwalt weitergereicht, wo sie im allgemeinen Ermittlungskomplex "NSU" verschwunden sind.

Ein Affront war die Hausdurchsuchung, die der Ausschuss gegen die Familie des in seinem Auto verbrannten NSU-Zeugen Florian H. durchführen ließ. Sie wollte einen Laptop und einen Camcorder nicht herausgeben, weil sie das Vertrauen in den Ausschuss verloren hatte. Die Familie selber hatte die Gegenstände ursprünglich vor der Vernichtung durch die Polizei gerettet. Zum Erbe des Ausschusses zählen schließlich drei tote Zeugen.

Auffällig an diesem NSU-Ausschuss unter Leitung des Sozialdemokraten Wolfgang Drexler sind seine offenen Aggressionen, die immer wieder von ihm gegenüber Zeugen, Sachverständigen, Journalisten und sogar Abgeordneten anderer Untersuchungsausschüsse ausgehen. Der Ausschussvorsitzende persönlich hat

wiederholt die Öffentlichkeit mit unwahren Aussagen getäuscht.

Man merkt diesem Ausschuss an, dass er zu seiner Arbeit gezwungen wurde. Die politische Lehre, die man aus ihm ziehen kann, ist: Die Vertuschungen durch die Sicherheitsbehörden im NSU-Skandal werden durch Teile der Politik gedeckt. Nur so sind sie erfolgreich. Hinter dem Widerstand gegen die NSU-Aufklärung wird ein Gefüge sichtbar, eine eigene Ordnung.

Dennoch musste der Landtag von BaWü einen Folgeausschuss einsetzen, so wie mittlerweile auch in Thüringen, in Sachsen und im Bundestag, zu gewichtig sind die offenen Fragen, zu groß ist der allgemeine öffentliche Druck.

Im Sommer 2016 kam der PUA von Brandenburg dazu. Er befasst sich unter anderem mit dem V-Mann "Piatto" alias Carsten Szczepanski, der, obwohl in Brandenburg geführt, im sächsischen Chemnitz Kontakt zum Umfeld des Trios gehabt hatte. Sinnigerweise ist einer von "Piattos" V-Mann-Führern aus Brandenburg inzwischen in Sachsen tätig - und zwar als Chef des Landesamtes für Verfassungsschutz.

Bemerkenswert: Kaum war der Ausschuss in Potsdam eingesetzt, wurden Aktenvernichtungen bei zwei Staatsanwaltschaften bekannt. Offensichtlich befinden wir uns in einer politisch hochsensiblen Situation, die zwangsläufig Enthüllungen zeitigt. PUAs werden zu einem politischen Faktor.

Nötig wären weitere Untersuchungsausschüsse. In Hamburg, wo Mord Nummer drei an Süleyman Tasköprü verübt wurde, der ebenfalls bis heute Fragen aufwirft, und wo ein heutiger V-Mann des Verfassungsschutzes von "Corelli" eine jener CDs mit dem Titel "NSU/NSDAP" bekam. In Mecklenburg-Vorpommern, wo Mord Nummer fünf an Mehmet Turgut geschah.

Aber auch in Berlin, wo zum Beispiel der Bekannte des Trios, Thomas Starke, als V-Person angeworben wurde. Und auch in Bayern wäre ein Folgeausschuss angebracht. Nach wie vor ist unklar, warum die Mordserie in Nürnberg begann, warum drei der zehn Morde in dieser Stadt verübt wurden, außerdem der erste

Sprengstoffanschlag im Juni 1999. Bekannt ist eine langjährige Verbindung von Neonazis aus Jena und Nürnberg. Zwei Morde geschahen in München. Fünf der zehn Mordopfer gab es also in Bayern.

Der zweite Bundestagsausschuss

Der zweite U-Ausschuss im Bundestag unter Leitung von Clemens Binninger (CDU) ging mit einer radikalen Idee an seine Arbeit heran: Der NSU war mehr als nur das Trio Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe. Und die drei standen nicht unbedingt an der Spitze der Tätergruppierung - so seine Arbeitshypothesen. Methodisch arbeitet der PUA mit den Ermittlungsunterlagen des BKA nach Aufdeckung des NSU-Trios im November 2011.

Anhand ihres eigenen Materials weist der Ausschuss den Ermittlern Fehler, Widersprüche oder falsche Schlussfolgerungen nach. So im Fall der Toten im Wohnmobil in Eisenach am 4. November 2011 und den Tagen danach. Oder was in Zwickau ablief, wo das Trio eine Wohnung hatte, die Stunden nach dem Tod der zwei Uwes in Brand gesteckt wurde.

Ob beabsichtigt oder nicht: Der Bundestagsausschuss stellt durch seine Arbeit nichts Geringeres in Frage als die zentralen Ermittlungen von BKA und Bundesanwaltschaft.

Bei so viel Rütteln an der bestehenden Sicherheitshierarchie, kann nicht verwundern, dass sich in den Untersuchungsausschüssen in Regelmäßigkeit Machtkämpfe mit der Exekutive entwickeln. Die Abgeordneten klagen darüber, dass ihnen vor allem Akten der Verfassungsschutzämter vorenthalten werden. Akten, die als "geheim" eingestuft sind, dürfen die Parlamentarier nur in der Dienststelle lesen, aber nicht kopieren. VS-Beamte dürfen nur hinter verschlossenen Türen vernommen werden. Manchmal verweigert eine Behörde eine Aussagegenehmigung ganz.

Wie absichtsvoll das alles geschieht, legt die Äußerung des BfV-Präsidenten Hans-Georg Maaßen nahe, die Untersuchungsausschüsse würden durch ihre

permanenten Initiativen gegenüber den Verfassungsschutzämtern die "Terrorbekämpfung behindern". Ein Satz, den man als klaren Angriff einer Sicherheitsbehörde auf ein unabhängiges Organ der parlamentarischen Demokratie verstehen muss. Und angesichts der eigenen Verstrickung des BfV in den Terror des NSU geradezu als Provokation.

Untersuchungsausschüsse: Zum Scheitern verurteilt?

Sind die Untersuchungsausschüsse zum Scheitern verurteilt? Was können sie überhaupt leisten? Stimmt die Formel: Ein schlechter Ausschuss ist besser als kein Ausschuss? Jedenfalls, so sieht es aus, ist es an der Zeit, das Verhältnis von Legislative und Exekutive neu auszuhandeln. Ihr Konflikt wirft Grundfragen der politischen Ordnung auf. So wie die Sicherheitsbehörden die Krise zu ihrer Restauration ummünzen, könnten die Parlamente sie zur Renovierung der Demokratie nutzen.

Warum soll ein Parlament die Bedingungen einer Behörde akzeptieren, die sein Untersuchungsgegenstand ist? Warum soll ein Untersuchungsausschuss nicht selbständig in die Registratur einer Behörde gehen und die benötigten Akten ziehen, wenn ihm diese verweigert werden? Im Düsseldorfer Landtag ließ der NSU-Ausschuss einen widerspenstigen Ex-V-Mann von der Polizei vorführen, nachdem er zweimal nicht erschien. Warum soll man so nicht auch mit Beamten verfahren, die einer Zeugenladung nicht nachkommen?

Warum nehmen sich Vertreter der Regierung sowie der Sicherheitsbehörden unbeanstandet das Recht, an nichtöffentlichen oder internen Sitzungen der Ausschüsse teilzunehmen? In NRW beispielsweise sind die Vertreter der Exekutive von solchen Sitzungen ausgeschlossen. Laut Untersuchungsausschuss-Gesetz dürfen sie nur teilnehmen, wenn eine Zweidrittel-Mehrheit des PUA es beschließt. In BaWü allerdings, wo das UA-Gesetz es ähnlich regelt, hat der Ausschuss den Exekutivvertretern eine Blankoerlaubnis erteilt, bei den internen Beratungen dabei sein.

Im Bundestag ist die Situation nicht eindeutig. Das Grundgesetz erlaubt die

Anwesenheit von Regierungsvertretern in den Ausschüssen. Ob das auch für U-Ausschüsse gilt, ist allerdings umstritten. Die Anwesenheit der Regierungs- und Exekutivvertreter wird wie selbstverständlich akzeptiert. Eine Judikatur, also Prüfung und verbindliche Feststellung, liegt dazu bisher nicht vor.

Warum kein öffentliches Fragerecht in Untersuchungsausschüssen? Die Möglichkeit für Zuhörer am Ende der Befragung durch den Ausschuss eigene Fragen an die Zeugen zu richten. Das wäre zugleich eine Maßnahme zur Demokratisierung der parlamentarischen Demokratie. Die ist schon deshalb nötig, weil in den Parlamenten eine Art freiwillige Verschränkung von Legislative und Exekutive vonstatten geht. Abgeordnete stellen sich latent darauf ein, irgendwann zu regieren und beginnen, in Regierungslogik zu denken.

Der Zschäpe-Prozess in München

Mit der Hauptverhandlung vor dem OLG sollte das NSU-Problem rechtsstaatlich normalisiert und beendet werden - Das ist misslungen

Am 6. Mai 2013 hatte dieser Mammutprozess begonnen. Noch drei Jahre später zeigte sich jedoch, wie unaufgeklärt alles ist, was mit der Chiffre "NSU" zusammenhängt. Am 6. Juli 2016, dem 295. Sitzungstag, konnten zum ersten Mal die Anwälte und Anwältinnen der Nebenklage, sprich Opferangehörigen, Fragen an die Hauptangeklagte Beate Zschäpe richten. Es wurden hunderte. Jahrelange Ermittlungen, Beweisaufnahmen, Zeugenvernehmungen, Spurenbegutachtungen - und dennoch überall zahllose weiße Flecken. Was kann dieser Prozess angesichts eines derartigen Befundes leisten?

Unter den Fragen, die die Opferanwälte stellten, waren folgende:

- Frau Zschäpe, wissen Sie, warum und wie Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter als Mordopfer ausgesucht wurden?
- Haben Ihnen Uwe Böhnhardt und/oder Uwe Mundlos gesagt, warum Sie den ersten Mord in Nürnberg begangen haben?
- War nach dem Mord an Halit Yozgat zwischen Mundlos, Böhnhardt und Ihnen ein Gesprächsthema, dass sich ein Angehöriger des Verfassungsschutzes im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang zur Tat am Tatort aufgehalten hat?
- Haben Sie Kenntnis von dem Grund, warum Mundlos und Böhnhardt nach dem Mord an Halit Yozgat, jedenfalls soweit bekannt, nicht mehr mit der Waffe Ceska 83 getötet haben sollen?

Umzug von Chemnitz nach Zwickau

- Was war der Anlass für den Umzug von Chemnitz nach Zwickau im Juli 2000?
- Haben Sie, Mundlos und/oder Böhnhardt Tino Brandt nach dem Untertauchen

persönlich getroffen?

- Mit welchen Personen aus der rechten Szene hatten Sie nach Ihrem Umzug nach Zwickau Kontakt und wer hat Sie, Mundlos und/oder Böhnhardt, außer André und Susann Eminger, in Ihren dortigen Wohnungen besucht?
- Wussten Sie, warum die Keupstraße in Köln für den Bombenanschlag ausgewählt wurde?
- Wissen Sie, wer die Bombe gelegt und gezündet hat und ob es vor Ort Helfer gab, außer den beiden Uwes?
- Hatten Sie, Mundlos und Böhnhardt nach dem Untertauchen weitere Einnahmequellen als die bekannten Überfälle?

Nachrichtendienste

- Wurden Sie, Mundlos und/oder Böhnhardt zu irgendeiner Zeit von einem Nachrichtendienst oder dem polizeilichen Staatsschutz oder einer sonstigen polizeilichen Stelle angesprochen? Wenn ja, von wem, mit welchem Ziel, und wie haben Sie, Mundlos und/oder Böhnhardt darauf reagiert?
- Ist Ihnen seitens Mundlos/Böhnhardt mitgeteilt worden, welchen Bezug diese zu der Stadt Heilbronn hatten und wieso diese dort Polizeibeamte als Opfer gesucht haben?
- Ist Ihnen bekannt, ob, ggf. wie oft und wann die zwei sich vor dem 25.04.2007 in Heilbronn aufhielten und aus welchem Anlass? Waren Sie bei einem dieser Besuche dabei?
- Falls Sie Kenntnis von einer oder von mehreren Fahrten von Mundlos und/oder Böhnhardt nach Hamburg im Jahr 2001 oder davor hatten: Von wie vielen Fahrten wissen Sie? Was war der Grund für diese Fahrten?
- Sind Sie, Mundlos und/oder Böhnhardt zwischen dem 26. Januar 1998 und dem 4. November 2011 noch einmal nach Jena zurückgekehrt? Wenn ja, wann war dies und wer wurde dort besucht?
- Gab es eine zweite oder dritte Wohnung, die Sie, Mundlos und/oder Böhnhardt neben der Wohnung in der Frühlingsstraße 26 genutzt haben? Wenn ja, wo war die Wohnung; wo waren die Wohnungen?
- Welches Mädchen oder welcher Junge war bei der Anmietung des Wohnmobils am 25. Oktober 2011 dabei?

"Wem gehörten die Kindersandalen in dem Wohnmobil?"

- Welchem Kind gehörten die rosa Kindersandalen Größe 33, die in dem Wohnmobil gefunden worden sind?
- Sie gaben an, Sie seien vom 4. bis zum 8. November 2011 ‚kopflos' von Bahnhof zu Bahnhof gefahren. Wollten Sie in den Orten, zu denen Sie gefahren sind, Personen treffen oder haben Sie Personen getroffen? Wenn ja, wen und zu welchem Zweck?
- Hatten Sie, Mundlos oder Böhnhardt nach dem Untertauchen Kontakt zu so genannten Rockern oder anderen kriminellen Gruppierungen?
- Haben Sie Kenntnis von weiteren Taten, insbesondere Tötungsdelikten, Sprengstoffanschlägen, Raubüberfällen und ähnlichem, die nicht in der Anklageschrift aufgeführt sind, an deren Begehung Sie, Uwe Mundlos und/oder Uwe Böhnhardt beteiligt waren?
- Wurden nach Ihrem Wissen Ralf Wohlleben oder Holger Gerlach einmal von einem Nachrichtendienst oder dem polizeilichen Staatsschutz angesprochen? Und wenn ja, wie haben diese darauf reagiert?
- Wurden Sie zu irgendeinem Zeitpunkt nach Ihrer Inhaftierung im November 2011 von Mitarbeitern eines Nachrichtendienstes aufgesucht?
- Wurden Ihre Verteidiger von Mitarbeitern eines Nachrichtendienstes kontaktiert?
- Haben Sie die Rechte für eine Autobiographie oder ein Exklusivinterview verkauft? Wenn ja, für welche Summe?

Reden und Schweigen zugleich

Reagieren will Beate Zschäpe auf die Fragen der Opferfamilien und ihre Vertreter nicht, ließ sie durch ihre Verteidiger ausrichten. Sie schränkte aber ein, sollte sich das Gericht Fragen zu eigen machen, werde sie sie beantworten. Ein widersprüchliches Verhalten, schließlich war Zschäpe selbst es, die mehr als ein halbes Jahr zuvor, am 9. Dezember 2015, ihre ursprüngliche Strategie des Schweigens aufgab und sich zu den Anklagevorwürfen einließ. Einerseits reden (gegenüber den Richtern), gleichzeitig aber weiter schweigen (gegenüber den Opfern), das erhöht nicht gerade ihre Glaubwürdigkeit. Und wenn sie gleichzeitig

gegenüber den Opferfamilien ihre "aufrichtige Entschuldigung" ausdrückt, ihnen aber Antworten verweigert, verhält sie sich doppelt widersprüchlich.

Steckt die Angeklagte Zschäpe in einem Dilemma, will reden, kann es aber nicht rückhaltlos? Nur, wen und was wollte sie weiterhin schützen: Sich selber? Andere Personen? Oder vielleicht sogar staatliche Institutionen, wie die Polizei oder den Verfassungsschutz? Dass es überhaupt zur Änderung ihres Verhaltens kam, hatte mit dem Verlauf der Hauptverhandlung zu tun, die durchaus Wirkung entfaltete.

Normalisierung eines Ausnahmezustandes - das war die Hoffnung, die an diesen Prozess von vielen Seiten geknüpft wurde, beziehungsweise der Plan der Bundesanwaltschaft, als im Mai 2013 unter großer nationaler und internationaler Anteilnahme die Hauptverhandlung begann.

Um sie planmäßig durchziehen zu können, musste der NSU-Untersuchungsausschuss in Berlin seine Arbeit einstellen. Er wäre eine Art Parallelprozess gewesen und eine mögliche Belastung für die Hauptverhandlung. Denn Verstrickungen staatlicher Akteure und Instanzen in die Verbrechen, zum Beispiel durch V-Leute, die der Ausschuss auftragsgemäß hätte beleuchten sollen, hätten die Inszenierung von München gestört.

Die fünf Angeklagten

Die fünf Angeklagte sind: Beate Zschäpe (wg. Mittäterschaft bei zehn Morden sowie Brandstiftung und Mordversuch), Ralf Wohlleben, André Eminger, Carsten Schultze und Holger Gerlach (alle wg. Beihilfe zum Mord bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung).

Zschäpe schwieg zunächst, ebenso Wohlleben, Eminger tut das als einziger bis heute. Gerlach gestand, eine Waffe überbracht zu haben, bestreitet aber von den Morden gewusst zu haben. Schultze legte ein ähnliches Geständnis ab und stellte sich als Einziger von Anfang den Fragen des Gerichtes. Er enthüllte dabei, dass das Terrortrio bereits 1999 in Nürnberg eine Sprengfalle gelegt haben soll. Den Anklägern war das neu. Jetzt ordnen sie die Tat ebenfalls dem NSU zu. Schultze

belastet vor allem Wohlleben. Die fünf Angeklagten bilden keinen homogenen Block. Im Lauf des Verfahrens wurden die Risse zwischen ihnen größer. Wohlleben begann, sich von Zschäpe abzusetzen und schließlich sogar gegen sie zu arbeiten.

Neben diesen fünf Angeklagten werden gegen neun Verdächtige weitere Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung des NSU oder Beihilfe geführt: André Kapke (einst Kameradschaft Jena und Thüringer Heimatschutz), Thomas Müller, geb. Starke (einst Blood and Honour , Unterschlupfgeber für das Trio und V-Person der Berliner Polizei), Jan Botho Werner (Anführer von Blood and Honour in Sachsen), Matthias Dienelt (Hauptmieter von Wohnungen des Trios), Mandy Struck (Unterschlupfgeberin), Susann Eminger (Ehefrau des Angeklagten André Eminger), Max-Florian Burkhardt (Passgeber für Uwe Mundlos) sowie Hermann Schneider und Pierre Jahn (beide wg. Waffenbeschaffung). Von einer bevorstehenden Anklageerhebung ist nichts bekannt.

Kein Ermittlungsverfahren betreibt die Bundesanwaltschaft (BAW) andererseits zum Beispiel gegen die ehemaligen Neonazis und V-Männer Ralf Marschner und Tino Brandt, die beide Kontakt zum Trio hatten als es im Untergrund war.

Dann gibt es noch ein allgemeines Sammelverfahren unter dem Stichwort "NSU/ unbekannt", in das die BAW nach eigener Auskunft alles hineinpackt, was nicht zu den 14 Beschuldigten passt. Was sich in diesem Verfahren inzwischen an Spuren, Zeugen oder Beweisen befindet, entzieht sich dem allgemeinen Einblick.

Festlegungen der Anklagebehörde

Die oberste Anklagebehörde der Bundesrepublik hat bestimmte Festlegungen getroffen: Für die zehn Morde, die Sprengstoffanschläge und 15 Raubüberfälle, alles verübt zwischen Dezember 1998 und November 2011 innerhalb von 13 Jahren, sollen ausschließlich Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos verantwortlich gewesen sein, ohne Zutun ortskundiger Dritter. Beate Zschäpe soll mitgeholfen haben. Und nur diese drei hätten auch die terroristische Vereinigung "Nationalsozialistischer Untergrund" gebildet, die mit dem Tod der beiden Männer aufgelöst sei. Tatsächlich sprechen für ihre Täterschaft bisher nur Indizien, keine

Beweise. Es gibt keine Augenzeugen, die sie an einem der Tatorte bei einer der Hinrichtungen gesehen hätten, sowie keinerlei Spuren wie Fingerabdrücke oder DNA-Funde.

Überraschenderweise und allen Zweifeln zum Trotz hat Zschäpe die Festlegungen der Anklageschrift bei ihrer Erklärung vor Gericht im Dezember 2015 gestützt. Damit hat sie den vielen Rätseln nur ein weiteres hinzugefügt.

Wenn Böhnhardt und Mundlos die alleinigen Täter gewesen sein sollen, ergibt sich daraus eine verfahrenspraktische Konsequenz: Da die Täter tot sind, und da gegen Tote nicht ermittelt wird, finden keine weiteren Täterermittlungen mehr statt. Also auch nicht in den Reihen des Verfassungsschutzes und seiner V-Leute. Diese Grundannahme erfährt inzwischen eine zunehmende Erschütterung. Denn die Täter- und Mittäterfrage ist längst nicht geklärt.

Nebenklage versus Anklage

Die tendenziöse Anklagekonstruktion prallt in München mit den Interessen der Opferfamilien zusammen. Sie wollen mehr wissen, wie die Flut ihrer Fragen zeigte: Warum wurden ihre Angehörigen ermordet? Laufen Täter noch frei herum? Welche Rolle spielte der Verfassungsschutz bei den NSU-Morden?

Nicht wie üblich der Konflikt zwischen Verteidigung und Anklage bestimmt diesen Prozess, sondern der zwischen Nebenklage und Anklage.

Eine Konstellation, die an einen anderen großen Terrorismus-Prozess aus jüngerer Zeit erinnert: Den wegen der Ermordung des Generalbundesanwaltes Siegfried Buback von 1977 gegen das einstige RAF-Mitglied Verena Becker in Stuttgart von 2010 bis 2012. Damals wie jetzt wollten die Nebenkläger weiter gehen als die Ankläger, dort wie hier kam es zu auffälligen Koalitionen zwischen Anklage und Verteidigung. Und wie im Falle der Terrorvereinigung NSU kam heraus, dass auch im Falle der Terrorvereinigung RAF der Verfassungsschutz eine undurchsichtige Rolle spielte. Beim NSU mehr als bei der RAF.

Während es aber andererseits bei Beate Zschäpe bisher nur einen unbelegten Verdacht auf eine Verbindung zum Inlandsgeheimdienst gibt, ist die bei Verena Becker belegt. Allerdings wird bei Zschäpe bisher nur die Zeit vor ihrer Verhaftung in den Blick genommen und nicht die danach. Die Geschichte von RAF, Bewegung 2.Juni und Revolutionärer Zellen lehrt aber, dass der Verfassungsschutz seine potentiellen Rekruten durchgängig in der U-Haft ansprach, wo sie aufgrund ihrer Zwangslage für solche Werbungen empfänglicher scheinen. Was hier sichtbar wird, sind beachtliche Systemverstrickungen und Geheimdienstmachenschaften im Rechts- wie im Linksterrorismus.

Die Stärke der Nebenkläger veränderte den Prozess. Der Vorsitzende Richter Manfred Götzl musste Zeugen gründlicher befragen. Das quasi industrielle Zeitmanagement, mit dem der Senat den Prozess routiniert durchziehen wollte, war schnell gescheitert. Oft war für die Vernehmung von Zeugen gerade mal eine halbe Stunde vorgesehen - dann wurde ein ganzer Tag daraus.

Infolge der Initiativen der Nebenkläger wurde vor allem das Netz aus Rechtsextremen und Kriminellen in Jena, Chemnitz und Zwickau aufgedeckt, in dem sich das untergetauchte Trio bewegt hatte. Allerdings gilt das nur für die ersten Jahre der Illegalität. Mit der Zeit verlieren sich die Spuren der drei. Von den 4700 Tagen im Untergrund sind etwa 4500 unbekannt, wie der NSU-Ausschuss des Bundestages ausgerechnet hat.

Strukturen um das NSU-Trio herum

Die Vernehmung von Neonazis aus dem Umfeld des Trios, so mühsam sie meist war, machte einerseits Grundzüge der breiten Vernetzung von Neonazigruppen und -personen in ganz Deutschland sichtbar. Andererseits zeigte sich aber, dass um das NSU-Trio herum eine eigenständige, konspirative Struktur existierte.

Ein Beispiel: Silvia Sch. aus Hannover hatte 2006 dem Angeklagten Holger Gerlach ihre Krankenkassenkarte überlassen, die der an Beate Zschäpe weitergab. Im Zeugenstand im November 2013 blockte Silvia Sch. zunächst alles ab und stellte sich dumm und naiv. Sie habe ihre Karte nur weitergegeben, weil sie 300 Euro

dafür bekam, nichts weiter. Das Trio will sie nicht gekannt haben. Doch sie verwickelte sich zusehends in Widersprüche. In ihrer Erregung benutzte sie die Formulierung: "Ich kenne diese Beate nicht." Jemand, den sie nicht kennen will, nannte sie beim Vornamen. So in der Enge musste sie schließlich mehr preisgeben, als sie wollte. Der Mann von Silvia Sch., Alexander Sch., ist schon lange und eng mit Holger Gerlach befreundet. Der wiederum stand bis zum Jahr 2011 in regelmäßigem Kontakt zu Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe. Kein einsames Trio also, sondern eines mit Verbindungen.

Ein Prozess bildet immer auch die Ermittlungen ab. Ein Gericht kann normalerweise nur mit den Dokumenten bearbeiten, die ihm vorgelegt werden, und vor allem nur mit Material, das überhaupt existiert. Zeugen, die von den Ermittlern nicht befragt werden, tauchen auch nicht in den Akten auf und die Richter erfahren nie, dass es sie gibt. So im Fall des Nagelbombenanschlages von Köln, wo eine Reihe von Zeugen bis heute nicht vernommen wurde. Der Strafsenat in München kennt diese Zeugen nicht und konnte sie folglich nicht laden.

Auch Ermittlungsschritte, die versäumt wurden, kann ein Gericht im Regelfall nicht unbedingt erkennen. Im Fall der Nagelbombe, wie in dem des Sprengstoffanschlages in der Probsteigasse in Köln, gab das Gericht unter Vorsitz von Manfred Götzl eigene Untersuchungen in Auftrag. Es wollte wissen, wie stark die Sprengwirkung war. BAW und BKA hatten das unterlassen. Das Ergebnis war beeindruckend: Bei beiden Bomben stellte sich eine hohe Professionalität heraus.

Das seltsame Verhalten der Verteidigung

Der Bruch zwischen der Angeklagten Beate Zschäpe und ihren drei Verteidigern Wolfgang Heer, Wolfgang Stahl, Anja Sturm stellt ein wichtiges Datum in diesem Prozess dar. Absolutes Schweigen war ursprünglich die Strategie der Angeklagten. Ihre Verteidiger verwechselten das allerdings mit Tatenlosigkeit.

Nach den anfänglichen strafprozessualen Pflichtübungen wie dem Stellen von Befangenheitsanträgen verfielen die drei Anwälte in tiefe Passivität, besonders auffällig im Zusammenhang mit dem Polizistenmord von Heilbronn. Die

begründeten Zweifel an der (Allein-) Täterschaft der beiden Uwes, die in diesem Fall besonders stark sind, nahm die Verteidigung nicht zum Anlass, die Anklage anzugreifen und ihre Mandantin zu entlasten. Wenn die Uwes nicht die Täter waren, kann in der Logik der Anklage Zschäpe keine Mittäterin gewesen sein. Doch von Heer, Stahl und Sturm kam keinerlei Initiative zum Heilbronn-Mord, kein Antrag, nicht einmal eine Frage.

Ähnlich seltsam, als Opferanwälte den früheren hessischen Verfassungsschutz-Chef Lutz Irrgang kritisch zum Mord in Kassel befragten und daraufhin ausgerechnet die Verteidigung von Zschäpe versuchte, die wiederholten Nachfragen, die ein schlechtes Licht auf den Verfassungsschutz warfen, massiv zu verhindern - unter Hinweis auf angeblich fehlende Relevanz. Dabei hätte eine Belastung des Geheimdienstes doch eine Entlastung von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe bedeuten können.

Dass die Bundesanwaltschaft als Teil des Sicherheitsapparates der BRD versuchte, den Verfassungsschützer in Schutz zu nehmen, hatte seine Logik. Bundesanwalt Herbert Diemer bemühte gar die "Fürsorgepflicht" für den Zeugen Irrgang, um Fragen der Nebenkläger abzuwehren. Man müsse darauf achten, so Diemer, ob alles, was der Zeuge sage, noch von seiner Aussagegenehmigung gedeckt sei, weil er sonst Schwierigkeiten bekomme. Das griff der Zschäpe-Verteidiger Wolfgang Stahl auf und warf den Nebenklägern sogar eine "Anstiftung zur Verletzung von Dienstgeheimnissen" vor. Ein selten gezeigtes Engagement der Zschäpe-Anwälte ausgerechnet für einen Verfassungsschützer. Soll der Schutz von Geheimdienstgeheimnissen etwa einer mutmaßlichen Rechtsterroristin nützen, fragte man sich. Obendrein hatte sich eine erstaunliche Koalition zwischen Verteidigung und Anklage ergeben, die Zuschauer auf der Tribüne zu der Frage bewegte: "Wen verteidigen die eigentlich?"

Zschäpe erklärt ihr Misstrauen

Nach einem Jahr Prozessverlauf kam es zur ersten großen Zäsur. Sie ist verbunden mit dem Zeugenauftritt Tino Brandts im Juli 2014, dem ehemaligen Neonazikameraden des Trios, Gründer des Thüringer Heimatschutzes (THS) und

in Personalunion V-Mann des Thüringer Verfassungsschutzes. Er wurde in Handschellen in den Saal geführt, weil er eine Haftstrafe wegen vielfachen sexuellen Missbrauches von Minderjährigen absitzt. Brandt hatte engen Kontakt zum Trio, war für die Radikalisierung des THS wesentlich mitverantwortlich, wandte selber exzessiv Gewalt an, wurde aber durch das Geheimdienstamt erfolgreich vor Strafverfolgung verschont.

Als Spitzel schrieb er ausführliche und akribische Berichte über seine angeblichen Kameraden, erhielt insgesamt eine sechsstellige Summe an Honoraren vom Amt, die auch in die Szene flossen. All das kam nun zwei Tage lang zur Sprache. Brandt belastete sowohl Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe als auch den Verfassungsschutz.

Nach der Mittagspause des zweiten Vernehmungstages gab Richter Götzl bekannt, die Angeklagte Zschäpe habe mitteilen lassen, sie habe kein Vertrauen mehr in ihre Verteidiger. Die Sitzung wurde unterbrochen. Seither ist die Hauptverhandlung von diesem Vorfall geprägt. Allem Anschein nach war die Angeklagte mit der Strategie des Schweigens nicht mehr einverstanden, und die Frage stellte sich: Will sie reden? Kurz nach ihrer Festnahme hatte sie schon gesagt, sie habe sich nicht gestellt, um nicht zu reden. Beate Zschäpe fiel buchstäblich aus der Rolle. Allerdings hat sie seither keine wirklich neue gefunden und eingenommen.

Ein ganzes Jahr dauerte der folgende Machtkampf um die gewünschte Ablösung der drei Alt-Verteidiger Heer, Stahl und Sturm. Der Senat lehnte das wiederholt ab, sprach Zschäpe im Sommer 2015 aber einen vierten Pflichtverteidiger zu, Mathias Grasel. Der arbeitet mit Rechtsanwalt Hermann Borchert zusammen, der als Zschäpes nun fünfter Verteidiger immer wieder im Gerichtssaal auftaucht.

9. Dezember 2015: Zschäpe sagt aus

Im Deal um die Verteidiger stellte Zschäpe dem Gericht in Aussicht, eine Aussage zu machen. Das geschah dann am 9. Dezember 2015. Ihr Verteidiger Grasel verlas eine 53-seitige Einlassung. Die Verwunderung hinterher war groß, denn Zschäpe stützte damit fast eins zu eins die Tatvorwürfe in der Anklageschrift. Sie machte

sich sozusagen selber zur Zeugin der Anklage und wurde ihre eigene Belastungszeugin. Sie schränkte lediglich ein, dass sie von den Morden immer erst hinterher erfahren habe und nicht an der Vorbereitung beteiligt gewesen sei.

Auffälligerweise stützte sie aber auch Darstellungen in der Anklageschrift, die als widerlegt gelten können. Beispielsweise, dass Böhnhardt die Bombe in dem iranischen Lebensmittelgeschäft in der Probsteigasse in Köln deponiert habe, die im Januar 2001 explodierte und eine Tochter des Inhabers schwer verletzte. Das Phantombild, das die Familie von dem Bombenleger erstellen ließ, hat keinerlei Ähnlichkeit mit Böhnhardt.

Warum eine solche Aussage, die einem Geständnis gleichkommt? Von "prozessualem Selbstmord" sprachen Prozessbeteiligte. Zschäpe hatte ein riskantes Spiel begonnen. Sie erklärte, reden zu wollen, belastet sich, schweigt aber zu Vielem weiterhin. Das Ergebnis ihrer Verweigerung auf das Fragenbombardement der Opferanwälte im Juli 2016 war nun erst Recht ihre vollkommene Entblößung.

Aus den Reihen der Neu-Verteidigung kamen gegenüber Journalisten Andeutungen, dass Zschäpe ursprünglich anders aussagen und vor allem mehr zum Verfassungsschutz sagen wollte. Genaues und warum sie das nicht getan hat, erfuhr man nicht. Als sie sich schließlich am 29. September 2016 unerwartet persönlich zu Wort meldete, sich zwar von ihrer Neonazi-Vergangenheit distanzierte und noch einmal formal bei den Opferfamilien für die Morde ihrer Kumpane entschuldigte, aber gleichwohl dabei blieb, keine Fragen von Opferangehörigen zu beantworten, war klar: Die Angeklagte beendet das Spiel, sie wird nicht mehr reden. Ihre Prozessstrategie ist ein Scherbenhaufen.

Ganz ähnlich bei Ralf Wohlleben, der im Dezember 2015 ebenfalls begann, sein Schweigen zu brechen und der im Gegensatz zu Zschäpe selber redete. Doch auch seine Aussagebereitschaft kam bald an Grenzen. Wie Zschäpe belastete aber auch Wohlleben sich selbst. Er gestand, einen Schalldämpfer auf eine Pistole geschraubt zu haben, die an das Trio geliefert wurde.

Die Absetzbewegung Wohllebens von Zschäpe ist eine der interessantesten

Entwicklungen in der Hauptverhandlung. Der Angeklagte versuchte, seinen eigenen Kopf zu retten. Die Strategie der Wohlleben-Verteidigung ist seither: Das Trio habe sich erst nach dem Untertauchen in Chemnitz radikalisiert. Wohlleben, der mit den dreien in Jena zu tun hatte, trage für deren Verbrechen keine Mitverantwortung. Was er damit gleichzeitig einräumte: Er sieht das Trio als die Täter an.

Der Fall Peggy

Im Oktober 2016 tauchte ein weiteres Rätsel im an Rätseln reichen NSU-Komplex auf. Bei den sterblichen Überresten des Mädchens Peggy K., das im Mai 2001 spurlos verschwand, mutmaßlich damals ermordet wurde und im Juli 2016 gefunden wurde, hatte die Rechtsmedizin DNA von Uwe Böhnhardt nachgewiesen. Ein weiterer Mordfall also, der der rechtsterroristischen Gruppierung zugerechnet werden muss? Wird die Dimension der Verbrechen noch größer?

Der Fall berührte auch den Prozess. Der Senat wollte von der Angeklagten Zschäpe, der einstigen Lebensgefährtin Böhnhardts, wissen, ob sie über Informationen dazu verfügt. Sechs Wochen später antwortete ihr Anwalt Borchert für sie mit einem Wort: "Nein." Im März 2017 wurde die Spur offiziell zur Trugspur erklärt, angeblich verschleppt durch die Spurensicherer selber. Durch wen genau, wie und auf welchem Wege, diese Fragen können die Behörden allerdings nicht beantworten.

Wann kommt dieser Prozess an ein Ende? Er sei auf der Zielgeraden wird immer wieder von Beobachtern reklamiert - kurioserweise seit Jahren. Zur Zeit sind Sitzungstage bis Anfang 2018 terminiert. Das Hauptproblem: Solange in einem halben Dutzend parlamentarischer Untersuchungsausschüsse weiterhin eine Beweisaufnahme stattfindet und immer neue Details enthüllt werden, wird ein Gericht sich schwer tun, seine eigene Beweisaufnahme abzuschließen.

Der NSU und das unbekannte kriminelle Netz

Neonazis, V-Leute und Polizisten als Teil der organisierten Kriminalität - Eine Skizze

An keinem der fast 30 Tatorte - zehn Morde, 15 Raube und drei Sprengstoffanschläge - wurde DNA-Material der beiden toten mutmaßlichen Täter Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos gefunden. Stattdessen viele unbekannte DNA-Spuren.

Und dann wurde im Oktober 2016 auf einmal doch eine DNA-Spur von Böhnhardt sichergestellt, fünf Jahre nach dessen Tod und an einem Ort, der elektrisiert: dem Fundort der sterblichen Überreste des Mädchens Peggy K. in einem Waldstück in Südthüringen. Die Aufregung war groß. Sie legte sich im März 2017, als amtlich erklärt wurde, das Stoffteilchen mit der DNA Böhnhardts stamme aus dem abgebrannten Wohnmobil in Eisenach-Stregda und sei zur Fundstelle des Mädchens verschleppt worden. Böhnhardt habe mit dessen Tod nichts zu tun.

Grund zur Entspannung gibt es strenggenommen nicht. Denn eine Antwort, wo dieses Stoffteilchen all die Jahre gewesen ist und wer es wie in das Waldstück transportiert haben soll, können die Verantwortlichen nicht geben. Auch eine Asservatennummer soll der Fetzen, so groß wie ein halber Fingernagel, nicht besitzen. Der Fall bleibt mysteriös.

Unbekannte Spur an Socke von Zschäpe

Ungeklärt ist eine andere DNA-Spur, die sich an einer Socke im ausgebrannten Wohnmobil von Eisenach fand, wo am 4. November 2011 Böhnhardt und Mundlos ums Leben kamen. Auf der Socke wurde einerseits DNA von Beate Zschäpe, der Komplizin der beiden Männer, sichergestellt, daneben aber die DNA

eines unbekannten Mannes.

Die Ermittler bezeichnen die Spur bis heute als P 46. In der DNA-Analysedatei (DAD) des Bundeskriminalamtes (BKA) erzielte ein Abgleich von P 46 drei Treffer: Sie wurde zwischen 2002 und 2005 an Tatorten in Berlin, Hessen und Nordrhein Westfalen sichergestellt. In einem Fall ging es um Diebstahl, in den zwei anderen Fällen um Wohnungseinbrüche.

Die Einbrüche rechnen die Ermittler einer litauischen Tätergruppe zu. Doch obwohl die Spur auch an einem NSU-Tatort gefunden wurde, eben Eisenach, bezieht die Bundesanwaltschaft (BAW) die drei Eigentumsdelikte nicht in ihre NSU-Ermittlungen mit ein. Das bekräftigte die BAW-Vertreterin Anette Greger Ende September 2016 vor dem NSU-Ausschuss des Bundestages. Verständlich ist es nicht. Es passt aber zur Tendenz der obersten Ermittlungsbehörde, die Causa "NSU" möglichst klein zu halten - als "Kleinstzelle" mit zwei "Alleintätern".

Im Wohnmobil von Eisenach lagen auch Kindersachen, unter anderem ein Teddybär, eine Puppe, eine Wasserspritzpistole und eine rosa Sandale. Wem sie gehörten, ist nicht aufgeklärt. Spuren, die auch in Richtung Kinderhandel, also organisierte Kriminalität (OK), weisen könnten.

In den über fünf Jahren seit Aufdeckung des NSU kam eine bundesweite Vernetzung von Neonazi-Figuren und -Gruppen zum Vorschein. Zwischen Jena, Chemnitz, Zwickau, Nürnberg, München, Ludwigsburg, Karlsruhe, Heilbronn, Kassel, Köln, Dortmund, Hamburg, Rostock, Hannover, Berlin, Leipzig, Dresden - um nur die größeren Orte zu nennen - gab es zahllose Querverbindungen und Überschneidungen. Besuche und Gegenbesuche hunderter Aktivisten, darunter dutzende V-Leute.

Alltag der Gewalt

Gewalt und kriminelles Verhalten bestimmen den Alltag von Neonazis. Körperverletzungen, Freiheitsberaubungen, Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch gehören zu ihrem Repertoire. Schon dadurch ergibt sich eine

organische Nähe zu kriminellen Milieus, wo Diebstähle, Raube, Schutzgelderpressung, Geldeintreibung, Rotlicht- und Drogengeschäfte, Geldwäsche oder auch Menschenhandel betrieben werden. In dieser Welt - besser: Unterwelt - braucht man Türsteher, Fahrer, Kuriere, Bodyguards, Geldeintreiber, Einschüchterer.

Und man braucht viele Waffen. Gewalt ist die Währung in dieser Subkultur. Zwischen Organisierter Kriminalität (OK) und Polizei wiederum bestehen zwangläufig Berührungsflächen aufgrund des Auftrages der Polizei, Kriminalität zu bekämpfen. Dabei operieren die Ordnungshüter auch mit zivilen Kräften, verdeckten Ermittlern oder sogenannten "Nicht offen ermittelnden Polizisten" (NoeP). Michèle Kiesewetter, die in Heilbronn ermordete Polizeibeamtin, arbeitete zum Beispiel ebenfalls als NoeP. Sie wurde als Lockvogel vor Razzien eingesetzt und war Drogenaufkäuferin.

Auch polizeilicher Verrat kommt in diesen Sphären immer wieder vor, Bestechungen und Warnungen vor Razzien zum Beispiel. Der Neonazi, V-Mann des Verfassungsschutzes und Kinderhändler Tino Brandt, Kumpan des NSU-Trios, wurde wiederholt vor Hausdurchsuchungen von Vertretern der Sicherheitsorgane informiert.

Doch die bundesweite Vernetzung zwischen Neonazis und Kriminellen ist bisher nicht annähernd so weit enthüllt wie das Netzwerk rechtsextremer Gruppen. Einer, der dazu seit Jahren Nachforschungen anstellt, ist der Rechtsanwalt Yavuz Selim Narin aus München. Im Prozess gegen Beate Zschäpe und die vier anderen Angeklagten vertritt er die Angehörigen des siebten Mordopfers Theodoros Boulgarides. Narin begann mit seinen Recherchen schon Jahre, bevor das NSU-Trio bekannt wurde.

Er sah unter anderem Zusammenhänge zwischen der Nagelbombe von Köln und den Ceska-Morden an den neun Migranten, als die Ermittler die noch nicht sahen. Er hat im Laufe der Zeit, auch durch Zeugenbefragungen im Prozess in München, Grundzüge eines Netzes aus Rechtsextremen, Kriminellen, V-Leuten der Nachrichtendienste und Polizisten offengelegt, ein geschäftsmäßiges Amalgam, in

dem auch Böhnhardt und Mundlos handelnde Figuren waren. Damit ist aus einer anderen Blickrichtung erneut die Frage nach der Bestimmung des "NSU" aufgeworfen.

Jenaer Ehrhardt-Bande

Jena ist der Ausgangsort dieser Geschichte. Erneut Jena, wo auch die späteren NSU-Mitglieder Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe herkamen sowie drei weitere Angeklagte in München: Ralf Wohlleben, Holger Gerlach und Carsten Schultze. Kurz nach der Wende in der DDR, Anfang und Mitte der 1990er Jahre, trieb in der thüringischen Stadt eine Bande jahrelang ihr Unwesen.

Angeführt von den Brüdern Ron Ehrhardt und Gil Ehrhardt (später Wolf) beging sie Einbrüche, stahl Autos, stellte Türsteher, betätigte sich als Geldeintreiber, beschaffte Waffen. Zu der Bande gehörten unter anderem Uwe Böhnhardt, Enrico T., der ein Glied in der Beschaffungskette der Ceska-Pistole gewesen sein soll, mit der neun Migranten erschossen wurden, Stefan A., der Cousin von Beate Zschäpe, sowie die in München Angeklagten Gerlach und Wohlleben.

Die Thüringer wirkten auch mit Banden aus Osteuropa zusammen, aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion, unter anderem dem Baltikum und speziell mit Litauern.

Böhnhardts kriminelle Karriere begann früh. Schon ab 1992 als 15-Jähriger handelte er sich Urteile und Strafen ein wegen gemeinschaftlichen Diebstahls unter anderem von Autos, wegen Fahrens ohne Führerschein, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Erpressung, gefährlicher Körperverletzung, Verstoß gegen das Waffengesetz. Angesammelt bis 1997, ehe er im Januar 1998 zusammen mit Mundlos und Zschäpe untertauchte und sich einer Haftstrafe entzog.

Anführer waren V-Leute der Polizei

Die Brüder Ehrhardt waren aber nicht nur die Anführer der Bande in Jena, sondern zugleich auch V-Personen der Polizei, genauer: des Landeskriminalamtes (LKA) in Erfurt. Ausgerechnet über die Bosse flossen also Informationen an die Polizei.

Doch von dort flossen auch Informationen zurück, weil die Gruppe eben auch mit korrupten Polizisten aus Jena und Erfurt in Kontakt stand. So bekam sie zum Beispiel Hinweise auf Polizeiaktionen. Der Staatsschutz wiederum muss über seine zwei Ehrhardt-Spitzel auch von den Verrat betreibenden Beamten gewusst haben.

In dieses Bild passt, dass die von Beate Zschäpe in Jena gemietete Garage, in der bei einer Razzia Ende Januar 1998 unter anderem Sprengstoff gefunden wurde, einem Polizeibeamten gehörte.

Zu der Jenaer Ehrhardt-Bande zählte, wie Opferanwalt Narin herausfand, noch ein gewisser Ralf Litzius, der aus Hessen kam - eine Person mit kriminellem Hintergrund und vielfältigen Verbindungen. In der Thüringer Gang war er für das Geldeintreiben zuständig sowie für die Rekrutierung junger Gang-Mitglieder, hauptsächlich aus der rechtsextremen Szene. Litzius, mit fast 40 eines der älteren Mitglieder, soll für den jungen Böhnhardt zuständig gewesen sein. Er und die Ehrhardts arbeiteten auch mit Ralf Wi. zusammen, der einen Sicherheitsdienst unterhielt und dafür ebenfalls auf Neonazi-Personal zurückgriff. Einer seiner Mitarbeiter war Martin Rü., der wiederum einerseits NPD-Funktionärskamerad von Ralf Wohlleben war und andererseits Mitglied der Rockergruppe MC Bandidos von Jena.

Verbindungslinie zur Polizistin Kiesewetter

Die Ehefrau von Ralf Wi. ist Anja Wi. - und mit ihr erreichen die Verbindungslinien die in Heilbronn getötete Polizeibeamtin Michèle Kiesewetter, die in Südthüringen aufwuchs. Anja Wi. ist ebenfalls Polizeibeamtin, die vor ihrer Ehe mit Ralf Wi. langjährige Freundin des Onkels von Kiesewetter war: Mike W. Auch W. ist Polizist. Als Staatsschützer hatte er unter anderem mit dem Thüringer Heimatschutz zu tun. Später wechselte er ins Rauschgiftdezernat. Anja Wi. war mit Michèle Kiesewetter befreundet, gemeinsam machten sie Ferien in Ungarn.

Weil sie Dienstgeheimnisse an ihren Mann verriet, wurde Anja Wi. einmal vorübergehend vom Dienst suspendiert. Seit Jahren ist beim Amtsgericht Gera ein Verfahren gegen sie anhängig, bei dem es um einen entgegengesetzten Vorwurf

geht. Wi. hatte innerhalb der Polizei gemeldet, Kriminalbeamte aus Thüringen hätten sich geweigert, eine Anzeige gegen eine Person aus der rechten Szene aufzunehmen. Bei der Person soll es sich um André Kapke aus Jena handeln, der einst unter anderem mit Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe und Ralf Wohlleben in der Kameradschaft Jena aktiv war und der heute einer der neun NSU-Beschuldigten ist, gegen die die Bundesanwaltschaft eigene Ermittlungsverfahren führt.

Der Vorwurf von Anja Wi. wird innerhalb der Polizei bestritten, weshalb es zu einer Gegenanzeige gegen sie unter anderem wegen falscher Verdächtigung und Verleumdung kam. Die Hauptverhandlung wurde im Juni 2014 vor dem AG Gera eröffnet, seither gab es aber keinen weiteren Sitzungstag mehr. Trotzdem existiert das Verfahren weiter, Fortgang ungewiss.

Zurück zur Ehrhardt-Bande in Jena und Ralf Litzius, dem Mann aus Hessen. Er bewegte sich auch im hessischen Rockermilieu, gehörte unter anderem den "Hells Angels" an und unterhielt zum kasseler Hells Angels-Chef Michael Sch. persönlichen Kontakt. Und damit erreicht das Geflecht nun den Verfassungsschutzbeamten Andreas Temme, der beim Mord an Halit Yozgat in Kassel im April 2006 vor Ort, einem Internetcafé, war. Auch Temme hatte Beziehungen zu den Hells Angels und kannte deren Präsident Michael Sch. Darüber hinaus räumte auch Temmes V-Mann Benjamin G. bei seiner Zeugenvernehmung vor dem Oberlandesgericht in München "private Kontakte" zu den Hells Angels ein.

Dass sich Litzius und Temme kannten, ist denkbar, aber bisher nicht nachgewiesen.

Treffpunkt Reinhardshagen bei Kassel

In Reinhardshagen nördlich von Kassel liefen jedoch einige der Stränge zusammen. Dort trafen sich Hells Angels- und Blood and Honour-Mitglieder, dort nahm Temme an Schießübungen der Reservistenkameradschaft Reinhardshagen teil, und dort in dem Ort soll auch das NSU-Mitglied Uwe Mundlos gewesen sein. Zeuge dafür ist der Polizei-Informant Volker B., der früher ebenfalls im Rockermilieu und der rechtsextremen Szene im Großraum Kassel verkehrte. Nach dem Auffliegen des

NSU-Trios gab B. gegenüber dem Bundeskriminalamt (BKA) zu Protokoll, Mundlos mehrfach in Reinhardshagen in einer Gaststätte ("Scharfe Ecke") angetroffen zu haben. Mundlos soll dort Kontakte zu Mitgliedern der Hells Angels sowie von Blood and Honour gehabt haben.

Die Polizei-Quelle Volker B. will aber auch gewusst haben, dass Hells Angels-Rocker Kontakte zu Ausbildern und Schülern der benachbarten Landespolizeiakademie in Hannoversch Münden unterhielten. Rechercheur Narin fand heraus, dass das BKA den Hinweisen von B. nicht nachging und auf weitere Ermittlungen verzichtete.

Verbindungen nach Köln und Dortmund

Weiter im Geflecht: Eine andere Kontaktperson von Ralf Litzius ist Ronny W., ein Verwandter von Ralf Wi. Sein Name steht neben etwa 40 anderen Namen auf der sogenannten Garagenliste von Uwe Mundlos. Die Liste wurde bei jener Polizeirazzia im Januar 1998 in der von Zschäpe gemieteten Garage gefunden, danach aber nie für die Fahndung verwendet.

Mit dem Trio verbrachte Ronny W. einmal einen Urlaub in der Nähe von Rostock. Auch die Angeklagten Wohlleben und Gerlach kannte er. In den 1990er Jahren war Ronny W. einer der Teilnehmer einer Kreuzverbrennung in Jena nach dem Vorbild des Ku Klux Klans - unter anderem neben Böhnhardt, Wohlleben, Gerlach, Zschäpes Cousin Stefan A. und André Kapke.

Anfang der 2000er Jahre zog Ronny W. mit seiner späteren Frau Jana W. in den Raum Köln um. Jana W. unterhielt Kontakt nach Dortmund zu einem gewissen Thomas De. Diesen Thomas De. will die Zeugin Veronika von A. Anfang April 2006, wenige Tage vor dem Mord an Mehmet Kubasik in Dortmund, zusammen mit dem Trio Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe gesehen haben. Das sagte sie im Prozess in München aus. De. und von A. sind Nachbarn.

Soweit die Skizze dieser politisch-kriminellen Genealogie. Zusammengefasst: Es gab Querverbindungen zwischen den Mitgliedern des Trios, der Ehrhardt-Bande, der

Wi.-Sicherheitsfirma, der Rockerszene, der Kiesewetter-Familie und dem Verfassungsschützer Temme.

Yavuz Narin hat seine Erkenntnisse 2016 in einem Antrag auf Zeugenvernehmung von Ralf Litzius und Volker B. zusammengefasst. Das Gericht lehnte ihn, wie viele andere Beweisanträge seit Anfang 2016, ab. Eine Bewertung des Antragsinhaltes war damit nicht verbunden, lediglich eine formale Stellungnahme bezogen auf die konkrete Anklageschrift.

Neonazi-Waren-Markt: Landser-CD

Das Gestrüpp aus Neonazis, kriminellen Geschäftemachern und V-Leuten wucherte aber weiter. Es betrifft zum Beispiel auch Herstellung und Vertrieb der letzten CD der rechtsextremen Musikgruppe Landser von 2000. Um diese Ware herum existierte ein lebhafter Geschäftsbetrieb, der seine Kreise bis ins Ausland zog und in den auch mindestens vier V-Leute einbezogen waren. Die CD wurde in Polen gedruckt und unter anderem von einem Händler in Litauen vertrieben.

2003 wurde Landser als kriminelle Vereinigung verboten, ihre Mitglieder wurden verurteilt. Kronzeuge war unter anderem Thomas Starke, der im Zusammenhang mit dem Verfahren vom LKA Berlin als V-Person angeworben wurde, unter Zustimmung der Bundesanwaltschaft. Ein Blogger machte jüngst darauf aufmerksam, dass der Zeitraum des Landser-Prozesses exakt der rätselhaften Mordpause des NSU entsprach. Zwischen August 2001 und Februar 2004, zweieinhalb Jahre lang, wurde das Töten ausgesetzt. Besteht ein Zusammenhang?

Wiederholte "litauische" Spuren. Litauer waren beim Überfall auf einen Geldboten im Oktober 1999 in Pößneck dabei, zusammen mit Neonazis des Thüringer Heimatschutz (THS). Und Litauer finden sich in der Drogenszene von Heilbronn.

Rauschgiftkriminalität in Heilbronn

In und um die Stadt eskalierten 2006, 2007 die Auseinandersetzungen um die kriminellen Rauschgiftgeschäfte. Im November 2006 nahm die Kriminalpolizei

von Heilbronn vier Rußlanddeutsche fest, die in den Handel involviert waren. Ende März 2007 kam es zur Gerichtsverhandlung gegen zwei der vier. Anfang April begann die Polizei mit Observationen gegen litauische Rauschgifthändler. Am 23. April 2007 wurden zwei Litauer festgenommen. Am 24. April wurden sie dem Haftrichter vorgeführt. Am Tag darauf wurde der Anschlag auf die beiden Polizeibeamten verübt, der dem NSU zugerechnet wird.

Auch Michèle Kiesewetter und ihre Sondereinheit aus Böblingen waren in die Drogenfahndung einbezogen. In Zivil spielte sie eine Drogenaufkäuferin und half mit Dealer zu überführen - mindestens zweimal. Im Dezember 2006 gab es aufgrund ihres Einsatzes eine erste Verurteilung. Einer der verurteilten Dealer war zugleich ein Informant der Polizei. Informanten sind Lecks. Über sie fließen Informationen aus der Szene zur Polizei. Denkbar ist aber auch der umgekehrte Weg, dass Informationen aus dem Polizeiapparat in die Szene gelangen. Zum Beispiel über verdeckt ermittelnde Beamte wie Kiesewetter.

Im Frühjahr 2007 stand ein weiterer Drogenprozess bevor, bei dem Kiesewetter als Zeugin aussagen sollte. Nach den Schilderungen von Kollegen soll sie Angst davor gehabt haben.

Kiesewetter als Drogenkonsumentin?

Michèle Kiesewetter soll als zivile Ermittlerin nicht nur Drogen aufgekauft, sondern auch selber konsumiert haben. Dafür gibt es Zeugen, die anonym bleiben müssen. War das Teil ihres Auftrags oder ist sie privat in die Drogenszene abgerutscht? Hat sie das Rauschgift freiwillig genommen - oder musste sie es, weil es möglicherweise zum Test von Kunden innerhalb der Drogenszene gehört? Wäre sie demnach von ihren Vorgesetzten in ein Himmelfahrtskommando geschickt worden? Wurde sie vielleicht sogar als Polizistin enttarnt und war in Gefahr? Schließlich fuhr sie in derselben Stadt in Uniform Streife, in Heilbronn, in der sie in Zivil Heroin kaufte.

Ihr Onkel, der Polizist Mike W., heute selber in der Drogenfahndung tätig, machte der Polizeiführung in Baden-Württemberg für diese Praxis schwere Vorwürfe.

Könnte der Mord ein Racheakt gewesen sein, verantwortlich dafür die Drogen-OK und durchgeführt mit Hilfe von Neonazi-Killern oder -Killerassistenten?

Mike W. hatte nach dem Mord an seiner Nichte auch einen Zusammenhang mit den Ceska-Morden an den neun türkischen und griechischen Männern gesehen - vor allem aufgrund der Brutalität und Skrupellosigkeit der Täter. Den obersten Ermittlungsinstanzen der Bundesrepublik, BKA und BAW, will sich dieser Zusammenhang erst im November 2011 nach dem Auffliegen des NSU erschlossen haben.

Der NSU und die V-Leute des Verfassungsschutzes

Zwei Seiten derselben Medaille?

Dem Studium der Stasi verdanken wir wesentliche Erkenntnisse über den Verfassungsschutz. Der Geheimdienst der untergegangenen DDR, die Staatssicherheit, kurz: Stasi, bildet die Vorlage zum Verständnis auch des Inlandsgeheimdienstes der Bundesrepublik. Die Stasi-Akten stellen die Blaupause dar. Unabhängig von ihrer Verfasstheit und ihren unterschiedlichen Legitimationsgrundlagen sind Geheimdienste vergleichbar aufgebaut, arbeiten mit ähnlichen Methoden, funktionieren in ähnlichen Strukturen.

Zum festem inneren Personal kommt angeworbenes äußeres Personal. Mit ihm schöpfen die Dienste einerseits Informationen aus beobachteten Gruppierungen ab und versuchen zugleich, auf diese Einfluss zu nehmen. Das geschieht schon allein dadurch, dass sich ihre Agenten in diesen Gruppen irgendwie verhalten müssen. Dass sie sich auch als Provokateure verhalten, ist eine der Optionen.

Selbstschutz und Eigenkontrolle sind oberstes Prinzip aller Dienste. Die Einhaltung der Konspiration durch die Informanten wird ständig überprüft. Dass V-Leute ihrerseits konspirativ gegen ihre Dienstherren zusammenarbeiten, ist theoretisch denkbar, wäre aber eher ein kurzlebiges und begrenztes Unterfangen. Dafür haben die Dienste innere Kontrollmechanismen. Im Zweifel trennt sich ein Dienst von einem Spitzel. Er will und braucht die 100%-ige Kontrolle über sein Handeln, um zu verhindern, dass es fremden Diensten gelingt, die Kontrollmechanismen auszuschalten und Doppelagenten zu gewinnen oder einzuschleusen.

Die Veröffentlichung und Vergesellschaftung der Stasi-Unterlagen hat in Deutschland die Aufklärung der Geheimdienste in einem Quantensprung vorangebracht. Die Stasi-Akten sind ein Schlüssel zur Unterwelt dieser Institutionen. So weiß man, dass die DDR-Staatssicherheit ohne ihre Inoffiziellen

Mitarbeiter (IMs), die Spitzel eben, blind wie ein Maulwurf gewesen wäre. Sie hätte ihren politischen Auftrag nicht erfüllen können. Der hieß unter anderem: Sicherung der Macht der SED durch Zersetzung von Widerstand.

Wie die Stasi so der Verfassungsschutz. Bei ihm heißen die IMs "V-Leute", ohne die auch der bundesdeutsche Inlandsgeheimdienst handlungsunfähig wäre. Doch welchen politischen Auftrag hat er eigentlich? Dass er die Verfassung und die demokratischen Grundlagen der BRD schütze, erscheint im Lichte des NSU-Skandals als billige wie makabre Propaganda. Hat er andererseits weniger "zersetzt" als "aufgebaut"?

Soweit eine notwendige Vorbetrachtung - denn: Die NSU-Geschichte ist auch eine Verfassungsschutz-Geschichte.

Die NSU-Geschichte ist auch eine Verfassungsschutz-Geschichte

Am 26. Januar 1998 begann mit der Flucht von Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe von Jena nach Chemnitz die offiziell erzählte Geschichte des NSU-Trios. Die inoffizielle, die Geheimdienstgeschichte, lief da bereits seit Jahren. 1992 beispielsweise rekrutierte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) den ostdeutschen Rechtsextremisten Ralf Marschner als V-Mann, der im NSU-Komplex eine zentrale Rolle spielt. Marschners Patronage ist ganz oben angesiedelt, in der Bundesregierung. 1994 wurden mindestens fünf weitere V-Leute geworben, die sich später in der rechtsextremen Szene um den NSU herum bewegen sollten: Tino Brandt, Thomas Richter, Michael See, Achim Schmid und Carsten Sz.

Im selben Jahr, also 1994, wurde der Westimport Helmut Roewer Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) in Thüringen. Unter seiner Führung starteten mehrere Nachrichtendienste gemeinsame Anwerbe-Aktionen. Die erste begann 1997 unter dem Namen Operation "Rennsteig", an der neben dem thüringer Landesamt (TLfV), das bayrische Landesamt (BLfV), das BfV und der Militärische Abschirmdienst (MAD) beteiligt waren. Auf der "Rennsteig"-Liste sollen über 70 Namen von Neonazis gestanden haben, die auf eine Zusammenarbeit angesprochen werden sollten. Unter anderem Marcel Degner aus

Gera, André Kapke, Ralf Wohlleben, Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt, Holger Gerlach (alle aus Jena).

Das Prozedere sah unter anderem vor, die Kandidaten während ihres Bundeswehrdienstes auf eine Kooperation anzusprechen. Das sollte der Nachrichtendienst der Armee, der MAD, tun. Im Zwangssystem Militär, so das mutmaßliche Kalkül, würde den Angesprochenen ein "Nein" schwerer fallen bzw. schwerer gemacht. Nach ihrem Wehrdienst sollten die rekrutierten Rekruten vom jeweiligen Landesamt übernommen werden. Deshalb spielte es überhaupt keine Rolle, wenn eine ausgewählte Person erst kurz vor ihrer Entlassung kontaktiert wurde, wie es zum Beispiel bei Uwe Mundlos war. Eine Woche vor seinem Ausscheiden sprach ihn der MAD auf eine Kooperation an. Mundlos soll damals abgelehnt haben.

Werbungsfelder Bundeswehr und Gefängnis

Neben dem Werbungsfeld Bundeswehr fanden Ansprachen und Rekrutierungsversuche zum Beispiel im Rahmen von Strafverfahren und in der U-Haft statt. Auch dort sind die Kandidaten in einer schwachen, relativ wehrlosen Lage und leichter zu manipulieren oder gar zu erpressen. Sich einer Anwerbung zu widersetzen, erfordert mehr Courage, als ihr nachzugeben. Ein Verfahren, das auch bei anderen terroristischen Vereinigungen wie der RAF oder der Bewegung 2. Juni erprobt und zum Teil erfolgreich angewandt wurde.

Wie viele der aufgelisteten Personen der OP Rennsteig als V-Leute gewonnen wurden, entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit. Von "deutlich unter zehn" sprach im NSU-Untersuchungsausschuss II des Bundestages der ehemalige BfV-Verantwortliche Axel Minrath mit dem Decknamen "Lothar Lingen". Allerdings hat dieser Mann im November 2011 mindestens sieben V-Mann-Akten aus der "Rennsteig"-Aktion vernichten lassen, zusätzlich mindestens eine achte Akte des V-Mannes "Tarif" alias Michael See.

Gesichert ist die Spitzeltätigkeit von Marcel Degner, dessen Name sich auch auf der "Rennsteig"-Liste befindet.

Marcel Degner

Arbeitete für den Thüringer Verfassungsschutz unter dem Decknamen "Hagel" und war im rechtsextremen Netzwerk Blood and Honour (B&H) von Thüringen in führender Position. Über die B&H-Strukturen von Sachsen hatte er Kontakt zum unmittelbaren Umfeld des untergetauchten Trios.

Kurioserweise behauptete Degner vor dem Oberlandesgericht (OLG) in München, er sei nie V-Mann gewesen. Weil er sich mit dieser Falschaussage belastete, sprach ihm das Gericht - nicht weniger kurios - ein Zeugnisverweigerungsrecht zu. Die Bundesanwaltschaft hatte gegen ihn wegen Falschaussage Anzeige erstattet. Ein Manöver der ganz neuen Art: Mögliches Hintergrundwissen musste Degner auf diese Weise nicht preisgeben.

Tino Brandt

1994 vom Thüringer Verfassungsschutz (VS) rekrutiert, Decknamen "Otto", später "Oskar". Mit Brandt baute der VS das neonazistische Kameradschafts-Netzwerk Thüringer Heimatschutz (THS) auf. Brandt radikalisierte die Szene und wandte selber exzessiv Gewalt an. Das Amt hielt seine schützende Hand über ihn, trotz über 30 Strafverfahren wurde er nicht verurteilt. Vor Hausdurchsuchungen wurde er regelmäßig gewarnt. Mindestens bei einer Durchsuchung war als Staatsschützer auch der Onkel der später in Heilbronn erschossenen Polizistin Michèle Kiesewetter dabei.

2001 wurde Brandt enttarnt - und zwar vermutlich aus dem Amt selber heraus. Das lässt einen Verdacht aufkommen: Sollte er dem Trio nicht zu nahe kommen? Mit seinem Abschalten enden die Berichte über die Verbindung von Ralf Wohlleben zum Trio. Am Beispiel Brandt wurde wiederholt die Grundfrage aufgeworfen, ob Neonazi-V-Leute nicht den Verfassungsschutz für ihre Zwecke ausnutzen. Brandt kolportiert das selber. Das taugt allerdings dazu, seine Position in der Szene - auch rückblickend - zu festigen, was wiederum dem VS dienlich ist.

Die Berichte, die Brandt für das LfV über die Szene gefertigt hat und die im Prozess

in München ausschnittsweise präsentiert wurden, belegen dagegen: Er war ein eifriger Spitzel, der seinem VM-Führer eine Flut von Informationen über seine angeblichen Kameraden verriet. Zur Zeit sitzt Brandt wegen vielfachen sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen eine mehrjährige Haftstrafe ab. Sein Wirken in der kriminellen Prostitutionsszene ist bisher nur ansatzweise bekannt.

Mario Brehme

Stellvertreter von Brandt im THS. Nach dem Untertauchen des Trios reiste Brehme zusammen mit dem Jenaer Neonazi André Kapke nach Südafrika, um nach einer Ausstiegsmöglichkeit für die zwei Uwes zu suchen. Vor dem OLG München wurde Brehme als wahrscheinliche Geheimdienstquelle entlarvt, nachdem er dort einen skurrilen Auftritt hingelegt hatte. Er spielte den Clown, stand immer wieder auf und versuchte das Gericht vorzuführen, beispielsweise indem er den Vorsitzenden Richter zwang, Fragen zu wiederholen, weil er sie angeblich akustisch nicht verstanden hatte.

Doch offensichtlich hatte ihn die Inszenierung zu viel Einsatz gekostet. Als er von einem Anwalt der Nebenklage gefragt wurde, ob er MAD-Quelle gewesen sei, machte er den Fehler zu zögern und dann zu sagen, dazu habe er keine Aussagegenehmigung.

Andreas Rachhausen

Aktiv im THS in Saalfeld und seit 1997 V-Mann des LfV Thüringen alias "Alex". War in die Abdeckung der Flucht des Trios im Januar 1998 nach Chemnitz involviert. Nach den Ereignissen des 4. November 2011, als die Polizei nach Beate Zschäpe fahndete, hing in der Polizeidirektion in Gotha ein Schaubild mit den Fotos und Namen des Trios Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe und allen möglichen Querverbindungen zu anderen Personen - darunter Andreas Rachhausen.

Juliane W.

In Jena Freundin von Ralf Wohlleben und V-Frau des Thüringer LfV. War an der

Flucht des Trios beteiligt. Ermittler trafen sie einmal in der Wohnung von Uwe Mundlos nach dessen Untertauchen an. Sie besaß einen Schlüssel. Damit hatte der VS Zugang zur Wohnung des Gesuchten. Der Polizei wurde das vom LfV vorenthalten.

Tibor R.

V-Mann des LfV Thüringen alias "Tristan". War zusammen mit Ralf Wohlleben und Carsten Schultze in Jena in der NPD aktiv. Kontakte zu B&H in Chemnitz, unter anderem zu Enrico Rickmann.

Enrico Rickmann

Gehörte zur rechtsextremen Szene in Thüringen und Sachsen und war V-Mann. Er kannte das Trio schon zu Jenaer Zeiten und zählte nach dessen Untertauchen zum Umfeld in Chemnitz. Er kannte den Angeklagten André Eminger. Wie das Trio hatte auch Rickmann Kontakt zur rechtsextremen Szene in Ludwigsburg. Ein früheres Mitglied der ludwigsburger Szene sagte im Januar 2017 vor dem NSU-Untersuchungsausschuss von Baden-Württemberg, es habe ihn verwundert, dass Mundlos diese Verbrechen begangen hat, vielmehr hätte er "dem Rickmann das zugetraut".

Michael See

V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) von 1994 bis 2002, Deckname "Tarif". Einer der wenigen bekannten V-Leute des BfV in Thüringen, die mit "T" beginnen, darunter "Tacho", "Teleskop", "Terrier", "Tinte", "Tobago", "Tusche". Eingesetzt wurde "Tarif" unter anderem in der FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) in Thüringen. Er gab in Absprache mit dem BfV die Neonazi-Publikation "Sonnenbanner" heraus. Nach eigener Aussage habe ihn Kapke nach einer Unterbringungsmöglichkeit des Trios nach dessen Abtauchen gefragt. See will das seinem VM-Führer gemeldet haben. Der Dienst bestreitet das.

Thomas Dienel

Jahrgang 1961, zu DDR-Zeiten FDJ-Sekretär und SED-Perspektivkader, nach der Wende aktiver Rechtsextremist unter anderem in der NPD und der DNP (Deutsch-Nationale Partei) in Thüringen. Zugleich von Ende der 1990er Jahre bis mindestens 2000 V-Mann des LfV Thüringen. Ob es Material zu Dienel aus DDR-Zeiten gibt und wenn ja, was - dazu verweigert die Stasi-Unterlagen-Behörde die Auskunft. Das sei nicht durch das Stasi-Unterlagen-Gesetz gedeckt, heißt es.

Kai-Uwe Trinkaus

Ehemals Chef der NPD Erfurt sowie der DVU in Thüringen. Mindestens zwischen Mai 2006 und September 2007 V-Mann des Thüringer Verfassungsschutzes.

Frank Schwerdt

Im Oktober 2016 gestorben, 72 Jahre alt. War langjähriger und einflussreicher NPD-Funktionär unter anderem in Thüringen und Brandenburg. Zeitweise Bundesvize der NPD. Kann zum NSU-Umfeld gezählt werden. André Kapke suchte ihn 1998 wegen Hilfe für das untergetauchte Trio auf. Der Verdacht, Schwerdt sei V-Mann des Verfassungsschutzes, kam immer wieder auf und erhielt aktuell 2017 im NSU-Untersuchungsausschuss von Brandenburg neue Nahrung. Das Gremium verlangt vom Innenministerium eine definitive Auskunft zur Personalie Schwerdt, die das Ministerium bisher verweigert.

Carsten Sz.

Seit Anfang der 1990er Jahre rechtsextremistische Aktivitäten in Berlin und Brandenburg. Anführer einer Ku Klux Klan-Gruppe. Nach einem lebensgefährlichen Übergriff auf einen Asylbewerber zu acht Jahren Haft verurteilt. 1994 wurde er im Gefängnis Brandenburg als V-Mann "Piatto" des brandenburgischen Verfassungsschutzes verpflichtet. Verfassungsschutzpräsident war damals der frühere Bundesanwalt Wolfgang Pfaff, der in der alten Bundesrepublik oberster RAF-Fahnder der Bundesanwaltschaft war. Carsten Sz. hatte engen Kontakt zur rechtsextremen Szene in Chemnitz um das Trio herum und sollte bei Waffenbeschaffungen mitwirken. Seine VM-Tätigkeit wurde 2000

beendet.

Immer wieder wird spekuliert, ob Sz. nicht schon vor 1994 oder auch noch nach 2000 für einen Dienst tätig war, was aber nicht belegt ist. Im Prozess in München trat Sz. verkleidet im Zeugenstand auf, angeblich aus Schutzgründen. Einer seiner VM-Führer ebenfalls. Ein anderer VM-Führer "Piattos" ist heute VS-Präsident in Sachsen.

Thomas Starke

War die erste Anlaufstelle des Trios in Chemnitz, wohin es 1998 floh. Starke war einmal mit Zschäpe liiert und hatte Sprengstoff nach Jena geliefert. Im November 2000 wurde er im Zusammenhang mit dem Landser-Strafverfahren als V-Person (VP 562) des Landeskriminalamtes (LKA) Berlin angeworben. Die Bundesanwaltschaft war involviert.

Nach dem Auffliegen des NSU wurde Starke abgeschaltet. Er ist heute einer der neun Beschuldigten im NSU-Komplex, gegen die die Bundesanwaltschaft Ermittlungsverfahren führt. Ob Starke schon vor 2000 als V-Mann für einen Nachrichtendienst tätig war, ist bisher nicht bestätigt. Starke, Jahrgang 1967, war zu DDR-Zeiten "Inoffizieller Mitarbeiter Kriminalpolizei" (IMK) der politischen Polizei K 1 in Karl-Marx-Stadt, wie Chemnitz damals hieß. Sprich: er war Polizei-Informant. Er gehörte einem Fußball-Fanclub namens "Satan-Angels" an, der durch Provokationen und Schlägereien auffiel. Etwa 20 Mitglieder zählte die Stasi zu den "Satan-Angels". Ihre Namen hat die Stasi-Unterlagen-Behörde in den herausgegebenen Akten geschwärzt. Starke nennt sich heute Müller.

Nick Greger

Ehemaliger Neonazi-Kader mit Kontakten zu Carsten Sz. Wie Starke ebenfalls vom LKA Berlin als V-Person (VP 598) angeworben. Nach eigener Aussage soll er im Oktober 2013 von LKA-Beamten aufgesucht und aufgefordert worden sein, zu Carsten Sz. öffentlich keine Auskünfte zu geben.

Mirko Hesse

V-Mann des BfV mit Decknamen "Strontium", Führungsfigur der rechtsextremen Hammerskins in Chemnitz. War 1999/2000 an der Produktion der letzten CD der rechtsradikalen und später verbotenen Musikgruppe Landser beteiligt, zusammen mit dem chemnitzer B&H-Kader Jan Werner sowie den V-Personen Starke, Marschner und Toni Stadler.

Michael Probst

Betrieb in Chemnitz zusammen mit seiner Frau Antje den rechten Szene-Laden "Sonnentanz". Bei den Probsts machte Carsten Sz. ein Praktikum als Freigänger. Ob Probst V-Mann war, ist nicht belegt, aber er hatte VS-Kontakte. Nach eigener Angabe habe ihm der Dienst angeboten, ein Verfahren gegen ihn einstellen zu lassen.

Kai Dalek

Sein Name steht auf der Adressliste von Mundlos, so wie die der V-Leute Tino Brandt, Thomas Starke und Thomas Richter (s.u.). Dalek soll von 1987 bis 1998 V-Mann des LfV Bayern gewesen sein. War zunächst in der Deutschen Alternative (DA) aktiv, die 1989 von dem Neonazi-Prominenten Michael Kühnen gegründet wurde. In den 1990ern steuerte Dalek das Neonazi-Netzwerk im nordbayrischen Franken (eine Art Fränkischer Heimatschutz) sowie das Thule-Netz, eine geschlossene Internetplattform mittels der szeneintern Informationen verbreitet wurden. Unter anderem stellte er sogenannte Todeslisten mit den Namen politischer Gegner zusammen.

Als Zeuge vor Gericht in München trat Dalek überaus selbstbewusst auf und provozierte die Verteidiger von Wohlleben. Er sprach durchgängig von "wir", ehe sich herausstellte, dass er mit "wir" den Verfassungsschutz meinte. War Dalek nur ein normaler V-Mann oder mehr? Bei der DDR-Staatssicherheit gab es eine Kategorie zwischen IMs und Offizieren, sie hieß: Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter (HIM).

Bei seiner Befragung vor Gericht machte Dalek eine Ausführung, die rätselhaft ist. Dabei ging es um Tino Brandt und den Hamburger Neonazi-Kader Christian Worch, Gründer der Partei "Die Rechte". Dalek verfügte über eigene Beziehungen zu Worch.

Dass Tino Brandt V-Mann war, hatte Dalek zwar nicht offiziell erfahren, vermutetet es nach eigenen Worten aber aufgrund von dessen Verhalten und Stellung in der Szene, die seiner ähnlich war. Als Dalek erfuhr, dass Brandt einen eigenen Kontakt zu Worch aufbaute, will er das rigoros unterbunden haben. Unter anderem dadurch, dass er Christian Worch sowie Thomas "Steiner" Wulff, Ex-NPD-Chef von Hamburg, von Brandts V-Mann-Tätigkeit erzählt habe. Ein V-Mann informiert zwei Rechtsextremisten über eine andere VS-Quelle, die er damit potentiell gefährdet? Oder waren Worch und Wulff etwa selber Quellen, die nun vor einem unberechenbaren Szene-V-Mann geschützt werden sollten?

Auch Michael Kühnen soll VS-Kontakte gehabt haben - wie ein kürzlich aufgetauchter Stasi-Bericht nahelegt.

Achim Schmid

Unter anderem Mitglied verschiedener rechtsradikaler Bands (u.a. "Höllenhunde"). Zusammen mit Ralf Marschner Teilnahme an gemeinsamen Konzerten. Schmid war V-Mann des LfV Baden-Württemberg offiziell von 1994 bis 2000, Deckname "Radler". Danach hatte der Verfassungsschutz aber noch mehrmals Kontakt zu ihm. Er war in die Operation "Terzett" des LfV Sachsen eingebunden, mit dem das Trio gesucht werden sollte. Schmid gründete in Schwäbisch Hall eine Ku Klux Klan-Gruppe (KKK), zu der neben dem Neonazi und V-Mann Thomas Richter auch mehrere Polizeibeamten gehörten. Einer war später Kollege der in Heilbronn ermordeten Polizistin Michèle Kiesewetter.

Thomas Richter

Bundesweit bekannt unter dem Decknamen "Corelli" als V-Mann des BfV. Tätig ab 1994. 2012 im Zuge der NSU-Aufarbeitung enttarnt und im

Zeugenschutzprogramm des BfV untergebracht. Im April 2014 39-jährig gestorben. Als Todesursache wurde ein plötzlicher Zuckerschock diagnostiziert. Auslöser soll - nach zweimaliger Obduktion - eine unerkannte Diabetes gewesen sein. Richter war in einer Vielzahl rechtsextremer Gruppen unterwegs. Aus seiner fast 20jährigen Spitzel-Tätigkeit sollen beim BfV etwa 180 Aktenordner vorliegen. Eine der Gruppen war der KKK von Achim Schmid. Da Richter auch Kontakt zu Uwe Mundlos gehabt hatte und sein Name sich auf dessen Adressliste findet, stellen die beiden V-Männer Schmid und Richter ein Glied in der Verbindungskette zwischen dem Opfer Kiesewetter und dem mutmaßlichen Täter oder Mittäter Mundlos dar.

Petra S.

Arbeitete zunächst als V-Person des polizeilichen Staatsschutzes beim LKA Baden-Württemberg und wurde dann vom Verfassungsschutz übernommen, Deckname "Krokus". Eingesetzt war sie in der rechten Szene in der Region zwischen Heilbronn und Schwäbisch Hall. Später soll sie gegen die Linkspartei eingesetzt worden sein, was sie bestreitet. Sie gibt an, dort in Hohenlohe 2006 Beate Zschäpe im Kreis anderer Personen getroffen zu haben. Außerdem will sie Informationen erhalten haben über Ausspähaktivitäten der rechten Szene, die den in Heilbronn schwerverletzten Polizeibeamten Martin Arnold betroffen haben sollen. Kein Untersuchungsausschuss hat sie bisher als Zeugin gehört, ihr VM-Führer dagegen wurde in mehreren UAs wiederholt befragt.

Roland Sokol

Betreiber des neonazistischen Online-Versands Patria, dem noch Ende November 2011 eine der Propaganda-DVDs zu den zehn NSU-Morden und zwei Bombenanschlägen zugesandt wurde, als die mutmaßliche Verschickerin Beate Zschäpe längst inhaftiert war. Sokol war Mitglied der Band "Triebtäter", aktiv bei "Blood and Honour" (B&H), den Hammerskins und der Kameradschaft Karlsruhe, zu der auch Nicole Schneiders gehörte, heute Verteidigerin des in München angeklagten Ralf Wohlleben. Sokol war einer der Gründer der Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa), die im Oktober 2014 durch eine gewalttätige anti-

islamische Demonstration in Köln auf sich aufmerksam machten. Nach seinem Tod im September 2015 wurde er als langjähriger V-Mann des LfV BaWü enttarnt.

Markus Frntic

Eine zentrale Neonazi-Größe von Baden-Württemberg. Kroatiensöldner, aktiv beim KKK inklusive Kontakten zum V-Mann Schmid und dessen Haller Klangruppe. Mischte auch bei Blood and Honour mit und hatte Verbindungen zu B&H-Netzwerken in Ostdeutschland, unter anderem zu den V-Personen Degner und Starke. Außerdem war Frntic Mitgründer der B&H-Nachfolgeorganisation "Furchtlos&Treu" in BaWü, die schon vor dem B&H-Verbot gegründet wurde. In der Heilbronner Neonazi-Szene hatte er persönlich mit dem Aussteiger Florian H. zu tun, der 2013 in seinem Auto verbrannte. Im Oktober 2016 ergab sich im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages ein Hinweis darauf, dass Frntic eine V-Person einer Sicherheitsbehörde war oder noch ist.

Mike L.

War Vorsitzender der NPD-Jugendorganisation JN (Junge Nationaldemokraten) von Baden-Württemberg sowie V-Mann des LfV BaWü. Er hatte Kontakte zu Achim Schmid sowie über die JN-Strukturen zu Patrick Wieschke aus Eisenach, früherer JN-Chef von Thüringen, heute NPD-Landeschef. Wieschke wiederum hatte mit dem heute in München angeklagten Waffenbeschaffer Carsten Schultze zu tun, ehemals zweiter JN-Chef von Thüringen. Mike L. lebt in Harthausen, wo Tino Brandt vier Jahre lang Besitzer eines Hauses war.

Torsten O.

Er ist der Zeuge, der als erster von "NSU" sprach, als die Gruppe noch nicht bekannt war. 2003 berichtete er einem Vertreter des LfV BaWü von einer Terrorgruppe in Ostdeutschland namens "NSU" mit mehreren Mitgliedern, unter anderem einem Böhnhardt und einem Mundlos. Er habe aber nicht selber Kontakt zu der Gruppe gehabt, sondern will durch einen Mann davon erfahren haben, der für das Bundeskriminalamt (BKA) arbeitete.

O. war in Heilbronn als Privatdetektiv tätig, hatte mit dem polizeilichen Staatsschutz zu tun und wurde als Informant u.a. in der rechten Szene eingesetzt. Aus Quellenschutzgründen wurde er dann beim LfV als V-Mann (Deckname "Erbse") registriert, um damit aus Strafverfahren herausgehalten werden zu können. Im Gegensatz zu den polizeilichen Quellen sind die der VS-Ämter für Staatsanwälte tabu. Seine V-Mann-Tätigkeit soll von 1989 bis 1990 nur wenige Monate gedauert haben.

Benjamin Gärtner

Von 2001 bis 2007 V-Mann des LfV Hessen in der rechtsextremen Szene von Kassel, Deckname "Gemüse". Sein Quellenführer war Andreas Temme, der beim NSU-Mord an Halit Yozgat am Tatort Internetcafé war. Gärtner unterhielt unter anderem mehrere Kontakte zum Thüringer Heimatschutz (THS). Von vielen Treffs und Neonazi-Aktivitäten, an denen Gärtner beteiligt war, fehlen Berichte. Der Verfassungsschutz sorgt bis heute um ihn. Als er 2013 als Zeuge vor dem OLG in München aussagen musste, hatte er einen Rechtsbeistand dabei, der von dem Dienst bezahlt wurde.

Johann Helfer

Über 20 Jahre lang V-Mann des LfV von Nordrhein Westfalen (NRW) in der rechtsextremen Szene von Köln mit Kontakten auch zu ostdeutschen Rechtsextremisten, die zum Umfeld des NSU-Trios zählten. Auch bei Helfer stellt sich, wie schon bei Dalek, die Frage, ob er mehr war als nur V-Mann. Sein Anwalt betont die "wertvolle Arbeit", die sein Mandant innerhalb des Verfassungsschutzes "im Kampf gegen Rechtsextremismus" geleistet habe und erklärt, Helfer sei kein V-Mann, sondern ein "fester Mitarbeiter des LfV mit einem monatlichen Salär" gewesen. Das Amt bestreitet das.

Sebastian Seemann

V-Mann des LfV NRW in der rechtsextremen Szene in Dortmund, außerdem Drogendealer und Waffenhändler, Mitglied in der Schutztruppe ("Streetfighting

Crew") der rechtsradikalen Band "Oidoxie" mit Kontakten unter anderem in die Szene von Kassel. Kontakt außerdem zu Robin Sch., der mit der Angeklagten Beate Zschäpe in Briefwechsel stand.

Toni Stadler

Neonazi aus Brandenburg, der unter anderem mit Carsten Sz./"Piatto" sowie dem Neonazi Robin Sch. bekannt war. Etwa ab 2000 V-Mann des Verfassungsschutzes Brandenburg. War damals in Druck und Vertrieb der letzten CD der rechtsextremen Musikgruppe Landser einbezogen. Wurde 2002 bei der Verbreitung einer anderen neonazistischen CD durch das LKA Berlin festgenommen und dadurch enttarnt. 2003 zog Stadler nach Dortmund um. Laut Aussage eines Polizei-Informanten (Thomas M., V-Person "Heidi") in Dortmund soll Stadler kurz vor dem NSU-Mord an Mehmet Kubasik im April 2006 an einen oder beide Uwes eine Waffe übergeben haben. Im U-Ausschuss von NRW, zu dem er polizeilich vorgeführt werden musste, bestritt er das.

Am Tag des Mordes, dem 4. April 2006, war Stadlers Handy in der Funkzelle des Tatortes Mallinckrodtstraße eingeloggt. Das hatte das BKA ermittelt, wurde aber erst mit Verspätung bekannt. War ein ehemaliger V-Mann in der Nähe des Mordes? Wenn ja, warum?

Carsten Schultze

Angeklagter in München, ehemals Kameradschaft Jena, THS, NPD-Jugendorganisation. Bekannt ist, dass er nach dem Auffliegen des NSU vom LfV Thüringen als V-Mann angeworben werden sollte. Er soll abgelehnt haben. Fraglich ist, ob sein Ausstieg aus der rechten Szene in den 2000er Jahren mit Hilfe des Verfassungsschutzes geschah.

Das Trio

Hatte das NSU-Kerntrio oder jemand von ihm Verfassungsschutzkontakte? Offiziell wird die Frage bestritten, doch abschließend beantwortet ist sie nicht.

Selbst die Staatsanwaltschaft Gera mutmaßte nach dem Verschwinden der drei Jenaer, dass sie Informanten des Verfassungsschutzes sind und von dem Dienst geschützt werden. Die Strafverfolger richteten eine entsprechende Anfrage an den Dienst, die der negativ beschied. Doch spätere Aktenfunde geben dem Verdacht immer wieder neue Nahrung.

So war nach den Ereignissen des 4. November 2011 (Stichwort: Eisenach und Zwickau) in Protokollnotizen über die Lagebesprechungen in der Polizeidirektion (PD) Gotha am 5. und 6. November 2011 festgehalten worden: "Die Zielfahndung nach dem Trio wurde 2002 eingestellt. Es wurde bekannt, dass das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) die Zielpersonen abdecke." - "Der PD-Leiter will alles tun, um Frau Zschäpe zu finden, bevor sie vom LfV abgezogen wird." - "Zumindest eine Person des Trios soll bis 2003 Mitarbeiter des Staatsschutzes gewesen sein."

Beate Zschäpe

Sicher ist, dass das LfV Thüringen Ende der 1990er Jahre vorhatte, sie auf eine Mitarbeit hin anzusprechen. Es sei dann darauf verzichtet worden, heißt es. Sicher ist weiterhin, dass sie in den damaligen Jahren bei Vernehmungen durch die Polizei jede Menge Namen von Neonazis nannte, die beispielsweise an Kreuzverbrennungsaktionen nach KKK-Manier teilnahmen. Damit kann sie - rein faktisch - als Hinweisgeberin gelten.

Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos

Auch sie sollten vom LfV auf eine Zusammenarbeit hin angesprochen werden, was dann aber unterlassen worden sein soll. Der Anwerbeversuch des MAD gegenüber Mundlos ist dagegen belegt. Bemerkenswerter Weise gehen die Eltern von Mundlos selber gehen davon, dass ihr Sohn ein V-Mann war. In Zwickau hatten mindestens Zschäpe und Mundlos Kontakt zum Neonazi-Geschäftemacher und V-Mann Ralf Marschner. Das kann durch Zeugenaussagen als belegt gelten.

Ralf Marschner

Er ist der erste V-Mann, von dem bekannt wurde, dass eine Spur nach ganz oben führt - zur Bundesregierung. Ein Vertreter der Bundesanwaltschaft (BAW) erklärte vor dem U-Ausschuss des Bundestages, Marschners Akte sei selbst für die BAW gesperrt. Warum, ist unklar. Doch damit wird eine ganz neue Perspektive und unbekannte Dimension des NSU-Komplexes eröffnet.

Viele weitere V-Leute in Thüringen und Sachsen, die sich um das NSU-Trio herum bewegt haben, sind bis heute nicht enttarnt. Man kennt nur Decknamen.

Die Anzahl der Quellen, Informanten, Spitzel um eine kriminelle und terroristische Organisation herum, wie sie der NSU darstellte, hatte eine nie gesehene Größe. Viele dieser V-Leute hatten untereinander Kontakt, ohne dass sie von ihrer Spitzeltätigkeit gegenseitig gewusst haben müssen.

Wo hört der Rechtsterrorismus auf, wo fängt der Staat an? Und umgekehrt.

Jedenfalls ist die Geschichte des NSU auch eine des Verfassungsschutzes. Diese Dimension ist erst in Ansätzen enthüllt. Aber sie erklärt den massiven Widerstand staatlicher Behörden bis hinauf zur Bundesanwaltschaft gegen die Aufdeckung der Hintergründe.

V-Leute als Mörder

V-Leute, die zu Mördern werden - das wäre kein Einzelfall, wie folgendes Beispiel belegt: Im Januar 2008 tötete eine V-Person aus Rheinland-Pfalz, die auf die sogenannte Sauerland-Gruppe angesetzt war, in Heppenheim drei georgische Autohändler. Der Mann sitzt eine lebenslange Haftstrafe ab. Die Hintergründe der Tat sind ungeklärt.

Ob die Sauerland-Gruppe mit dem Polizistenmord von Heilbronn im April 2007 in Verbindung steht, wird zur Zeit im NSU-Untersuchungsausschuss von Baden-Württemberg behandelt. Aufgeflogen ist der Heppenheim-Fall nur, weil die Ermittler ebenfalls auf die DNA-Spur der "unbekannten weiblichen Person" (uwP)

gestoßen waren, die man schon beim Polizistenmord von Heilbronn gefunden hatte. Dadurch geriet der Dreifach-Mord von Heppenheim besonders in den öffentlichen Fokus und die Täterschaft der V-Person wurde bekannt. 2009 entpuppte sich die DNA-Phantom-Spur der "uwP" als die DNA einer Verpackerin, mit der die Wattestäbchen kontaminiert waren.

Zu den vielen Fragen, die bleiben, gehören auch: Wie agiert der Verfassungsschutz aktuell mit nachrichtendienstlichen Mitteln bezogen auf den NSU-Skandal? Wie agiert er im Internet, als wichtiger Plattform der Auseinandersetzung? Und wie außerhalb der rechten Szene, zum Beispiel innerhalb der linken und alternativen Szene, die ohne Zweifel ebenfalls infiltriert ist? Wie verfolgt er dort sein Ziel, die Aufklärung über seine Verstrickung in den Mordkomplex zu verhindern?

Vom Sterben der Zeugen

Auch nach dem Ende des NSU-Trios gibt es eine Reihe unnatürlicher Todesfälle

Wenn Zeugen sterben, scheint Gefahr zu herrschen. Und wenn bis heute Zeugen sterben, ist dann der NSU tatsächlich Geschichte?

Am 16. September 2013 kam es in Stuttgart zu einem spektakulären Todesfall: Der 21jährige Florian Heilig verbrannte in einem Auto. Er war ein Zeuge im NSU-Komplex, möglicherweise zum Tod der Polizeibeamtin Kiesewetter. In der Folge starben zwei weitere junge Leute, die mit Florian in Verbindung standen: Melisa Marijanovic am 28. März 2015, 20 Jahre alt, und Sascha Winter am 8. Februar 2016, 31 Jahre alt.

Die Liste toter NSU-Zeugen umfasst mindestens fünf Personen. Alle fünf starben eines nicht natürlichen Todes. Bei allen fünf sind die Todesumstände nicht restlos geklärt. Alle fünf waren jung.

Erster Todesfall: Arthur Christ, 25. Januar 2009

Der erste Todesfall ereignete sich vor der Aufdeckung des NSU-Trios Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe vom November 2011. Der mögliche Zusammenhang mit dem Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter im April 2007 in Heilbronn erschloss sich der Öffentlichkeit damals noch nicht. Die Sonderkommission (SoKo) Parkplatz der Heilbronner Kriminalpolizei jagte in jener Zeit eine vermeintliche unbekannte Täterin, deren DNA gefunden worden war. In Wahrheit ein Phantom, denn die DNA kam von einer Mitarbeiterin der Firma, die die Wattestäbchen, mit denen DNA-Spuren gesichert werden, herstellte und verpackte. Als sich das aufzuklären begann, übernahm im Februar 2009 das Landeskriminalamt (LKA) die Ermittlungen zum Polizistenmord.

Zwei Wochen zuvor, am 25. Januar 2009, wurde gegen 2 Uhr nachts auf einem

Waldparkplatz in der Nähe von Heilbronn die verbrannte Leiche von Arthur Christ gefunden. Sie lag neben seinem ausgebrannten Auto. Der Parkplatz selber heißt "Abgebrannte Eiche". Arthur war 18 Jahre alt, wohnte in Weinsberg bei Heilbronn und entstammte einer russland-deutschen Familie. Ob Mord oder Selbstmord, konnten die Ermittler nicht klären.

Heute weiß man, dass der Name Christ an mehreren Stellen in den Ermittlungsakten der SoKo Parkplatz zum Heilbronner Polizistenmord auftaucht. Der junge Mann soll, so die Bewertung der Ermittler, eine "verblüffende Ähnlichkeit" mit einem der Phantombilder gehabt haben, die die Polizei damals fertigen ließ. Nach ihren Erkenntnissen hatte Christ "offensichtlich zu Personen Kontakt, die sich nachweislich am Tatort Theresienwiese aufgehalten haben". Sein Name befindet sich auch auf einer Liste von etwa 20 männlichen Personen in den Akten. Was es mit diesen Personen auf sich hat, ist unklar. Ebenso, ob tatsächlich ein Zusammenhang mit dem Anschlag auf die zwei Polizisten besteht.

Zweiter Todesfall: Florian Heilig, 16. September 2013

Am Nachmittag des Tages, als Florian starb, sollte er vom LKA im Rahmen der NSU-Ermittlungen vernommen werden. Er hatte schon vor dem Auffliegen des Trios gesagt zu wissen, wer die Polizeibeamtin Kiesewetter ermordet hatte. Das sollen aber nicht Böhnhardt und Mundlos gewesen sein. Morgens um 9 Uhr verbrannte er in seinem Auto, das auf dem Cannstatter Wasen in Stuttgart abgestellt war. Ein Festgelände, wie die Theresienwiese in Heilbronn, wenige hundert Meter Luftlinie von LKA und Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) entfernt. Zusätzlich hatte er einen tödlichen Medikamentenmix in sich und war möglicherweise handlungsunfähig, so ein Gutachter.

Für die Staatsanwaltschaft stand schon nach wenigen Stunden fest, dass es sich um Suizid handelte. Im Dezember 2015 stellte die Staatsanwaltschaft Stuttgart das Todesermittlungsverfahren, das sie im März 2015 wieder aufgenommen hatte, erneut ein. Begründung: An der Selbsttötung gebe es keine vernünftigen Zweifel, für Fremdverschulden keinerlei Anhaltspunkte. Tatsächlich kann weder das eine noch das andere ausgeschlossen werden.

Heilig gehörte eine Zeitlang der Neonazi-Szene von Heilbronn an. Von dort gab es nicht nur Verbindungen zu Leuten, die das NSU-Trio kannten, sondern auch zu V-Leuten des Verfassungsschutzes in der rechten Szene. Einer von ihnen ist die Neonazi-Größe Markus Frntic. Heilig befand sich zum Zeitpunkt seines Todes im Aussteigerprogramm des Staatsschutzes für Rechtsextremisten (BIG REX). Er hatte damit einen konspirativen Status, der dem einer V-Person ähnlich ist.

Der NSU-Ausschuss von Baden-Württemberg ließ im September 2015 eine Hausdurchsuchung bei Familie Heilig durchführen und stellte anschließend seine Untersuchung zum Fall Florian demonstrativ ein. Die Familie des Toten hatte sich geweigert, Gegenstände aus dem abgebrannten Auto herauszugeben, u.a. einen Laptop und einen Camcorder. Die Gegenstände hatten die Angehörigen vor der Verschrottung durch die Polizei selber gesichert.

Dritter Todesfall: Thomas Richter, gefunden am 7. April 2014

Thomas Richter ist besser bekannt als V-Mann "Corelli" und wurde am 7. April 2014 in seiner Wohnung tot aufgefunden, 39 Jahre alt. Als Todesursache wird eine nicht erkannte Diabeteserkrankung angegeben, sprich: Tod durch Zuckerschock. Im Juli 2016 wurden die Todesermittlungen neu aufgenommen, nachdem ein Gutachter im Untersuchungsausschuss von NRW erklärt hatte, ein Zuckerschock könne auch durch ein Rattengift ausgelöst werden. Die Untersuchungen gestalteten sich langwierig, da das Rattengift Vacor ein flüchtiger Stoff und schwer nachweisbar ist. Aufgrund bestimmter morphologischer Veränderungen des Zellgewebes sei es aber gelungen, so die Staatsanwaltschaft Paderborn im März 2017, Rattengift als Verursacher des Zuckerschockes auszuschließen. Das Verfahren wurde erneut eingestellt.

Doch die Todesumstände bleiben merkwürdig. Der genaue Todeszeitpunkt steht nicht fest. Richter soll zwischen dem 4. und 7. April 2014 gestorben sein. Er befand sich in einem Schutzprogramm für enttarnte V-Leute und lebte unter dem Pseudonym Thomas Dellig in der Nähe von Paderborn.

Davor war er in einem Zeitraum von etwa 20 Jahren als V-Mann des Bundesamtes

für Verfassungsschutz (BfV) in der rechtsextremen Szene tätig. Sein Name stand auf der Adressliste von Uwe Mundlos, die 1998 in Jena in einer Garage gefunden wurde. "Corelli" hatte unter anderem die Ku-Klux-Klan-Gruppe von Schwäbisch Hall mit aufgebaut. Dort waren mehrere Polizisten Mitglied. Einer, Timo H., war Kollege der in Heilbronn ermordeten Polizistin Kiesewetter. Am Tattag war der Beamte selber in Heilbronn und fungierte als Gruppenleiter von Kiesewetter. 2005 übergab V-Mann "Corelli" seinem Dienst eine CD mit der Aufschrift "NSU/ NSDAP". Auch ein vom Bundestag eingesetzter Sonderermittler in Person des früheren Grünen Bundestagsabgeordneten Jerzy Montag konnte die volle Geheimdiensttätigkeit "Corellis" nicht aufklären. Im Zschäpe-Prozess in München war Richters Vernehmung als Zeuge vorgesehen.

Vierter Todesfall: Melisa Marijanovic, 28. März 2015

Bis zum September 2013 war sie die Freundin von Florian Heilig. Am 2. März 2015 wurde sie in nicht-öffentlicher Sitzung von den Abgeordneten des NSU-Ausschusses in Stuttgart befragt. Der Zeugenauftritt war wegen einer möglichen Gefährdung der jungen Frau zwischen Innenministerium und Landeskriminalamt abgestimmt worden. Der Landtag ließ sie mit einem Dienstwagen abholen und zurückbringen. Begleitet wurde Melisa von ihrem damaligen Verlobten Sascha Winter.

Bei ihrer Vernehmung im Ausschuss erklärte sie auf Fragen, Florian habe ihr gegenüber nicht von "NSU" gesprochen oder davon, zu wissen, wer die Polizistin Kiesewetter erschoss. Doch das können auch Schutzangaben gewesen sein. Wiederholt erwähnte sie, Florian habe große Angst gehabt, weil er sich aus der rechten Szene bedroht sah. Nach dem Zeugenauftritt fuhren vermehrt Streifenwagen an ihrem Haus vorbei - eine vorsorgliche Schutzmaßnahme der Polizei. Vier Wochen später, am 28. März 2015, starb Melisa, 20 Jahre jung. Ihr Lebensgefährte Sascha fand sie in der gemeinsamen Wohnung in Kraichtal.

Laut Rechtsmedizin starb Melisa an einer Lungenembolie. Die soll durch "Blutgerinnsel" verursacht worden sein. Wie diese Gerinnsel zustande kamen oder wo sie herkamen, ist allerdings nicht gesichert. Laut Gutachten der Heidelberger

Rechtsmedizin "höchstwahrscheinlich durch einen Sturz aufs Knie". Die Sportlerin war einige Tage zuvor beim Motorradsport leicht gestürzt und hatte eine kleine Verletzung über dem Knie. Melisa und Sascha waren beide im selben Motorsportclub aktiv.

Fünfter Todesfall: Sascha Winter, 8. Februar 2016

Am 8. Februar 2016 kam auch Sascha ums Leben. Er starb in derselben Wohnung wie Melisa. Weil keine natürliche Todesursache festgestellt wurde, ordnete die Staatsanwaltschaft Karlsruhe eine Obduktion an. Durchgeführt am selben Institut für Rechts- und Verkehrsmedizin in Heidelberg, das auch Melisa obduziert hatte. Nach Auskunft der Behörde habe man "keine Anhaltspunkte für Fremdverschulden" gefunden. Man gehe von einem Suizid aus. Zusätzlich gebe es zwei Abschiedsnachrichten von Herrn W., die per Handy verschickt wurden. Ob von Sascha, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Angaben über den Inhalt der Abschiedsnachricht, noch über den Empfänger, macht die Staatsanwaltschaft nicht.

Der 8. Februar 2016 war der Rosenmontag. Sascha soll sich erhängt haben. Warum dann aber die relativierende Formulierung der Staatsanwaltschaft, "alles deute auf Suizid hin"? Gefunden haben soll ihn seine neue Partnerin, die inzwischen ein Kind von ihm hat. Freunde zweifeln an seinem Suizid. Als er Melisa im März 2015 zur Befragung in den NSU-Ausschuss begleitete, legte er den Abgeordneten selber ein Foto eines, so wörtlich, "Nazis" vor, der im selben Haus wie er gewohnt hatte und der mit einem anderen "Nazi" in Heilbronn befreundet sein sollte. Zu diesem Kreis gehörte auch Florian Heilig.

Ein Nachbar, der Melisa M. und Sascha W. kannte, berichtet davon, dass Melisa nach ihrem Auftritt im Untersuchungsausschuss bedroht worden sei. Sie habe SMS-Nachrichten aus dem Ausland bekommen mit dem Inhalt, dass sie aufpassen müsse - "auf ihr Leben quasi".

Der NSU-Ausschuss von Baden-Württemberg ist zwar den Todesfällen von Florian Heilig und Arthur Christ nachgegangen, aber nicht denen von Melisa Marijanovic

und Sascha Winter. Im Fall von Melisa hieß es, das sei nicht durch den Untersuchungsauftrag gedeckt. Im Fall von Sascha sah der Ausschussvorsitzende Wolfgang Drexler (SPD) "keine Anhaltspunkte", dass "ein Unbekannter seine Hände im Spiel" hatte. Einen Bezug zum "NSU" oder der Arbeit des Untersuchungsausschusses wollte er nicht erkennen.

Sechster Todesfall: Corinna B., 2. Februar 2017

Im Februar 2017 machte der Ausschuss von sich aus den Tod einer weiteren Zeugin bekannt. Am 2. Februar, wenige Tage vor ihrer Ladung, war die 46-jährige Corinna B. gestorben. Sie lebte in einem Pflegeheim und soll nach Auskunft des baden-württembergischen Justizministeriums keines unnatürlichen Todes gestorben sein. Die genaue Todesursache erfuhr man nicht. Frau B. wurde eingeäschert.

In den 1990er Jahren zählte Corinna B. zur rechtsextremen Szene von Ludwigsburg und war zeitweise die Freundin von Hans-Joachim S., dessen Name sich auf der bekannten Adressliste von Uwe Mundlos befindet. Vor allem Mundlos und Beate Zschäpe besuchten ab Mitte der 90er bis Anfang der 2000er Jahre regelmäßig ihre Kameraden in Ludwigsburg. Bei solchen Treffen war auch Corinna B. dabei.

Am 30. Januar 2017 war sowohl Hans-Joachim S. als Zeuge vor den U-Ausschuss geladen als auch Barbara E.-N., die in den 90er Jahren ebenfalls zur rechtsextremen Szene von Ludwigsburg gehörte und deren Name gleich zweimal auf der Mundlos-Liste stand. Der Auftritt der beiden erbrachte einige interessante Einblicke in die vernetzten Neonazi-Szenen von Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen. Barbara E.-N. traf Mundlos noch im Jahre 2000 oder 2001.

Im Laufe der Ausschusssitzung wurden viele Namen genannt, die zum Teil zum NSU-Umfeld gehörten. Mehrmals fiel auch der Name Corinna B. in der Sitzung, über die im Fernsehen berichtet wurde und die einigen Staub aufwirbelte. Noch am 30. Januar beschloss der Ausschuss, Corinna B. als Zeugin zu laden. Drei Tage später starb sie. Vielleicht wirklich nur ein zeitlicher Zufall. Manchmal jedoch gibt es Zusammenhänge, die nicht etwa organisiert werden müssen, sondern die sich aufgrund von Situationen ergeben und ihre Wirkung entfalten.

20 Jahre Geschichte des Trios Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe. Der NSU-Komplex kommt in die Jahre. Zeugen sterben deshalb auch auf natürliche Weise, alters- oder krankheitsbedingt. Vielleicht zählt Corinna B. dazu.

Weitere Todesfälle: Zeugin eines Blutverschmierten

Zur Liste der Verstorbenen gehört inzwischen auch Lieselotte W. Sie war eine der wichtigsten Augenzeugen nach dem Mord an der Michèle Kiesewetter am 25. April 2007. Unmittelbar nach dem Anschlag sah sie am Tatort Theresienwiese in Heilbronn einen Mann heraneilen, dessen linke Körperseite stark blutverschmiert war und der in ein wartendes Auto stieg. Frau W. hat mit hoher Wahrscheinlichkeit einen der Täter oder Mittäter gesehen.

Nach ihren Angaben erstellte die Polizei zwei Phantombilder von dem Mann, die aber nie offiziell veröffentlicht wurden. Auffällig: Keines der Bilder hat eine Ähnlichkeit mit Böhnhardt oder Mundlos. Lieselotte W. sollte 2015 ebenfalls vor dem NSU-Untersuchungsausschuss in Stuttgart als Zeugin gehört werden. Aufgrund ihrer schweren Erkrankung wurde davon abgesehen. Sie starb am 11. Juni 2016 im Alter von 80 Jahren.

Zeuge eines Streifenwagens

Gestorben ist der Zeuge Manfred K., der am Tag des Polizistenmordes an derselben Stelle vorbeifuhr wie Frau W., nur etwa zehn Minuten früher. Er sah einen Streifenwagen zum späteren Tatort Theresienwiese hin einbiegen. Kiesewetter und Arnold waren das nicht. Am Steuer saß ein einzelner Beamter in Uniform ohne Beifahrer. Er wurde nie ermittelt. Der im Jahr 2013 im Alter von 56 an Krebs verstorbene Mann war einer von fünf Zeugen, die in den 40 Minuten vor dem Anschlag jeweils einen Streifenwagen der Polizei an oder auf der Theresienwiese bemerkt hatten. Keiner dieser Streifenwagen ist identifiziert.

Zeuge der Nagelbombe

Im April 2015 verstarb außerdem Muzaffer T., der zum Zeitpunkt der Nagelbombe

von Köln im Juni 2004 zusammen mit seinem Bruder Talat T. am Tatort Keupstraße war. Muzaffer wurde Zeuge und Opfer des Anschlages zugleich. Er wurde am Arm verletzt und kurzzeitig im Krankenhaus behandelt. Das Besondere: Talat T. war türkischer Offizier im Range eines Oberstleutnant. Die Gründe für die Anwesenheit der beiden Brüder in der Keupstraße wurden nie ganz klar. Muzaffer T. lebte in Berlin, sein Bruder Talat in der Türkei. Muzaffer starb an Krebs im Alter von 72.

Toter Gutachter

Auch ein Ermittlungsgutachter im Kiesewetter-Mord ist nicht mehr am Leben. Am 29. Juli 2016 verstarb 73jährig "nach schwerer Krankheit", wie es hieß, der Rechtsmediziner Heinz-Dieter Wehner, der unter anderem die Kopfschüsse auf die beiden Beamten Kiesewetter und Arnold rekonstruierte und zu dem Ergebnis kam, zwei Rechtshänder müssen den Anschlag verübt haben. Böhnhardt war Linkshänder. Wehner hatte außerdem die Blutspritzer von Kiesewetter auf einer Hose, die in der Wohnung des Trios in Zwickau gefunden wurde, untersucht. Er bezweifelte, dass der Träger dieser Hose die Dienstwaffe von Kiesewetter entwendet hat, weil die Hose dann noch mehr Blutflecken haben müsste, was nicht der Fall ist. Ein Indiz, das die Zwei-Täter-Theorie in Frage stellt.

Wehner war sowohl im Prozess in München als Sachverständiger geladen als auch mehrfach im Untersuchungsausschuss von Baden-Württemberg. Zuletzt im Oktober 2015. Dabei hatte er zur Überraschung unter anderem erklärt, dass das Polizeiauto, in dem die beiden Opfer niedergeschossen wurden, für seine Untersuchungen nicht mehr existierte.

Ernste Zweifel an den Todesumständen bleiben vor allem bei den jungen Zeugen, die auf "unnatürliche" Weise ums Leben kamen. Vier von ihnen starben nach dem Tod von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos und nach Beate Zschäpes Inhaftierung. Das Trio hat damit nichts tun - umgekehrt aber der Tod der vier möglicherweise mit dem NSU-Komplex. Darin liegt die Brisanz. Existiert der "NSU", was immer er ist, bis heute?

Der Fall Edathy - Operation Edathy?

Der Vorsitzende des ersten NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag ist politisch und gesellschaftlich erledigt

Vom früheren SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy, einst ernsthafter Kandidat für den Posten des Innenministers, bleiben in den Geschichtsbüchern zwei Marken mit entgegengesetzten Vorzeichen. Ein positives: Er leitete den ersten NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages, der die Tür zu den Sicherheitsbehörden öffnete und ihre Verstrickung in die Mordserie sichtbar machte. Und ein negatives: Seine Karriere endete abrupt, weil er in den Verdacht der Kinderpornografie kam.

Die Frage ist: Gibt es einen Zusammenhang zwischen beidem? Hat der Umgang mit Edathy etwas mit seiner kritischen Rolle im U-Ausschuss zu tun? Sollte der Aufklärer nachträglich abgestraft werden? War der Kinderporno-Vorwurf das Vehikel dafür oder muss man ihn separat beurteilen? Tatsächlich existieren bemerkenswerte Verquickungen zwischen den beiden Feldern.

Nur wenige Wochen nach der Aufdeckung des "NSU", begann im Januar 2012 der erste Untersuchungsausschuss des Bundestages mit seiner Arbeit und schloss sie im August 2013 ab. Bei der Bundestagswahl im September 2013 errang Edathy für die SPD erneut ein Direktmandat. Doch kaum im Parlament begann sein politischer Abstieg, an dem jede Menge Personal aus Politik und Sicherheitskreisen beteiligt war. Zum Verhängnis wurde Edathy die zweite Geschichte, die Jahre vorher begonnen hatte und eigentlich beendet war. Zwischen 2005 und 2010 hatte er bei einem kanadischen Händler Bilder und Filme sexuellen Inhalts bestellt. Von Juli 2014 bis November 2015 war der frühere Abgeordnete dann selber Gegenstand eines Untersuchungsausschusses im Bundestag. Edathy lebt mittlerweile nicht mehr in Deutschland.

Nun der Reihe nach. Zunächst zum NSU-Ausschuss. Das Gremium, das sich

ausdrücklich mit den Sicherheits- und Ermittlungsbehörden befassen sollte, lud unter der Leitung von Edathy die Nomenklatur des Sicherheitsapparates vor: Verantwortliche aus Nachrichtendiensten, Polizei, Staatsanwaltschaften, Ministerien. Bei deren Befragungen trat Edathy mit am respektlosesten auf.

"Das ist unverschämt!"

Den früheren BND-Präsidenten und Staatssekretär des Bundesinnenministeriums (BMI), August Hanning, konfrontierte er zum Beispiel so. Edathy: "Wie viele Fälle gab es in jenen Jahren, in denen so erfolglos ermittelt wurde, wie bei den Ceska-Morden?" - Antwort Hanning: "Es war der einzige." - Edathy: "Hätte man einen anderen Ermittlungsweg beschritten, wenn nicht neun ausländische Kleinhändler ermordet worden wären, sondern neun Vorstände von großen Unternehmen oder Banken?" - Hanning: "Wenn wir neun ermordete Polizisten gehabt hätten, hätten wir dann einen Untersuchungsausschuss gehabt?" - Edathy: "Wie kommen Sie auf die Idee, wir hätten keinen Ausschuss, wenn neun Polizisten ermordet werden würden? Das ist unverschämt." - Hanning: "Das weise ich zurück. Das ist nicht unverschämt."

Edathy schonte auch Parteigenossen der SPD nicht. Die Befragung des früheren Innenministers von Nordrhein Westfalen, Fritz Behrens, zur Nagelbombe von Köln lief so ab. Edathy: "Mit wie vielen Anschlägen dieser Art hatten Sie es in Ihrer Amtszeit zu tun?" - Behrens: "Es war der einzige dieser Art." - "Haben Sie mit Opfern gesprochen?" - "Nein." - "Wie viele Nägel hatte die Bombe?" - "Kann ich nicht beantworten." - "Tausend. Wie lang waren die Nägel?" - Weiß ich nicht." - "Zehn Zentimeter. Der türkische Botschafter besuchte die Keupstraße und nannte den Anschlag eine terroristische Tat. Fragte er Sie, ob Sie mitkommen?" - "Ich erinnere mich an keine solche Anfrage." - Eva Högl, SPD: "Hätten Sie als Innenminister nicht zur Keupstraße hinfahren sollen?" - Behrens: "Im Nachhinein ja, man hätte es besser tun sollen. Als Innenminister stellt man sich immer die Frage: Wann geht man vor Ort? Wann stellt sich die politische Notwendigkeit, Betroffenheit zu zeigen?" - Edathy: "Politische Notwendigkeit, Betroffenheit zu zeigen: Wie kann ich diesen Satz verstehen?" - Behrens: "Den Bewohnern der Keupstraße seine Betroffenheit zu zeigen, wäre sicher nötig gewesen."

Rauswurf eines Verfassungsschützers

Oder: Peter Jörg Nocken, von 1997 bis 2001 Vize-Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Thüringen, wurde von Edathy aus dem Ausschuss geworfen, weil er als Zeuge eine lange Rechtfertigungsrede auf das Amt hielt. Wie ein Schulkind, das seine Hausaufgaben nicht gemacht hat, wurde der Verfassungsschützer nach Hause geschickt und musste später ein zweites Mal erscheinen.

Edathy legte sich im Ausschuss mit dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes (BKA), Jörg Ziercke, an und geriet vor allem mit dem Staatssekretär im Bundesinnenministerium und früheren Vizepräsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Klaus-Dieter Fritsche, CSU, hart aneinander. Beim Auftritt Fritsches vor dem NSU-Untersuchungsausschuss war es zum Eklat gekommen. Edathy unterbrach die Sitzung, nachdem der Staatssekretär dem Ausschuss schwere Vorwürfe machte, das Gremium frontal angriff und ihm seine Kompetenzen absprach. Fritsche hatte sich gegen "Hohn und Spott, der über einen ganzen Berufszweig von Polizisten und Verfassungsschützern niedergehe", verwahrt. Er bezeichnete es als "skandalös und gefährlich", wenn unterstellt werde, "staatlicherseits werde systematisch vertuscht und gegen Rechtsextremismus nicht mit voller Kraft vorgegangen". Er reklamierte, dass "auch für die Untersuchungsausschüsse der allgemeine Vorbehalt verfassungsrechtlicher Grenzen gelte", worunter die "Daten der Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden" fielen. Alles gipfelte in der Aussage Fritsches: "Auch die Funktionsfähigkeit und das Wohl des Staates und seiner Behörden ist in einem Kernbereich besonders geschützt. Es dürfen keine Staatsgeheimnisse bekannt werden, die ein Regierungshandeln unterminieren." Der Regierungsvertreter verlangte nicht weniger als die Unterordnung der Legislative unter die Exekutive.

Das ereignete sich am 18. Oktober 2012 und prägt seither die gesamte Auseinandersetzung um die Aufklärung der NSU-Hintergründe. Exakt ein Jahr später sollte die Demontage des Ausschussvorsitzenden Edathy eingeleitet werden. Und die Namen Ziercke und Fritsche sollten dabei erneut an zentraler Stelle auftauchten.

Edathy entlarvte gegenüber der Presse außerdem den Chemnitzer Rechtsextremisten und Zschäpe-Freund Thomas Starke als V-Person des Landeskriminalamtes Berlin. Und er offenbarte, dass der V-Mann Corelli bis Ende 2012 im Dienst des BfV stand und von diesem versteckt gehalten wird. Ein Abgeordneter, der seinen Auftrag ernst nahm, aber gerade dadurch den Sicherheitsapparat reizte.

Edathys Kehrtwende

Umso irritierender dann, dass Edathy im Frühsommer 2013, just als in München der NSU-Prozess begann, die große Kehrtwende vollzog, indem er erklärte: Der Ausschuss habe keine Anhaltspunkte dafür gefunden, dass irgendeine Behörde an den Taten des NSU beteiligt gewesen sei oder sie auch nur billigte. Eine Formulierung, die im Widerspruch zur eigenen Aufklärungsarbeit des Ausschusses stand, alle zutage geförderten Ungereimtheiten und Verdachtsmomente wegbügelte und Beobachter die Frage stellen ließ: Warum tut er das? Der Ausschuss jedenfalls schwenkte auf diese Linie ein.

Die Aufklärung ging aber ihren Weg und der aktuelle NSU-Ausschuss Nr. 2 unter Leitung von Clemens Binninger, CDU, hat diese Selbstbeschränkung von damals nicht nur hinter sich gelassen, sondern stellt weitergehende Fragen: Kennen wir dieses NSU-Netzwerk wirklich? Kennen wir alle Unterstützer? Kennen wir eigentlich den Kopf schon?

Hat Edathy damals freiwillig zurückgerudert? War ihm bewusst, wie weit er gegangen war? Hatte man ihn "gewarnt"?

Die Frage stellt sich auch rückblickend, weil nur wenige Monate später das Drama um den Aufklärer begann und der Held tief fiel. Bekannt wurde alles erst im Februar 2014. Am 7. Februar 2014 gab Edathy überraschend sein Bundestagsmandat zurück. Er begründete das mit gesundheitliche Problemen. Am 10. Februar und danach durchsuchte die Staatsanwaltschaft Hannover seine Wohnungen in Niedersachsen und Berlin sowie sein Abgeordnetenbüro. Edathy wurde mit Kinderpornografie in Verbindung gebracht - und war damit bereits

politisch wie gesellschaftlich erledigt. Der Grundsatz "In dubio pro reo" - im Zweifel für den Beschuldigten - galt für ihn nie.

Unversöhnliche Exekutive?

Hatte die Exekutive ihm nicht verziehen, dass er sie gereizt und vorgeführt hat? Wurde ein Abgeordneter wegen seiner Aufmüpfigkeit geopfert? Sollte ein Exempel statuiert werden, um andere Abgeordnete einzuschüchtern? Durch den Untersuchungsausschuss des Bundestages, der im Juli 2014 zum Fall Edathy eingesetzt wurde, sind die Abläufe einigermaßen bekannt, wenn auch nicht restlos geklärt: Was wann wie durch wen?

Dieser Ausschuss hatte nicht nur den Auftrag herauszufinden, ob Edathy Kinderpornografie konsumiert hatte, sondern auch, wer ihn über die Ermittlungen gegen ihn informierte. Ermittlungen, die im Oktober 2013 eingeleitet worden waren. Dazu unten mehr.

Die Vorgeschichte ist die: In den Jahren 2005 bis 2010 hatte Edathy im Internet bei der Firma Azov-Films in Kanada Nacktfotos von Jugendlichen und jungen Erwachsenen bestellt. Die Abgebildeten waren, wie man heute weiß, im Alter zwischen 15 und 20 Jahren. Zumindest dieses Material fiel nicht unter "Kinderpornografie". Vielleicht moralisch verwerflich, aber nicht strafbar.

Bei seinem Auftritt in der Bundespressekonferenz im Dezember 2014 hat sich Edathy dafür gegenüber der Öffentlichkeit entschuldigt. "Es war sicherlich falsch, diese Filme zu bestellen", erklärte er, "aber es war legal." Er hatte die Bilder unter seinem richtigen Namen von zuhause aus bestellt, mit seiner eigenen Kreditkarte bezahlt, an seine Wohnadresse liefern lassen. Alles ganz offen, nicht konspirativ, offensichtlich ohne Unrechtsglauben.

Kinderporno-Ermittlungen

Doch dann ermittelte die kanadische Polizei gegen einen internationalen Kinderpornoring und auch gegen den Internet-Händler Azov-Films. Die

Ermittlungen trugen den Namen "Operation Spade" (deutsch: Spaten). Dem BKA wurden die deutschen Kunden von Azov-Films übermittelt, etwa 900 an er Zahl, unter ihnen Edathy. Aber auch ein hoher Beamter des BKA stand als Kunde darauf.

Die Übermittlung der Daten aus Kanada begann im November 2011. Im Januar 2012 war sie abgeschlossen und das BKA begann mit der Sichtung. Diese deutschen Ermittlungen bekamen den Namen "Operation Selm", benannt nach der Stadt Selm in Nordrhein Westfalen, wo es eine Polizeihochschule gibt. Dort soll den Ermittlern eine Festplatte mit Daten übergeben worden sein - deshalb OP Selm. Im Juli 2012 hatte das BKA die deutsche Kundenliste abgeklärt, also auf Strafbarkeit hin überprüft. Die Daten zu Sebastian Edathy galten als "nicht einschlägig", will heißen: Das bestellte Material war nicht strafbar. Und umgekehrt: Unter den strafbaren Tatbeständen gab es "keinen Treffer zu Edathy". Kein Delikt, also auch keine Ermittlungen.

Das änderte sich ein Jahr später. Am 15. Oktober 2013 soll ein BKA-Mann den Namen Edathy erneut auf jener Kundenliste entdeckt haben. Im Gegensatz zu 2012 wurde nun ein Ermittlungsvorgang gegen den Bundestagsabgeordneten eröffnet. Der ging am 18. Oktober 2013 vom BKA an die Staatsanwaltschaft Hannover und an die Generalstaatsanwaltschaft in Celle.

Erst nicht verfolgt, dann doch

Wie kann es sein, dass das BKA zwei Jahre lang davon wusste, dass Edathy auf einer Nacktbilder-Kundenliste stand, ohne dass gegen ihn vorgegangen wurde? So wurde die Frage später gestellt - suggestiv und vorverurteilend. Man kann sie aber auch anders herum stellen: Warum wurde nun auf einmal verfolgt, was zwei Jahre zuvor nicht verfolgt wurde, weil es eben nicht verfolgenswert war?

Der Start der Aktion muss einige Tage vor dem 18. Oktober 2013 erfolgt sein. Parallel zu den Ermittlungsinstanzen lief innerhalb der politischen Nomenklatur in Bundestag und Bundesregierung eine Informationskette über das Ermittlungsverfahren gegen Edathy. Wer den Anfang machte, ist nicht ganz klar und war im Edathy-Untersuchungsausschuss schwer umkämpft. Den Kopf der

Kette bildete nach allem, was man weiß, der Staatssekretär im Bundesinnenministerium (BMI), Klaus-Dieter Fritsche. Fritsche soll bereits am 4. Oktober 2013 seinen Innenminister Hans-Peter Friedrich informiert haben - also vor Eröffnung des Ermittlungsvorganges. Vom Bundesinnenministerium erreichte die Information den SPD-Vorsitzenden und baldigen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel. Von dort den designierten Außenminister Frank-Walter Steinmeier, außerdem SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann und noch ein paar weitere Sozialdemokraten. Friedrich kostete sein Verhalten das Amt. Nach Bekanntwerden der Affaire Edathy trat er am 14. Februar 2014 zurück.

Edathy wurde konspirativ informiert

Edathy selber will von den Ermittlungen gegen sich, die wie erwähnt Mitte Oktober 2013 begannen, erst Mitte November 2013 durch seinen Parteigenossen und Abgeordnetenkollegen Michael Hartmann erfahren haben. Der wiederum, so Edathy, will von keinem geringeren als BKA-Präsident Ziercke, ebenfalls SPD-Mitglied, informiert worden sein. Edathy will aber keine Details des Ermittlungsverfahrens gekannt haben, sondern nur, wo sich der Ermittlungsvorgang gerade befand.

Sowohl Hartmann als auch Ziercke bestritten diese Darstellung vor dem U-Ausschuss vehement, aber wenig glaubhaft. Edathys Auftreten dagegen war widerspruchsfrei und zudem durch eine eidesstattliche Versicherung untermauert. Jedenfalls muss er über das Ermittlungsverfahren im Bilde gewesen sein, denn sein Anwalt erkundigte sich Ende November 2013 bei der Staatsanwaltschaft Hannover über mögliche Ermittlungen gegen seinen Mandanten, hatte also Vorwissen.

Der Untersuchungsausschuss unter Leitung der SPD-Abgeordneten Eva Högl, die wie Edathy auch im ersten NSU-U-Ausschuss gesessen hatte, übergab später die sich widersprechenden Zeugenaussagen von Hartmann und Edathy der Staatsanwaltschaft Berlin. Die leitete im September 2015 gegen Hartmann ein Ermittlungsverfahren wegen falscher uneidlicher Aussage vor dem Untersuchungsausschuss ein. Es wurde im Mai 2016, weit nach dem Ende des Ausschusses, ergebnislos eingestellt. Hartmann war aber daran vorbeigekommen,

vom Ausschuss erneut kritisch befragt zu werden. Er hatte bei seiner zweiten Vorladung die Auskunft verweigert.

Wenn man davon ausgeht, dass die Version von Edathy stimmt und er über das Ermittlungsverfahren in Kenntnis gesetzt wurde, stellt sich die Frage, warum das geschah. Wurde der Abgeordnete Edathy gewarnt, um zum Beispiel Beweise verschwinden lassen zu können? Oder wurde mit seiner Informierung ein anderer Zweck verfolgt?

Nach seinem Sturz wurden in der Öffentlichkeit verschiedene Mutmaßungen angestellt. Eine lautet: Hatte man Edathy bewusst zum Vorsitzenden des NSU-Ausschusses gemacht, um ihn gegebenenfalls wegen seiner sexuellen Orientierung erpressen und zu Wohlverhalten zwingen zu können? War seine Nacktbilder-Bestellung bereits bemerkt worden, zum Beispiel in Sicherheitskreisen?

Plausibler erscheint folgendes Szenario: Edathy wurde im Herbst 2013 politisch isoliert, um ihn aus der Politik und der Öffentlichkeit zu drängen. Der tatsächliche Grund waren nicht seine Bestellungen von sexuell codierten Fotos Jugendlicher, sondern seine kritischen Rolle im NSU-Untersuchungsausschuss. Die Ermittlungen gegen Edathy waren nur das Mittel, ihn zur Aufgabe zu bewegen. Dazu mussten sie eingeleitet werden. Ihn über diese Ermittlungen zu informieren, war Teil des Plans. Genauso wie, ihm zu unterbreiten, wer alles in der Partei davon wusste. Ihm sollte seine Aussichtslosigkeit demonstriert, und er so zum Aufgeben bewegt werden.

Edathy selber spricht interessanterweise nicht davon, Opfer einer politischen Intrige geworden zu sein. Für ihn handelte es sich offenbar um politische Machtlogiken.

Edathy wurde isoliert

Die Rolle des Übermittlers hatte Michael Hartmann. Edathy glaubt an einen Freundschaftsdienst des Kollegen, wie er im Ausschuss ausführte. Er benutzte bei seiner Vernehmung aber auch die Formulierung, Hartmann sei ihm wie "der Bote" vorgekommen. Und dass der wiederum als seine Quelle den BKA-Präsidenten

genannt habe, machte die Sache für Edathy umso glaubwürdiger und ernster: "Das hat mir die Bedeutung gezeigt."

Edathy war auch unabhängig von den strafrechtlichen Ermittlungen innerhalb der SPD-Fraktion isoliert. Die Fraktionsspitze hatte ihn für keinen wichtigen Posten im Parlament oder der sich abzeichnenden Regierungsbeteiligung vorgesehen.

Der Plan, wenn es ihn gab, ging auf. Edathy gab sein Abgeordnetenmandat zurück. Doch damit leistete er fatalerweise dem finalen Schachzug Vorschub. Er verlor seine Immunität und nun konnte die Staatsanwaltschaft problemlos die Hausdurchsuchungen gegen ihn beginnen.

Sollten die NSU-Aufklärer abgeräumt werden? Edathy erwähnte im Ausschuss eine SMS, die er im Herbst 2013 vom CDU-Abgeordnetenkollegen Clemens Binninger erhalten habe. Binninger war im NSU-Ausschuss so etwas wie die rechte Hand von Edathy und ebenfalls ein konsequenter Fragensteller. Bei ihm sehe es gerade nicht so gut aus, habe Binninger geschrieben und sich nach ihm erkundigt. Einige Kollegen hätten sich schon gewundert, dass er bei der Postenvergabe nicht berücksichtigt worden sei.

Auch Binninger bekam innerhalb der CDU keinen Posten in der Regierung. Er konnte sich aber im Parlamentsbetrieb halten, wurde sogar Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr), das die Geheimdienste kontrollieren soll, und brachte Ende 2015 zusammen mit Irene Mihalic (Grüne) und Petra Pau (Linke) den NSU-Ausschuss II auf den Weg, der seither erfolgreich das Narrativ der Bundesanwaltschaft in Frage stellt, die Täter bei allen NSU-Taten seien ausschließlich Böhnhardt und Mundlos gewesen. Allerdings ist es Binningers letzte Legislaturperiode. Er zieht sich zurück und kandidiert nicht mehr zum nächsten Bundestag. Der NSU-Skandal gleichwohl schwelt weiter. Ist auch der CDU-Sicherheitspolitiker an Grenzen gekommen?

Edathy-Untersuchungsausschuss

Gab es einen Zusammenhang der Sex-Handel-Affäre um Edathy mit dessen Rolle

im NSU-Untersuchungsausschuss? Tatsächlich taten sich im Edathy-Ausschuss sowohl verblüffende Berührungspunkte auf, als auch Entlastungen.

Da ist zum Beispiel Christian Hoppe, Kriminaldirektor im BKA. Hoppe war in den Jahren 2011 bis Januar 2014 Leiter des für Sexualdelikte zuständigen Referates beim BKA. Er hat die skizzierten Ermittlungsabläufe zu verantworten und im Edathy-Ausschuss vorgetragen.

Doch gleichzeitig existiert in der Person von Hoppe eine unmittelbare Verbindung zum NSU-Komplex wie zum früheren NSU-Untersuchungsausschuss, den der Abgeordnete Edathy so unerschrocken leitete. Von Januar 2006 bis Ende 2009 war Hoppe im BKA Chef der Ermittlungsgruppe (EG) "Ceska", die neben mehreren Landeskriminalämtern und lokalen Mordkommissionen die Tötungsserie an den neun türkischen und griechischen Männern untersuchte. Die BKA-Ermittler blieben dabei bis zuletzt auf "organisierte Kriminalität" (OK) fokussiert. Ein rechtsextremistischer Hintergrund wurde nicht angenommen. Im Mai 2012 wurde Hoppe als Zeuge vom NSU-Ausschuss in Berlin kritisch nach den BKA-Ermittlungen befragt.

Dass dieselbe Person auf beiden Feldern eine Rolle spielte - wieder nur Zufall? Wie wurde der Kinderporno-Vorwurf gegen Edathy im Amt aufgenommen? Wollte beispielsweise Armin Schuster (CDU) wissen, der mit Edathy im NSU-UA zusammengearbeitet hatte. "Mit Betroffenheit", erklärte Hoppe, plötzlich sei allen der Zusammenhang mit dem NSU in den Köpfen gewesen. Dennoch sei es für ihn nur ein "Zufall", den man aber, ergänzte er, "wahrscheinlich schwer erklären kann".

In keiner Weise tatverdächtig

Zwei andere Zeugen - ein Staatsschützer und ein Personenschützer des BKA - hatten mit Ermittlungen zu tun, die sich im Dezember 2012 ergaben. In der Nacht auf den 6. Dezember 2012 zersprengte ein Knallkörper den Briefkasten Edathys an seinem Wahlkreisbüro. Als Vorsitzender des politisch brisanten NSU-Ausschusses war Edathy eine Schutzperson. Die Ermittler fragten auch das interne Infosystem des BKA ab, das sog. Vorgangsbearbeitungssystem, kurz VBS. Jedoch: Es habe eben

keinen Sachverhalt gegeben, nach dem Edathy in irgendeiner Weise tatverdächtig gewesen wäre, erklärte einer der BKA-Leute vor dem Ausschuss. Das heißt: Edathys Kauf von Bildern nackter Jugendlicher war in der Datei, weil keine Straftat, nicht registriert.

Wurde ein paar Monate später daraus eine gemacht, weil Edathy kriminalisiert werden sollte? Bemerkenswerter Weise ging die Erklärung des BKA-Mannes, gegen Edathy habe es "keinerlei Tatverdacht" gegeben, dem Regierungsvertreter im Ausschuss zu weit: "Wir entfernen uns vom Untersuchungsgegenstand", warf der an dieser Stelle ein. Und Eva Högl, die Ausschussvorsitzende, stimmte "vollumfänglich" zu, wie sie betonte. Eine Entlastung Edathys schien nicht ins Konzept einiger Mitglieder dieses Gremiums zu passen.

Auch der Zeugenauftritt von Jörg Ziercke, der kurz zuvor aus dem Amt als BKA-Präsident ausgeschieden war, lieferte Motive für eine mögliche Abrechnung mit dem respektlosen Abgeordneten Edathy.

Ziercke war im NSU-Ausschuss kritisch befragt worden - am 28. Juni 2012 - und mit Edathy an einander geraten. Der BKA-Präsident hatte unter anderem allen Ernstes behauptet, die Auslobung von 300 000 Euro habe dazu beigetragen, dass die Mordserie, "was den rassistischen Ansatz anging", beendet wurde. Edathy bezeichnete das als Spekulation.

Zeuge Jörg Ziercke: "Sie müssen es zumindest bewerten, Herr Vorsitzender." - Vorsitzender Sebastian Edathy: "Na ja, Herr Ziercke, wir sind hier in der Bewertung frei als Parlamentarier. Sie sind hier als Zeuge geladen. Sie sind hier geladen, um über einen abgeschlossenen Zeitraum zu berichten. Ich nehme es zur Kenntnis, dass Sie hier gerade nahegelegt haben, dass die vermeintlich gute Arbeit der BAO "Bosporus" dazu geführt hätte, dass 2006 die rassistisch motivierte Mordserie beendet worden sei. Das ist interessant, halte ich für hochspekulativ. Ich weiß nicht, wie Sie dazu kommen, eine solche Aussage hier im Rahmen einer Zeugenbefragung zu treffen." - Ziercke: "Sie haben mich doch gefragt nach 2004, 2006. Da war ich doch im Amt. Ich habe mir doch Gedanken gemacht über das Ganze. Ich habe doch Gespräche geführt. Ich habe mich doch ständig mit meinen Kollegen über

diesen Fall unterhalten." - Edathy: "Ja, ich wundere mich auch, Herr Ziercke. Also, Sie sind ja nicht dafür da als Zeuge, zu spekulieren, sondern uns Auskunft zu geben ..."

Soweit Originaltext NSU-Ausschuss.

"Herabsetzung von BKA-Mitarbeitern"

Im Edathy-Ausschuss zweieinhalb Jahre danach erging sich der frühere BKA-Präsident in regelrechten Ausfälligkeiten gegenüber Edathy. "Arroganz", "Interesselosigkeit am anderen", "Respektlosigkeit", "Herabsetzung von BKA-Mitarbeitern" warf Ziercke ihm vor, artikulierte seinen "Hass" und seine "Abscheu", übte sich in breiten Spekulationen über "Pädophilie" und "Typologien von Pädophilen", um sofort einzuschränken: "Ob er das ist, weiß ich nicht" und alsbald eine neue Kehrtwendung zu vollziehen: "Ich weiß nicht, wie lange er schon auf diesem Feld unterwegs ist."

Es war niedrigstes Stammtischniveau, eine regelrechte Selbst-Demaskierung: So also spricht die Nomenklatur des Sicherheitsapparates, wenn sie in der Enge ist. Doch gleichzeitig erschien damit die Vorstellung realer, dass ein Störenfried abgestraft werden sollte.

Der Umgang mit dem aussätzigen Genossen, das mutwillige Bemühen, ihn zu stigmatisieren, reichte in der SPD-Fraktion bis zur Selbstbeschädigung. Das betraf nicht nur den MdB Michael Hartmann, sondern auch die Ausschussvorsitzende Eva Högl. Einmal stützte sie erst die Aussage ihres Kollegen Hartmann, Ziercke sei auf seiner Geburtstagsparty gewesen, danach die Aussage des Ex-BKA-Präsidenten, der das widerlegen konnte. Högl hatte im offensichtlichen Versuch, beiden Zeugen zu helfen, zwei sich widersprechende Aussagen gestützt und damit selber eine Falschaussage getan. Als das im Ausschuss bemerkt wurde, erklärte sie, sich "etwas salopp und missverständlich" ausgedrückt zu haben, ein "Drama" sei das aber nicht. Strenggenommen war Högl als Vorsitzende nicht mehr tragbar, doch eine Ausschussmehrheit sah das nicht so.

Seltener Einblick in den Parlamentsbetrieb

Vor allem durch Edathy, der als Gefallener nichts mehr zu verlieren hatte und frei reden konnte, bekam die Öffentlichkeit seltene und tiefe Einblicke in den machiavellistischen, sprich: am Machterhalt orientierten Politik- und Parlamentsbetrieb. So legte Edathy zum Beispiel offen, dass die SPD-Redner in der aktuellen Stunde zu seinem Fall im Februar 2014 ihre Reden vorher der Fraktions- und Parteispitze vorlegen mussten. Das betraf die Abgeordneten Eva Högl, Sönke Rix und Burkhard Lischka.

Das Ausschussmitglied Irene Mihalic reagierte geistesgegenwärtig und beantragte die sofortige Vernehmung dieser Personen als Zeugen. Stellvertretend für alle begnügte man sich mit Lischka, dem innenpolitischen Sprecher der Fraktion, und ließ ihn direkt in die Ausschusssitzung kommen. Zuerst verneinte er. Doch dann erklärte er, sein Redemanuskript "dem Planungsstab" der Fraktion vorgelegt zu haben. Dort sollte geschaut werden, ob es nicht Überschneidungen gebe. Damit war einmal bestätigt: Es müssen doch alle Skripte vorgelegt worden sein. Was aber ist der "Planungsstab"? Das wollten mehrere Abgeordnete wissen. Und nun wurde es atemberaubend. "Das kann ich auch nicht erklären", antwortete Lischka, "ich kenne das auch erst seit heute Abend von meinem Bürovorsteher. Das war zwischen Tür und Angel." Das hieß: "Planungsstab", damit ist die Fraktionsspitze gemeint. Für Irene Mihalic war danach klar: "Lischka sagt dasselbe wie Edathy, nur mit anderen Worten."

Augenscheinlich hatte eine Fraktion versucht, eine Zeugenaussage vor einem Untersuchungsausschuss zu manipulieren. Auf diese Weise zerstören Parlamentsvertreter ihre eigenen Instrumente. Und sie zerstören die innerparteiliche Demokratie. Redeentwürfe frei gewählter Abgeordneter der Fraktionsspitze vorlegen zu lassen - das trägt "stalinistische" Züge, zeigt aber, wie brisant und heikel die Causa Edathy für die SPD-Oberen offensichtlich war.

Hatte Edathy Kinderpornos?

Hat Sebastian Edathy Kinderpornos gekauft und besessen? Die Frage ist nicht

eindeutig geklärt. Bei der Hausdurchsuchung im Februar 2014 wurde nichts Entsprechendes gefunden. Bei der Durchsuchung von Edathys Büro im Bundestag, wollen die Ermittler Daten gesichert haben darüber, dass von Edathys Rechner, einem Laptop, ein Film heruntergeladen wurde, der Kinderpornografie entspreche. Das soll am 1. November 2013 geschehen sein, über den Bundestagsserver. Bis zum 12. Februar 2014 sei das dann über Edathys Internetzugang noch sechsmal passiert. Ist jemand, der weiß, dass gegen ihn wegen Kinderpornografie ermittelt wird, derart unvorsichtig?

Seinen dienstlichen Laptop, auf den die kinderpornografischen Bild- und Videodateien heruntergeladen worden sein sollen, meldete Edathy am 12. Februar 2014 als gestohlen. Er soll ihm am 31. Januar 2014 bei einer Bahnfahrt nach Amsterdam abhanden gekommen sein.

Wichtig zum Verständnis des Vorganges Edathy ist aber: Der handfeste Verdacht auf Kinderpornografie ergab sich erst Mitte Februar 2014, lange nachdem die Operation Edathy im Oktober 2013 in Gang gesetzt worden war.

Prozess gegen Geldauflage eingestellt

Vor dem Landgericht Verden begann im Februar 2015 der Prozess gegen Edathy. Dort hätte man im Rahmen der Beweisaufnahme erfahren können, wie schwerwiegend und gesichert der Vorwurf "Kinderpornografie" der Staatsanwaltschaft tatsächlich war. Dazu kam es nicht. Das Verfahren wurde Anfang März 2015 gegen die Zahlung von 5.000 Euro eingestellt. Offensichtlich wog der Schuldvorwurf gering. Das Gericht sprach in seiner Presseerklärung von einer "geständigen Einlassung" des Angeklagten. Der jedoch widersprach entschieden, mit der Zahlung sei "kein Geständnis" verbunden. Vorbestraft ist Edathy jedenfalls nicht.

Aber politisch und gesellschaftlich erledigt. Er führe ein Leben im Ausnahmezustand, habe kein soziales Umfeld und kein Zuhause mehr, sagte der heute 47-Jährige vor der nationalen und internationalen Presse im Dezember 2014. Den Politiker Edathy gebe es nicht mehr. Dies sei sein letzter großer Auftritt in

Berlin.

Der Parteivorstand wollte Edathy aus der SPD ausschließen. Man einigte sich auf einen Kompromiss. Er bleibt Mitglied, lässt seine Mitgliedschaft aber fünf Jahre ruhen.

Sebastian Edathy hält sich vorwiegend im Ausland auf. Bekannt wurde, dass er Ende Dezember 2016 seinen Lebensgefährten geheiratet hat.

In der Folge der Edathy-Affaire kam es zu einer Vielzahl weiterer Ermittlungsverfahren verschiedener Staatsanwaltschaften gegen Politiker, Journalisten und sogar Staatsanwälte: Durch die Staatsanwaltschaft Lüneburg zum Beispiel gegen Sigmar Gabriel, Thomas Oppermann und Frank-Walter Steinmeier (alle SPD) wegen des Verdachts der Strafvereitelung. Durch die Staatsanwaltschaft Bückeburg gegen den Leitenden Oberstaatsanwalt von Hannover wegen Verdacht auf Geheimnisverrat. Durch die Staatsanwaltschaft Göttingen gegen den Generalstaatsanwalt in Celle wegen Verdacht auf Verletzung von Dienstgeheimnissen. Alle Verfahren wurden eingestellt. Ein Großteil der Akten ist als geheim eingestuft.

NSU - Die doppelte Vertuschung

Vor 2011 sollten die Täter der Mordserie nicht gefunden werden. Nach 2011 sollen es nur zwei gewesen sein

Der NSU-Komplex gleicht einem wachsenden Gebirge. Er umfasst inzwischen Millionen Aktenseiten. Jede Woche kommen hunderte neue dazu. Immer noch finden Ermittlungen und Zeugenvernehmungen statt. Zig Untersuchungsausschüsse arbeiten parallel und produzieren Zeugenprotokolle um Zeugenprotokolle und Abschlussberichte wie aktuell den des NRW-Ausschusses mit über 1000 Seiten. Im Prozess in München werden seitenweise Anträge formuliert und seitenweise Anträge abgelehnt. Jeden Tag Presseartikel.

Tausende von Zeugen sind auf irgendeine Weise involviert, Namen über Namen. An Dutzenden von Tat- und Ereignisorten spielt sich die Geschichte ab. Der Prozess in München und die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse zählen dazu, immer neue Handlungsebenen ergeben sich.

Niemand hat den Überblick

Es gibt niemanden, der in diesem Gebirge den Überblick behalten kann. Auch nicht die Bundesanwaltschaft, die die Regie über die Ermittlungen beansprucht. Einer ihrer Vertreter wählte in einem U-Ausschuss ein ganz ähnliches Bild: "Wir haben in eine schwarze Schlucht geschaut."

Das Irritierende sind die gegenläufigen Bewegungen: Je mehr man sich dem Problem nähert, desto weiter scheint es sich zu entfernen. Je mehr man weiß, desto undurchschaubarer wird alles.

Eine unheimliche Gewissheit hat sich eingestellt: Zwischen den Bemühungen um Aufdeckung und ihrer Erfolglosigkeit besteht ein Zusammenhang. Die Aufklärungsarbeit wird im selben Maße unterdrückt, wie sie gesteigert wird. Je mehr Mittel zur Aufklärung, desto mehr auch zur Vertuschung. Es kommt einem

vor wie ein Wettrüsten, ein eskalierender Machtkampf.

Die Geschichte des NSU-Mordkomplexes ist die einer doppelten Vertuschung. Zuerst, vor dem 4. November 2011, sollten die Täter nicht gefunden werden. Dann, nach dem Auffliegen des NSU am 4. November 2011, sollen es nur zwei Männer gewesen sein, denen eine Frau geholfen hat.

Doch die Erkenntnis nach über fünf Jahren Anstrengungen Dutzender von Anwälten, Journalisten, Abgeordneter und auch einigen wenigen Polizisten, Licht ins Dunkel zu bringen, ist: Die offizielle Version stimmt nicht. So, wie es die Bundesanwaltschaft darstellt, war es nicht.

Nur: Wie es war, das kann bisher nicht dargestellt werden.

Der Machtkampf um Aufklärung oder Unterdrückung ist nicht entschieden. Er verläuft gleichfalls mitten durch die Politik und mitten durch die Medien. Er verharrt seit Jahren in einer Art Pattsituation.

"NSU" ist zwar die Abkürzung für "Nationalsozialistischer Untergrund", mehr jedoch ist es eine Chiffre für die bis heute wenig bekannte Täterorganisation. Wann entstand sie, wie groß ist sie, was will sie? Und Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe - bei welchen Taten waren sie unmittelbar Täter, bei welchen nicht? Hatten sie auch andere Aufgaben zu erfüllen? Man muss sich auf die Spuren des Trios begeben - und doch zugleich nach anderen Spuren suchen. Mit folgenden Worten leitete die Moderatorin des ZDF-"heute-journal" im Januar 2014 einen Beitrag über die NSU-Ermittlungen ein: "So ist weiterhin ungeklärt, warum dieses Trio all die Jahre nicht entdeckt wurde. Bis hin zu dem ungeheuerlichen Verdacht, dass sie vielleicht gar nicht gefasst werden sollten. Und nach wie vor ist auch ungeklärt, ob der NSU tatsächlich nur aus drei Personen bestand."

Verdunkelung des Trios 1998

Die Geschichte der doppelten Vertuschung beginnt mit der Verdunkelung des Trios im Januar 1998. An seiner Flucht von Jena nach Chemnitz sind mehrere V-

Leute des Verfassungsschutzes beteiligt.

Und V-Leute halten sich all die Jahre in unmittelbarer Nähe des Trios auf.

Bei der Durchsuchung der Garage von Beate Zschäpe findet die Polizei eine Namens- und Adressliste von Uwe Mundlos. Die Liste wird abgelegt und nie abgearbeitet. Sie taucht erst 2012 wieder auf.

Die Staatsanwaltschaft Gera fragt beim Thüringer Amt für Verfassungsschutz an, ob die drei Untergetauchten Informanten des Amtes sind. Das Amt schickt einen Vertreter nach Gera, der die Frage mündlich beantwortet, mit "nein".

Die erste Tat ist ein Raubüberfall in Chemnitz. Die Ermittlungsakten werden von der Staatsanwaltschaft vernichtet. Damit verschwindet die Aussage eines Zeugen, der drei Täter sah.

Im September 2000 der erste Mord an einem Migranten mit der Ceska-Pistole.

Vor Weihnachten 2000 wird in einem von einer iranischen Familie betriebenen Lebensmittelgeschäft in Köln eine Bombe deponiert, die einen Monat später hoch geht. Der Bombenleger ähnelt einem Neonazi, der zugleich V-Mann des Verfassungsschutzes war. Er muss nicht einmal gewusst haben, dass er eine Bombe, die in einem Geschenkkorb versteckt war, überbrachte.

Im Frühjahr 2003 wird der untergetauchte Böhnhardt in Jena gesehen. Der LKA-Präsident von Thüringen gibt die Anweisung, dem nachzugehen, aber gleichzeitig gezielte Fahndungsmaßnahmen zu unterlassen: "Kriegen Sie da nichts raus", befiehlt er. Das erfährt man mehr als zehn Jahre später in einem Untersuchungsausschuss, wo einer der Beamten die staatliche Omertà bricht.

Hinweise auf NSU 2003

Hinweise auf eine rechtsextreme Terrorgruppe namens NSU bekommt im Jahre 2003 der Verfassungsschutz von Baden-Württemberg. Er ignoriert sie und wertet sie ab.

In Köln wird 2004 ein Nagelbombenanschlag verübt. Zwei Streifenbeamte sind ganz in der Nähe, weil sie sich laut Einsatzplan für eine "besondere Übung" bereit halten sollen. Kurz nach der Explosion sieht ein Zeuge am Anschlagsort zwei Männer, zivil gekleidet - mutmaßlich Beamte, weil sie Waffen tragen. Wer sie waren, weiß man bis heute nicht. Später verdächtigt die Polizei Betroffene, den Anschlag selber organisiert zu haben. Einen "Anschlag im Anschlag" nennen Opferanwälte dieses Verhalten der Polizei.

Beim Mord in Dortmund im April 2006 ist das Handy eines früheren V-Mannes in der Funkzelle des Tatortes eingeloggt. Man erfährt es 2017.

Als der Mord in Kassel verübt wird, ist ein Verfassungsschutzbeamter am Tatort, einem kleinen Internetcafé. Das Amt und die Landesregierung schirmen ihn vor den Ermittlungen ab.

Auch nach neun Morden wird die Fahndung nicht bundesweit zentralisiert. Die Bundesanwaltschaft spielt die Tatserie herunter und lehnt es ab, die Ermittlungen zu übernehmen. Damit bleibt auch das Bundeskriminalamt ausgeschaltet.

Die Justizminister von Bund und Ländern lehnen es ebenfalls ab, die Ermittlungen zusammenzuführen. Sie verbleiben bei den lokalen Behörden. Doch die können die Morde, ohne ihren Gesamtzusammenhang zu untersuchen, nicht aufklären.

Ermittlungen zum Polizistenmord behindert

Die Ermittlungen zum Polizistenmord von Heilbronn im April 2007 beginnen mit einer unerklärlichen Unterlassung: Bei der Obduktion der toten Michèle Kiesewetter unterbleibt die toxikologische Untersuchung. Eigentlich ein Standardvorgang. Alle Leichenasservate werden vernichtet. Ob die junge Frau Rückstände von Drogen intus hatte, kann nicht mehr zweifelsfrei festgestellt werden.

Dann werden die Ermittlungen im Mordfall Kiesewetter massiv behindert und beeinflusst. Akten werden manipuliert. Zwei Jahre gehen verloren, weil die Polizei

eine "unbekannte weibliche Person" jagt, deren DNA in Heilbronn gefunden worden sein soll. 2009 wird eingeräumt, es habe sich um eine Trugspur gehandelt.

Die Ermittlungen gehen an das LKA über und müssen von vorne beginnen. Die Eingriffe gehen weiter: Die Staatsanwaltschaft untersagt die Veröffentlichung von Phantombildern für Fahndung. Sie verhindert die Feststellung der privaten Emails von Kiesewetter. Sie beeinflusst ein Gutachten zur Frage der Erinnerungsfähigkeit des Anschlagsopfers Arnold.

Keiner der zehn Morde wird aufgeklärt. Keiner der Raubüberfälle, keiner der Sprengstoffanschläge. Die Täter werden nicht gefunden. Der Begriff "NSU" bleibt unbekannt.

Teil zwei der Vertuschung

Heute sehen wir: Das war Teil eins der Vertuschung. Nach dem 4. November 2011 ändert sich alles. Doch nun beginnt Teil zwei der Vertuschung.

Am 4. November 2011 wird das NSU-Trio bekannt. Mundlos und Böhnhardt sterben in einem Wohnmobil in Eisenach. Die offizielle Suizidversion ist brüchig. Das Fahrzeug brannte aus, doch beide Tote haben weder Ruß in ihren Lungen noch Rauchgas auf ihren Schleimhäuten. Das spricht dafür, dass sie tot waren, als das Feuer ausbrach.

Auch am Tatort in Eisenach finden Manipulationen statt. Fotos der Feuerwehr vom Inneren des Wohnmobils werden von der Polizei beschlagnahmt.

Am Nachmittag explodiert die Wohnung des Trios in Zwickau. Erst dadurch wird der Zusammenhang zu den Toten von Eisenach hergestellt.

Zschäpe begibt sich auf die Flucht. Ihr Weg führt direkt bis vor die Polizeidirektion von Zwickau. Sie wird mehrfach von der Polizei angerufen. Woher die ihre Nummer hatte, ist unklar. Nach vier Tagen stellt sie sich der Polizei und erklärt, reden zu wollen. Richtig geredet hat sie bis heute nicht.

In der Polizeidirektion von Gotha ist bereits am 5. November ein Schaubild erstellt, das ein Verbindungsgeflecht des Trios mit Neonazis zeigt, unter denen sich auch V-Leute befinden.

DVDs mit einem Propagandavideo der NSU-Taten werden verschickt. Von wem, ist unklar. Manche noch nach der Festnahme von Zschäpe.

Akten von V-Leuten vernichtet

Im Bundesamt für Verfassungsschutz werden Akten von V-Leuten im Thüringer Heimatschutz vernichtet - vorsätzlich, wie Jahre später herauskommt.

Die Bundesanwaltschaft übernimmt die Ermittlungen. Sie befindet, Böhnhardt und Mundlos waren die alleinigen Täter; der NSU bestand nur aus dem Trio und ist nun aufgelöst; die Ermittlungen haben die Täterschaft der zwei Männer nachzuweisen.

Mit Wochen Verspätung werden André Eminger und Ralf Wohlleben festgenommen, obwohl sie zum Teil engen Kontakt zum Trio hatten. Viel Zeit, belastendes Material verschwinden zu lassen.

Das Bundeskriminalamt (BKA) bildet eine Besondere Aufbauorganisation (BAO) Trio, der die Landeskriminalämter als Regionale Ermittlungsabschnitte (RegEA) zuarbeiten sollen. Die Ermittlungen werden auf die Täter Böhnhardt und Mundlos umgepolt.

Dennoch gelingt der Tatnachweis nicht. Es gibt keine Augenzeugen der Taten. An keinem Tatort finden sich DNA-Spuren oder Fingerabdrücke der zwei.

Im Fall der Sprengfalle in der kölner Probsteigasse ist die Täterfrage "völlig offen". "Böhnhardt und Mundlos konnten wir nicht an die Tat heranbringen ", gesteht ein verantwortlicher BKA-Mann.

Ermittler kaltgestellt

Die Ermittler von Baden-Württemberg, die das größte Wissen über den Polizistenmord von Heilbronn sich angeeignet hatten, werden kaltgestellt. Ihr regionaler Ermittlungsabschnitt wird Anfang Mai 2012 aufgelöst. Die Erkenntnisse von vor 2011 wandern in den Mülleimer.

Das BKA muss sein Scheitern eingestehen. Im Schlussbericht zu den Ermittlungen im Mordfall Heilbronn schreibt es: "Nach wie vor herrscht keine Klarheit über den Ablauf der Tat und die Anzahl der daran beteiligten Personen. Ein eindeutiger Nachweis, dass zumindest Böhnhardt und Mundlos am Tattag in unmittelbarer Tatortnähe waren, konnte bislang nicht erbracht werden."

Dennoch behauptet die Bundesanwaltschaft (BAW) genau das.

Gegen so gut wie keinen der V-Leute wird ermittelt.

Es gibt V-Leute, die den Schutz der Bundesregierung genießen. Ihre Akten sind selbst für die BAW tabu.

Diese Liste ließe sich schier endlos fortsetzen.

Manchmal ist ein Verbrechen so groß, dass man es nicht sieht. Und doch hat sich in den letzten fünf Jahren etwas verändert. Das System ist gestört. Das System BRD, in dem die Exekutive ein Deutungsmonopol beansprucht. Es beruht auf Abschottung gegenüber öffentlicher Kontrolle. Das wiederum ist die Voraussetzung für das Wirken einer substanzlosen Rhetorik mittels formelhafter Versatzstücke gegenüber Öffentlichkeit und Medien à la: "Nach unseren Erkenntnissen..." oder: "Wir haben keine Hinweise, dass..." Doch die Deutungshoheit beruht auch auf Medien, die dieser Rhetorik blind folgten und selbstverordnete Ignoranz mit Verantwortung verwechseln. Der zweite NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages war geprägt von einem fast durchgehenden Medienboykott.

Doch die Methode funktioniert im NSU-Komplex nicht mehr. Das Deutungsmonopol ist gebrochen. Das Machtmonopol aber besteht noch.

Kein Grund zur Entwarnung

Es gibt keinen Grund zur Entwarnung - im Gegenteil. "Terrorismus" und die Rolle der Geheimdienste steht ganz oben auf der Agenda. Die bisher ungenügend betrachteten Verbindungen zwischen der RAF und den Geheimdiensten liegen seit dem Buback-Prozess der Jahre 2010 bis 2012 als offene Frage auf dem Tisch. Und die Terrorserie des NSU ist ohne Geheimdienste gar nicht denkbar.

Der NSU-Skandal wird nicht aufgelöst, weil sich die Politik weitgehend verweigert. Vielleicht hat sie erkannt, dass die Aufgabe zu groß ist. Dass wir uns mitten im Skandal befinden.

Denn nun das: Der Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz in Berlin mit zwölf Toten. Und ein mutmaßlicher Attentäter, dessen Spuren bereits nach wenigen Wochen direkt ins Zentrum des Sicherheitsapparates führen - denn Anis Amri war V-Person einer Sicherheitsbehörde. In rasender Geschwindigkeit wurden strukturelle Parallelen zum NSU-Komplex offengelegt. Ohne die bundesweiten Aufklärungsbemühungen im NSU-Skandal stünden wir wahrscheinlich nicht so weit. Ein Trost ist das nicht. Denn ohne das Schweigen der Politik wäre es vielleicht gar nicht so weit gekommen.

Dass Sicherheitsorgane in den Terror verstrickt sind, ist seit langem belegt. Da wir aber das Denken nicht ausschalten können, stellt sich eine weitergehende noch dramatischere Frage: Sind sie vielleicht auch Auftraggeber von Terror?

Möglich, dass Politik wie Publizistik diese Frage nicht stellen, weil sie vor der Antwort zurückschrecken.

Eine Chronologie des NSU-Komplexes

Die Skandalaffaire ist noch nicht zuende - Aber wann begann sie?

1992

Der Rechtsextremist Ralf Marschner aus Zwickau wird Quelle "Primus" des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV).

1994

Verschiedene Verfassungsschutzämter rekrutieren in der rechtsextremen Szene mehrere V-Leute, unter anderem Tino Brandt alias "Otto" und "Oskar", Thomas Richter alias "Corelli", Michael See alias "Tarif", Achim Schmid alias "Radler" und Carsten Szczepanski alias "Piatto".

Helmut Roewer wird Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Thüringen.

1997

Operation Rennsteig: Gemeinsame Anwerbeaktion von BfV, Militärischem Abschirmdienst (MAD), LfV Thüringen und LfV Bayern

1998

26. Januar 1998: Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos, Beate Zschäpe fliehen von Jena nach Chemnitz, nachdem Polizisten ihre Garage durchsuchen, in der das Trio unter anderem Material für Rohrbomben gelagert hat. Erste Anlaufstation in Chemnitz ist Thomas Starke.

Ende Januar bis Mitte Februar 1998: Die drei wohnen in Chemnitz in der

Friedrich-Viertel-Straße 85 bei Thomas Rothe.

Mitte Februar bis Spätsommer 1998: Die Untergetauchten leben in der Limbacher Straße 96 in Chemnitz. In derselben Straße wird im Oktober 1999 ein Raubüberfall verübt.

29. August 1998 bis 30. April 1999: Die dritte Wohnung des Trios in Chemnitz liegt in der Altchemnitzer Straße 12.

17. Dezember 1998: August Hanning wird Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), Nachfolger von Hansjörg Geiger, der dem Amt seit 1996 vorstand.

18. Dezember 1998: Raubüberfall No. 1 auf einen Edeka-Markt in Chemnitz, Irkutsker Str.1. Drei Täter werden gesehen, Beute: etwa 30.000 DM.

1999

Mitte April 1999 bis Juli/August 2000: Vierte Wohnung des Trios in Chemnitz in der Wolgograder Allee 76.

23. Juni 1999: Sprengstoffanschlag auf die von einem Türken betriebene Gastwirtschaft "Sonnenschein" in Nürnberg. Ein Mensch wird verletzt.

5. Oktober 1999: Überfall auf einen Geldboten in Pößneck (Südthüringen), Beute 78.000 DM. Die Täter, darunter drei Mitglieder des Thüringer Heimatschutzes (THS), werden erst im September 2012 gefasst.

6. Oktober 1999: Zweiter Raubüberfall auf eine Postfiliale in Chemnitz, Barbarossastraße 71. Zwei Täter werden gesehen, Beute: etwa 5.800 DM.

27. Oktober 1999: Dritter Raubüberfall auf eine Postfiliale in Chemnitz, Limbacher Straße 148. Zwei Täter in der Bank, Beute: etwa 63.000 DM. In der Limbacher Straße hatte das Trio bis zum August 1998 eine Wohnung.

2000

Juni 2000: Suspendierung des LfV-Präsidenten von Thüringen Helmut Roewer, im August 2000 folgt seine Entlassung.

Juli 2000 bis Mai 2001: Umzug des Trios von Chemnitz nach Zwickau. Erste Adresse dort: Heisenbergstraße 6.

September 2000: Verbot des Neonazi-Netzwerkes "Blood and Honour" (B&H) in Deutschland.

9. September 2000: Enver Simsek, 38, wird in Nürnberg niedergeschossen und erliegt am 11. September seinen schweren Verletzungen. Er ist das erste Opfer der Ceska-Mordserie.

Herbst 2000: Vorbereitung des Ermittlungsverfahrens gegen die rechtsextreme Band "Landser".

November 2000: Der Neonazi Thomas Starke, unter anderem B&H-Mitglied, wird für das Landeskriminalamt Berlin als V-Person (VP 562) verpflichtet.

30. November 2000: Vierter Raubüberfall auf eine Postfiliale in Chemnitz, Johannes-Dick-Straße 4. Zwei Täter in der Bank, einer ist Linkshänder, Beute: etwa 39.000 DM.

2001

19. Januar 2001: In einem von der iranischen Familie Malayeri geführten Lebensmittelgeschäft in der Probsteigasse in Köln detoniert eine Bombe. Eine Tochter wird schwer verletzt. Die Sprengfalle war kurz vor Weihnachten 2000 in dem Laden, an dem außen "Lebensmittel Getränkeshop Gerd Simon" stand, deponiert worden.

Mai 2001: Die drei Untergetauchten Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe ziehen innerhalb Zwickaus um und wohnen bis zum März 2008 in der Polenzstraße 2.

13. Juni 2001: Abdurrahim Özüdogru, 49, wird in Nürnberg erschossen. Er ist das zweite Opfer der Ceska-Mordserie.

27. Juni 2001: Dritter Mord: Das Opfer ist Süleyman Taskköprü, 31, in Hamburg.

5. Juli 2001: Fünfter Raubüberfall auf eine Postfiliale in Zwickau, Max-Planck-Straße 1a. Zwei Täter in der Bank, Beute: etwa 75 000 DM.

29. August 2001: Vierter Mord: Das Opfer ist Habil Kilic, 38, in München. Innerhalb weniger Wochen - zwischen Juni und August - wurden drei Migranten erschossen.

2. Oktober 2001: Festnahme der Mitglieder der Band "Landser".

2002

2002: Anklageerhebung wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung im Landser-Verfahren durch den Generalbundesanwalt.

25. September 2002: Sechster Raubüberfall auf eine Sparkasse in Zwickau, Karl-Marx-Straße 10. Zwei Täter in der Bank, Beute: etwa 48.500 Euro.

2003 Juli 2003: Prozesseröffnung gegen die Landser-Mitglieder vor dem Kammergericht Berlin.

23. September 2003: Siebter Raubüberfall auf eine Sparkasse in Chemnitz, Paul-Bertz-Straße 14. Zwei Täter in der Bank, Beute: 435 Euro.

22. Dezember 2003: Urteile im Landser-Prozess: Haft- und Bewährungsstrafen.

2004

25. Februar 2004: Fünftes Opfer durch die Ceska-Pistole. In Rostock wird Mehmet Turgut, 25, erschossen. Nach zweieinhalb Jahren Pause ging das Töten weiter. Es ist der einzige Mord der Serie in Ostdeutschland.

26. Februar 2004: Jörg Ziercke wird Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA) und Nachfolger von Klaus Ulrich Kersten, der dem Amt seit April 1996 vorstand.

14. Mai 2004: Achter Raubüberfall auf eine Sparkasse in Chemnitz, Albert-Schweitzer-Straße 62. Zwei Täter, Beute: etwa 33.000 Euro plus Reiseschecks über 4.200 Euro.

18. Mai 2004: Neunter Raubüberfall auf eine Sparkasse in Chemnitz, Sandstraße 37. Zwei Täter in der Bank, Beute: etwa 74.000 Euro.

9. Juni 2004: Nagelbombenanschlag in der Keupstraße in Köln-Mülheim mit über 20 Verletzten.

2005

9. Juni 2005: Sechster Mord mit der Ceska-Pistole. Das Opfer ist Ismail Yasar, 50, aus Nürnberg. Es ist der dritte Mord in Nürnberg.

15. Juni 2005: Siebter Mord: Theodoros Boulgarides, 41, wird in München erschossen. Die Fälle Yasar und Boulgarides sind eine Art Doppelmord.

22. November 2005: Zehnter Raubüberfall. Wie im Mai 2004 ist wieder die Sparkasse in der Sandstraße 37 in Chemnitz das Ziel. Zwei Täter werden gesehen, keine Beute.

1. Dezember 2005: Ernst Uhrlau löst August Hanning als BND-Präsident ab.

2006

4. April 2006: Achter Mord mit der Ceska: Mehmet Kubasik, 39, wird in Dortmund erschossen.

6. April 2006: Neunter Mord: Halit Yozgat, 21, wird in Kassel erschossen. Es ist der letzte Mord mit der Ceska-Pistole. Zusammen mit dem in Dortmund ebenfalls ein Doppelmord.

1. Juni 2006: Neue Generalbundesanwältin wird Monika Harms. Sie ist Nachfolgerin von Kay Nehm, der der Behörde seit Februar 1994 vorstand.

5. Oktober 2006: Elfter Raubüberfall auf eine Sparkasse in Zwickau, Kosmonautenstraße 2. In der Bank nur ein Täter, Linkshänder. Keine Beute. Der Bankangestellte Nico R. wird in den Bauch geschossen, kann aber gerettet werden.

7. November 2006: Zwölfter Raubüberfall auf eine Sparkasse in Stralsund, Kleine Parower Straße 51-53. Zwei Täter, sächsischer Dialekt, Beute: etwa 85.000 Euro.

2007

18. Januar 2007: 13. Raubüberfall auf dieselbe Sparkasse in Stralsund in der Kleinen Parower Straße. Wieder zwei Täter mit sächsischem Dialekt, Beute: 170.000 Euro.

25. April 2007: Die Polizeimeisterin Michèle Kiesewetter, 22, wird in Heilbronn erschossen. Der Polizeimeister Martin Arnold, damals 24, überlebt schwer verletzt. Tatwaffen sind eine Radom- und eine Tokarew-Pistole. Es ist der zehnte Mord, der dem NSU zugerechnet wird. Der Zusammenhang aller zehn Morde ergibt sich unter anderem durch die Darstellung auf der Propaganda-DVD des NSU.

2008

April 2008: Das Trio zieht innerhalb von Zwickau erneut um und lebt bis zum November 2011 in der Frühlingstraße 26. Zwischen April 2007 bis September 2011 sind keine Auffälligkeiten bekannt, fast viereinhalb Jahre lang.

2009

25. Januar 2009: Arthur Christ, 18, verbrennt auf einem Waldparkplatz in der Nähe von Heilbronn neben seinem brennenden Auto. Ob Mord oder Selbstmord, konnten die Ermittler nicht klären. Auf Christ war die SoKo Parkplatz zum heilbronner Polizistenmord gestoßen. Seine Rolle ist bislang unklar.

2011

7. September 2011: Die mutmaßlichen NSU-Täter werden nach über vier Jahren wieder aktiv. 14. Raubüberfall auf eine Sparkasse in Arnstadt, Goethestraße 2. Zwei Täter werden wahrgenommen, Beute: etwa 15.000 Euro.

30. September 2011: Generalbundesanwältin Monika Harms geht in den Ruhestand. Ein Nachfolger ist noch nicht gefunden. Die Behörde wird kommissarisch von Bundesanwalt Rainer Griesbaum geleitet.

4. November 2011: 15. Raubüberfall auf eine Sparkasse in Eisenach, Am Nordplatz 13, gegen 9 Uhr. Ein Zeuge sieht drei Täter aus der Bank kommen, Beute: etwa 72 000 Euro.

4. November 2011: Der Bundesrat stimmt dem Vorschlag des Kabinetts zu, den Generalstaatsanwalt von Celle, Harald Range, zum neuen Generalbundesanwalt (GBA) zu machen.

4. November 2011: Uwe Böhnhardt, 34, und Uwe Mundlos, 38, werden gegen 12.30 Uhr erschossen in einem ausgebrannten Wohnmobil in Eisenach-Stregda aufgefunden.

4. November 2011: Gegen 15 Uhr explodiert die Wohnung des Trios in der Frühlingstraße 26 in Zwickau und brennt aus. Die mutmaßliche Brandstifterin Beate Zschäpe begibt sich auf die Flucht.

8. November 2011: Zschäpe stellt sich in Jena der Polizei.

11. November 2011: Die Bundesanwaltschaft übernimmt die Ermittlungen im Mordkomplex NSU. Sie wird zu diesem Zeitpunkt weiterhin kommissarisch geführt. Das Bundeskriminalamt (BKA) bildet in der Folge die Besondere Aufbau-Organisation (BAO) Trio, mit anfänglich 400 Mitarbeitern.

11./12. November 2011: Im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) werden mehrere Akten von V-Leuten aus der rechtsextremen Szene in Thüringen

vernichtet. 2016 erfährt man, dass dies vorsätzlich geschah und der Bundesanwaltschaft (BAW) dieser Vorsatz später bekannt war. Im November 2016 leitet die Staatsanwaltschaft Köln Ermittlungsverfahren gegen BfV-Mitarbeiter ein.

13. November 2011: Verhaftung von Holger Gerlach. Am 25. Mai 2012 wird er aus der U-Haft entlassen. Angeklagter in München.

17. November 2011: Harald Range offiziell neuer Generalbundesanwalt.

23. November 2011: Einsetzung einer unabhängigen Kommission in Thüringen (Schäfer-Kommission) zum Verhalten der Behörden bei der Verfolgung des Trios. Am 14. Mai 2012 Vorlage des Berichtes der Kommission.

24. November 2011: Verhaftung von André Eminger. Am 14. Juni 2012 aus der U-Haft entlassen, Angeklagter in München

29. November 2011: Verhaftung von Ralf Wohlleben, Angeklagter in München. Zusammen mit Zschäpe bis heute die einzigen Beschuldigten in Haft.

11. Dezember 2011: Verhaftung von Matthias Dienelt. Später aus der U-Haft entlassen, bisher keine Anklage.

16. Dezember 2011: Gemeinsames Abwehrzentrum gegen Rechtextremismus (GAR) eröffnet, in dem die Verfassungsschutz- und die Kriminalämter zusammenarbeiten. Das GAR ging dann im bereits 2004 eingerichteten Gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentrum (GTAZ) auf, in dem das BfV und die Landesverfassungsschutzämter, BKA und die Landeskriminalämter, BND, MAD, Bundesanwaltschaft, Bundespolizei, Zollkriminalamt sowie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kooperieren sollten.

2012

1. Januar 2012: Gerhard Schindler neuer Präsident des BND, Nachfolger von Uhrlau.

24. Januar 2012: Der Bundestag beschließt einstimmig die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur NSU-Mordserie. Am 26. Januar nimmt der Ausschuss seine Arbeit auf.

1. Februar 2012: Verhaftung von Carsten Schultze. Am 29. Mai 2012 aus der U-Haft entlassen, Angeklagter in München.

23. Februar 2012: Bundeskanzlerin Angela Merkel verspricht vor den Opferangehörigen die rückhaltlose "Aufklärung der Morde und die Aufdeckung der Helfershelfer und Hintermänner".

26. Februar 2012: Beginn des NSU-Untersuchungsausschusses ("Rechtsterrorismus und Behördenhandeln") in Thüringen.

17. April 2012: Beginn des NSU-Untersuchungsausschusses ("Neonazistische Terrornetzwerke") in Sachsen.

Mai 2012: Der Regionale Ermittlungsabschnitt (RegEA) Baden-Württemberg der BAO Trio des BKA, der den Polizistenmord von Heilbronn aufklären soll, wird aufgelöst.

21. Juni 2012: Entlassung der Präsidentin des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) Nordrhein-Westfalen, Mathilde Koller. Nachfolger wird Burkhard Freier. Koller war die erste einer ganzen Reihe von VS-Präsidenten, die im Zuge des NSU-Skandals gehen mussten. Von 1992 bis 1996 war sie VS-Präsidentin in Sachsen.

1. Juli 2012: Ulrich Birkenheier wird Präsident des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), Nachfolger von Karl-Heinz Brüsselbach.

2. Juli 2012: Der Präsident des BfV, Heinz Fromm, tritt wegen der Aktenvernichtungen zurück. Nachfolger wird Hans-Georg Maaßen. Maaßen war im ersten NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages Beisitzer des BfV in der Reihe der Exekutivvertreter.

4. Juli 2012: Der Präsident des LfV Thüringen, Thomas Sippel, wird in den

einstweiligen Ruhestand versetzt. Nachfolger wird Roger Gerichs.

5. Juli 2012: Beginn des NSU-Untersuchungsausschusses ("Rechtsterrorismus - NSU") in Bayern.

11. Juli 2012: Rücktritt des LfV-Präsidenten von Sachsen, Reinhard Boos, vollzogen im August 2012. Nachfolger wird Gordian Meyer-Plath, ehemals einer der VM-Führer der Quelle "Piatto" in Brandenburg. Boos stand dem Amt von Juni 1999 bis Ende 2002 und dann noch einmal seit Juni 2007 vor. Von 2003 bis 2007 leitete Rainer Stock die Behörde, ehe er im Zuge der "Sachsen-Sumpf"-Affaire abgezogen wurde.

1. August 2012: Nachfolger von Matthias Seeger als Präsident der Bundespolizei wird Dieter Romann.

September 2012: Die BAO Trio des BKA, die die NSU-Ermittlungen betreibt, wird zur Ermittlungsgruppe (EG) Trio herabgestuft und reduziert.

13. September 2012: Rücktritt des Verfassungsschutz-Präsidenten von Sachsen-Anhalt, Volker Limburg. Nachfolger wird Jochen Hollmann. Limburg stand seit 2000 an der Spitze.

8. November 2012: Anklageerhebung gegen Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben, André Eminger, Holger Gerlach und Carsten Schultze.

14. November 2012: Rücktritt der Präsidentin des Verfassungsschutzes von Berlin, Claudia Schmid. Nachfolger wird Bernd Palenda, zunächst kommissarisch, ab dem 20. August 2013 dann fest. Schmid führte das Amt ab 2001.

15. November 2012: Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) eröffnet, in dem dieselben Sicherheitsbehörden zusammen agieren sollen, wie im GTAZ von 2004. Eine nominelle Super-Sicherheitsinstitution, ein Label, unter Führung von BfV und BKA.

2013

28. Januar 2013: Der Innenminister von Baden-Württemberg setzt beim Landeskriminalamt (LKA) die Ermittlungsgruppe Umfeld zum NSU ein.

4. März 2013: Der Chef des Verfassungsschutzes Niedersachsen, Hans-Werner Wargel, wird in den Ruhestand geschickt. Er leitete die Behörde seit Januar 2010. Nachfolgerin wird Maren Brandenburger.

6. Mai 2013: Vor dem Oberlandesgericht München beginnt der Prozess gegen Zschäpe, Wohlleben, Eminger, Gerlach und Schultze.

1.Juni 2013: Carlo Weber löst Winfriede Schreiber an der Spitze des Verfassungsschutzes von Brandenburg ab. Schreiber war seit 2004 Chefin.

22. August 2013: Der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages übergibt seinen Abschlussbericht.

16. September 2013: Florian Heilig, 21, verbrennt in seinem Auto auf dem Cannstatter Wasen. Am Nachmittag wollte ihn das Landeskriminalamt zum Thema NSU und Heilbronn-Mord befragen. Ob Suizid oder Mord ist nicht zweifelsfrei geklärt.

2014

12. Februar 2014: Der Innenminister von Baden-Württemberg stellt den Bericht der EG Umfeld vor. Die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses lehnen die Fraktionen ab.

7. April 2014: Thomas Richter, 39, alias V-Mann "Corelli" des BfV wird tot in seiner Wohnung bei Paderborn gefunden. Der Todeszeitpunkt soll zwischen dem 4. und 7. April gelegen haben. Als Todesursache wird ein Zuckerschock bescheinigt.

22. Mai 2014: Der Landtag von Hessen beschließt einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zum NSU. Er konstituiert sich am 1. Juli 2014.

14. Juli 2014: Erste Sitzung der Enquête-Kommission in BaWü (Titel:

"Konsequenzen aus der Mordserie des NSU/ Entwicklung des Rechtsextremismus in BaWü"). Mit der Enquête soll ein Untersuchungsausschuss verhindert werden.

16. Juli 2014: Die Angeklagte Beate Zschäpe erklärt ihren drei Verteidigern Wolfgang Heer, Wolfgang Stahl und Anja Sturm das Misstrauen. Das Gericht lehnt die Abberufung der drei ab.

13. August 2014: Bundesanwalt Thomas Beck wird neuer Leiter der Abteilung Terrorismus beim GBA und Nachfolger von Rainer Griesbaum. Er ist auch zuständig für die NSU-Ermittlungen und war im ersten NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages Beisitzer für den GBA in den Reihen der Exekutivvertreter.

17. Oktober 2014: Zusammenbruch der Enquête-Kommission in BaWü. Nun bleibt nur noch der Weg in einen PUA.

4./5. November 2014: Die Landtage von NRW und BaWü setzen PUAs zum NSU ein.

1. Dezember 2014: Holger Münch, 53, wird Nachfolger von Jörg Ziercke als BKA-Präsident.

11. Dezember 2014: Christof Gramm folgt als MAD-Präsident auf Ulrich Birkenheier.

2015

27. Februar 2015: Zweiter NSU-PUA in Thüringen beschlossen. Er konstituiert sich am 22. April 2015.

März 2015: Zweiter NSU-PUA in Sachsen beschlossen. Er konstituiert sich am 27. April 2015.

28. März 2015: Melisa Marijanovic, 20, ex-Freundin von Florian Heilig, stirbt an einer Lungenembolie. Am 2. März 2015 war sie vom NSU-Ausschuss in BaWü als

Zeugin vernommen worden.

3. Juli 2015: Gesetz zur Verfassungsschutzreform verabschiedet, unter anderem wird das BfV gestärkt und der Einsatz von V-Leuten geregelt. Es tritt am 21. November 2015 in Kraft.

4. August 2015: Bundesjustizminister Heiko Maas entlässt Generalbundesanwalt (GBA) Harald Range. Hintergrund: Ermittlungen gegen Journalisten wg. Landesverrates.

19. Oktober 2015: Neuer GBA Peter Frank.

November 2015: Unbemerkt von der Öffentlichkeit nimmt die Staatsanwaltschaft Meiningen das Todesermittlungsverfahren zu Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos wieder auf. Sie reagiert auf die Arbeit des PUA, wo Widersprüche zu den Todesumständen der zwei zutage traten. Im November 2016 wird das Verfahren ohne Konsequenzen wieder eingestellt.

11. November 2015: Bundestag setzt zweiten NSU-U-Ausschuss ein

1. Dezember 2015: Stephan J. Kramer, ehemaliger Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland, wird als Nachfolger von Roger Derichs Präsident des LfV Thüringen.

9. Dezember 2015: Die Angeklagte Zschäpe lässt sich zum ersten Mal vor Gericht zu den Anklagevorwürfen ein. Ihr Verteidiger Mathias Grasel verliest ihre Stellungnahme.

16. Dezember 2015: Der Angeklagte Ralf Wohlleben meldet sich ebenfalls erstmals zu Wort, verliest seine Aussage persönlich und beantwortet Fragen.

2016

13./14. Januar 2016: Wohlleben beantwortet Fragen des Gerichtes.

8. Februar 2016: Sascha Winter, 31, der Verlobte von Melisa Marijanovic, wird ebenfalls tot aufgefunden. Er soll sich erhängt haben. Das Motiv ist unklar. Mit Winter, Marijanovic und Heilig sterben drei NSU-Zeugen, die unmittelbar in Verbindung standen.

1. Juli 2016: Bruno Kahl neuer BND-Präsident und Nachfolger von Gerhard Schindler.

12. Juli 2016: Konstituierung des NSU-Untersuchungsausschusses von Brandenburg.

21. Juli 2016: Konstituierung des NSU-UA II in BaWü. Damit ist inzwischen der zwölfte NSU-Ausschuss eines Parlamentes eingesetzt.

29. September 2016: Die Angeklagte Zschäpe ergreift erstmals persönlich das Wort. Sie distanziert sich von ihrer früheren NS-Ideologie.

13. Oktober 2016: Es wird bekannt, dass am Fundort des toten Mädchens Peggy K. Anfang Juli 2016 DNA von Uwe Böhnhardt gesichert wurde. Im März 2017 heißt es, die DNA sei eine verschleppte Spur (s.u.).

19. Oktober 2016: Das Mitglied der rechtsextremen sog. "Reichsbürger"-Bewegung, Wolfgang Plan aus Georgensgmünd, erschießt einen Polizeibeamten.

21. Oktober 2016: Neues BND-Gesetz. Damit wird u.a. die Telefonüberwachung von Ausländern im Ausland legalisiert.

8. Dezember 2016: Beate Zschäpe lässt ihre Verteidigung erklären, sie habe keine Kenntnisse zum Mordfall Peggy K.

2017

2. Februar 2017: Tod von Corinna B., 46, aus Ludwigsburg. Sie war früher Mitglied der rechtsextremen Szene von Ludwigsburg und kannte unter anderem Mundlos und Zschäpe. Am 30. Januar 2017 hatte der NSU-Ausschuss von BaWü

beschlossen, sie als Zeugin zu laden. Das Justizministerium von BaWü erklärt, sie sei ein Pflegefall gewesen und nicht eines unnatürlichen Todes gestorben.

8. März 2017: Laut Staatsanwaltschaft Bayreuth soll die am Fundort des toten Mädchens Peggy festgestellte DNA Böhnhardts dorthin verschleppt worden sein. Sie befand sich auf einem Stoffteilchen aus einem Kopfhörer, der im ausgebrannten Wohnmobil in Eisenach lag. Durch wen und auf welchem Wege das Stoffteilchen zum Fundort gebracht wurde, können die Behörden nicht sagen.

8. März 2017: Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern setzt einen Unterausschuss des Innenausschusses zum NSU ein.

Über den Autor

Thomas Moser, Jahrgang 1958, Journalist und Politologe. Tätig u.a. für die ARD-Anstalten (Radio) und als Autor für Telepolis. Beobachtet den NSU-Komplex von Anfang an, besucht die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und den Zschäpe-Prozess in München. War im Untersuchungsausschuss von Baden-Württemberg Sachverständiger. Mitautor des Buches "Geheimsache NSU. Zehn Morde, von Aufklärung keine Spur" (2014).

Impressum

Thomas Moser
NSU: Die doppelte Vertuschung
Schauplätze und Schlüsselfälle, offene Fragen, Widersprüchliches und Grundsätzliches

Herausgeber der Reihe: Florian Rötzer

Umschlaggestaltung & Herstellung: Michael Schuberthan

ISBN 978-3-95788-085-7 (V3)

Copyright © 2017 Heise Medien GmbH & Co. KG, Hannover

Die vorliegende Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten.
Die Verwendung der Texte und Abbildungen, auch auszugsweise, ist ohne die schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und daher strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.
Alle Informationen in diesem Buch wurden mit größter Sorgfalt kontrolliert. Weder Herausgeber, Autor noch Verlag können jedoch für Schäden haftbar gemacht werden, die in Zusammenhang mit der Verwendung dieses Buches stehen.

Heise Medien GmbH & Co. KG
Karl-Wiechert-Allee 10
30625 Hannover

Weitere Telepolis-eBooks

Konrad Lehmann

Neues vom Gehirn

Essays zu Erkenntnissen der Neurobiologie

mehr ►



Konrad Lehmann

NEUES VOM GEHIRN

ESSAYS ZU ERKENNTNISSEN DER NEUROBIOLOGIE

TELEPOLIS



Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS)

APRÈS PARIS

DIE KONSEQUENZEN
DER KLIMAKONFERENZ VON PARIS

TELEPOLIS

SONNENENERGIE EBOOKS

Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie (DGS)
Après Paris
Die Konsequenzen der Klimakonferenz von Paris

mehr ►

Karl Kollmann

Schöne, neue Konsumkultur

Fußweg durch den Konsumdschungel

mehr ▶



Karl Kollmann

SCHÖNE NEUE KONSUMKULTUR

FUSSWEG DURCH DEN KONSUMDSCHUNGEL

TELEPOLIS



Hans Schmid

Nazi-Virus im Film

mehr ►

Hans Schmid

NAZI-VIRUS IM FILM

TELEPOLIS